Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung (30.11.2011)

Sand im Getriebe 93

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: http://sandimgetriebe.attac.at Mail: sig@attac.de

Occupy capitalism

Woher kommt Reichtum?



Bertolt Brecht:
Fragen eines lesenden Arbeiters

Wer baute das siebentorige Theben
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon,
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war,
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis
Brüllten doch in der Nacht, wo das Meer es verschlang,
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegesschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte,
So viele Fragen.

Occupy Bewegung	
Naomi Klein bei Occupy Wall Street: Das Wichtigste in der Welt jetzt	3
Richard Wolff: Das Neue an der Occupy-Bewegung	5
David Harvey Rebellen auf der Straße	7
Grottian, Stierle und Passadakis: Attac und die Occupy-Bewegung	10
Erklärung von Occupy Hamburg	12
Europa	
Michel Husson: Eine kooperative Lösung für Europa	13
Sonia Mitralia, Koordinierung über die nationalen Grenzen hinweg!	17
Mikis Theodorakis und Manolis Glezos : Es droht die Konfrontation zwischen den Völkern Europas	18
Attac Deutschland: Erpressung Griechenlands muss ein Ende haben	20
C. Schuhler: Euro-Rettungs-Gipfel hat die Banken erneut gerettet…	20
Erklärung von 50 WissenschaftlerInnen:	21
Attac Frankreich: Tobinsteuer in Europa: zu spät und zu wenig	22
Attac Österreich: EZB-Garantie für Staatsanleihen mit Auflagen	22
Breites Bündnis in **Frankreich** für ein **Schuldenaudit** durch die Bürger	23
Österreich: 140 Gemeinden fordern eine andere Finanzierung	24
Weltweite Herausforderungen	
Forum der Völker in Mali als Antwort auf den G20-Gipfel	25
Yash Tandon Lähmung der Klimaverhandlungen	26
Walden Bello Sieben Milliarden und mehr	27
IMI: Afghanistan, Die Schande des Westens	29
M. Massarrat und B. Nirumand Offener Brief an die Grünen wg. Iran	32

Die Ökonomen der Welt sind sich einig: diese Krise ist die schwerste seit der Weltwirtschaftskrise ab 1929. Auch über die Ursachen gibt es inzwischen weitgehend Konsens: die völlig polarisierte Verteilung von Einkommen und Vermögen einerseits („vertikaler Widerspruch": Arbeit/Kapital) und das chaotische, deregulierte , völlig außer Kontrolle geratene Konkurrenzsystem der globalisierten Märkte („horizontaler Widerspruch":Kapitalisten gegeneinander) (siehe „Banken Rock'nRoll" in SiG 61). Aber diese Krise findet auch Antworten.
So schreibt **David Harvey** zur globalen Occupy-Bewegung: *„Die Wall Street Partei begegnet ihrem Erzfeind"*.
Naomi Klein nennt Unterschiede und *„Parallelen zwischen Occupy Wall Street und den sogenannten Anti-Globalisierungs-Protesten, die 1999 in **Seattle** die Aufmerksamkeit der Welt gewannen*". Statt „Gipfel-Hopping" ist jetzt angesagt, zu bleiben und Wurzeln zu schlagen. Sie bewundert die neue Kultur, die sich herausbildet: *„Mein Lieblings-plakat ist hier: ‚**Ich kümmere mich um dich'.** In einer Kultur, die Menschen beibringt, den Blick aufeinander zu vermeiden, zu sagen: ‚**Lasst sie sterben'**, ist das eine zutiefst radikale Aussage*".
Für **Rick Wolff** ist die Occupy-Bewegung in den USA in ihrer Systemkritik radikaler als frühere Proteste *„In der Vergangenheit war es sehr schwierig, Kapitalismus als Teil des Problems zu bezeichnen. Das wurde als radikal oder unamerikanisch angesehen. Das ist heute aber nicht mehr der Fall… Die Linke hätte nie geglaubt, dass so etwas möglich ist. Und jetzt ist es geschehen und wir stehen erst am Anfang"*.
Für Deutschland diskutieren **Peter Grottian, Steffen Stierle** und **Alexis J. Passadakis** die Beziehung von Attac zur neuen Occupy-Bewegung *„Das Motto ist: Die neue Bewegung unterstützen und ergänzen ohne sie zu dominieren"*

Walden Bello, Theoretiker der De-Globalisierung, geht auf die Herausforderungen der Zunahme der **Weltbevölkerung** ein, da die Erhöhung der Produktion von Nahrungsmitteln an Grenzen stößt. Eine bewußte Familienpolitik zum Rückgang des Bevölkerungswachstums (China, Vietnam) führt zur Freisetzung von Ressourcen für Entwicklung und Armutsbekämpfung, dringend ist aber vor allem eine Veränderung des **Entwicklungsmodells**. Auf dem **Forum der Völker in Mali,** auf der Konferenz gegen Aneignung von Land und in Durban (Klimakonferenz, **Yash Tandon**) steht verschärft die Frage nach dem Entwicklungsmodell auf der Tagesordnung.

„Europa steht vor der Wahl, in der Krise auseinander zu fallen oder Wege zu einem anderen Wirtschaftsmodell einzuschlagen."erklären **50 Wissenschaftler** aus dem wissenschaftlichen Beirat von Attac-D. Sie stellen den Zusammenhang her zwischen dem Chaos der Finanzmärkte und der skandlösen Reichtumsverteilung in Europa*:"Der Anteil **leistungsloser Einkommen** am Volkseinkommen ist drastisch zu senken"*. **Michel Husson** fordert **kooperative** Lösungen für die Probleme Europas. Er spricht sich für eine Neugründung Europas aus *„Grundlage für das «gemeinsame Programm» könnte der Wille sein, dem Kapitalismus andere Regeln aufzuzwingen."* Auch der griechische Komponist **Mikis Theodorakis** warnt: es droht die Konfrontation zwischen den Völkern Europas! *„Widerstehen Sie dem Totalitarismus der Märkte, die drohen, Europa zu zerschlagen und in eine Drittwelt zu verwandeln, die die europäischen Nationen gegeneinander aufwiegeln*" **Sonia Mitralia** sieht Griechenland als das Versuchskaninchen des Neoliberalismus, *„als ein wahrhaft globales Laboratorium, in dem die Fähigkeit der Menschen zum Widerstand gegen die Strukturanpassungspläne in der großen Krise der Staatsschulden getestet wird."* Wir dokumentieren zwei **breite Bündnisse** - in Frankreich (Komitees für Schuldenaudit) und in Österreich (140 Kommunen für eine andere Finanzierung)

Es wäre nicht das erste mal, dass der Kapitalismus seine Krisen durch die **Flucht nach vorne**, hinein in kriegerische Abenteuer, zu lösen versucht. Die Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise ab 1929 wurde ja letztlich nicht durch den links-keynesianischen New Deal F.D.Roosewelts gelöst, sondern erst durch den Übergang zum Rüstungsprogramm des zweiten Weltkrieges. Könnte heute das Säbelrasseln gegenüber dem Iran und Syrien bedeuten, dass erneut eine Flucht in ein weiteres militärisches Abenteuer geplant wird? Die **Informationsstelle Militarisierung** warnt: *"Experimentierfeld Afghanistan - 10 Jahre Krieg und kein Ende in Sicht"*. Die iranischen Wissenschaftler **Mohssen Massarrat** und **Bahman Nirumand** empören sich in einem offenen Brief: „W*er wie die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nur iranische Atombomben verhindern will, der plädiert nicht nur dafür, dass Israel als einziges Land in der Region sein Monopol als Atommacht weiter beibehält, der macht sich gerade deshalb auch für die Weiterverbreitung von Atomwaffen in der Region und darüber hinaus letztlich mit verantwortlich*" Sie fordern dringend, *„sich für die Massenvernichtungsfreie Zone und für die Idee der Kooperation im Mittleren und Nahen Osten einsetzen und alle Staaten, einschließlich Iran und Israel*" einzusetzen.

Wir bedanken uns für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad!
Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Wir verschicken gedruckte Exemplare von "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis Bestellung per Mail an sig-abo@gmx.de
Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft
Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.

Die Redaktion dieser Nummer: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland)
- Online-Fassung: Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Naomi Klein bei Occupy Wall Street

Das Wichtigste in der Welt jetzt



THE OCCUPIED WALL STREET JOURNAL

SATURDAY, OCTOBER 8, 2011

The Most Important Thing in the World

Naomi Klein, die kanadische Journalistin und Autorin der Bücher "No Logo" und "Die Schock Strategie" hat am 6. Oktober 2011 bei Occupy Wall Street in New York eine Rede gehalten, die in der Zeitschrift "The Nation" abgedruckt wurde.

Ich habe die Ehre einer Einladung gehabt, am Donnerstagabend bei Occupy Wall Street zu sprechen. Weil jede Form von Verstärkung (schmachvollerweise) untersagt ist, und alles was ich sage von hunderten von Menschen wiederholt werden wird, so dass es andere hören können (auch bekannt als „das menschliche Mikrofon"), war das, was ich wirklich auf dem Platz der Freiheit gesagt habe, sehr kurz. Eben deshalb hier die längere, ungekürzte Version meiner Rede.

Ich liebe dich.
Und ich wollte das nicht nur sagen, so dass Hunderte von euch zurückrufen würden "Ich liebe dich", obwohl das natürlich ein Bonus-Feature des menschlichen Mikrofons ist. Sprich zu anderen, was du gern hättest, das sie zu dir sagen, nur lauter.

Gestern sagte einer der Redner auf der Arbeiterkundgebung: "Wir fanden einander." Dieses Gefühl erfasst die Schönheit dessen, was hier geschaffen wird. Ein weit offener Raum (sowie eine Idee, die so groß ist, dass sie in keinem Raum gehalten werden kann) für alle Menschen, die eine bessere Welt wollen, um einander zu finden. Wir sind so dankbar.
Wenn es etwas gibt, dessen ich mir sicher bin, so ist es das: das Eine Prozent liebt die Krise. Wenn die Menschen in Panik geraten und verzweifelt sind und niemand zu wissen scheint, was zu tun ist, ist das die ideale Zeit, um ihre Wunschliste der konzernfreundlichen Politik durchzudrücken: Privatisierung von Bildung und von Sozialversicherung, Kürzung öffentlicher Dienstleistungen, die Abschaffung der letzten Beschränkungen für die Macht der Konzerne. Mitten in der Wirtschaftskrise geschieht dies auf der ganzen Welt.

Und es gibt nur eines, das diese Taktik aufhalten kann und zum Glück ist dieses Eine wirklich groß: die 99 Prozent. Und dass diese 99 Prozent auf die Straßen gehen von Madison bis Madrid um zu sagen: "Nein. Wir werden nicht für eure Krise zahlen."
Das Motto kam auf in Italien im Jahr 2008. Es schwappte nach Griechenland und Frankreich und Irland und schließlich kam es in der Quadratmeile an, wo die Krise begann.
"Warum protestieren sie?" fragen sich die verblüfften Experten im Fernsehen. Inzwischen fragt der Rest der Welt: "Warum habt ihr so lange gebraucht?" "Wir haben uns schon gefragt, wann ihr auftauchen werdet." Und vor allem: "Willkommen."

Viele Menschen haben Parallelen zwischen Occupy Wall Street und den sogenannten Anti-Globalisierungs-Protesten gezogen, die 1999 in Seattle die Aufmerksamkeit der Welt gewannen. Das war das letzte Mal, dass eine globale, jugendgeführte, dezentrale Bewegung direkt auf die Macht der Konzerne zielte. Und ich bin stolz darauf, Teil von dem gewesen zu sein, was wir die "Bewegung der Bewegungen" genannt haben.

Aber es gibt auch wichtige Unterschiede. Zum Beispiel wählten wir die Gipfeltreffen als unsere Ziele: die Welthandelsorganisation (WTO), den Internationalen Währungsfonds (IMF), die G8. Gipfeltreffen sind von Natur aus vergänglich, sie dauern nur eine Woche. Das machte uns auch vorübergehend. Wir tauchten auf, ergriffen weltweit die Schlagzeilen, und verschwanden wieder. Und in der Hektik des Hyper-Patriotismus und Militarismus, die den 9/11-Angriffen folgten, war es leicht, uns vollständig hinwegzufegen – zumindest in Nordamerika.

Occupy Wall Street hingegen hat ein festes Ziel gewählt. Und ihr habt kein Enddatum für eure Anwesenheit bestimmt. Das ist sinnvoll. Nur wenn ihr an Ort und Stelle bleibt, könnt ihr Wurzeln schlagen. Das ist von entscheidender

Bedeutung. Es ist eine Begebenheit des Informationszeitalters, dass zu viele Bewegungen wie schöne Blumen aufblühen, aber schnell absterben. Und zwar, weil sie keine Wurzeln haben. Und sie haben keine langfristigen Pläne, wie sie sich selbst halten wollen. Wenn also Stürme kommen, werden sie weggefegt. Horizontal und zutiefst demokratisch zu sein ist wunderbar. Aber diese Prinzipien sind kompatibel mit der harten Arbeit, Strukturen und Institutionen aufzubauen, die robust genug sind, um die Stürme zu überstehen. Ich habe großes Vertrauen, dass dies geschehen wird.

Noch etwas anderes macht diese Bewegung richtig: Ihr habt euch zur Gewaltlosigkeit verpflichtet. Ihr habt euch geweigert, den Medien die Bilder von zerbrochenen Fensterscheiben und Straßenkämpfen zu liefern, nach denen sie sich so verzweifelt sehnen. Und diese enorme Disziplin hat dazu geführt, wieder und wieder, dass die Story eine von schändlicher und unprovozierter Brutalität der Polizei war. Wovon wir letzte Nacht noch mehr gesehen haben. In der Zwischenzeit wächst die Unterstützung für diese Bewegung weiter. Mehr Weisheit.

Aber den größten Unterschied den ein Jahrzehnt macht, ist, dass wir uns im Jahr 1999 auf dem Höhepunkt eines wahnsinnigen wirtschaftlichen Aufschwungs mit dem Kapitalismus angelegt haben. Die Arbeitslosigkeit war niedrig, Aktienportfolios quollen auf. Die Medien waren wie benommen vom leicht verdienten Geld. Damals ging es nur um Startups, nicht um Schließungen.
Wir wiesen darauf hin, dass die Deregulierung hinter dem Wahnsinn seinen Preis hat. Es war schädlich für Arbeitsgesetzgebungen. Es war schädlich für Umweltstandards. Konzerne wurden mächtiger als Regierungen und das war schädlich für unsere Demokratien. Aber um ehrlich zu sein, sich während der guten Zeiten mit einem Wirtschaftssystem anzulegen, das auf Gier basiert, war schwer zu verkaufen, zumindest in den reichen Ländern.

Zehn Jahre später scheint es, als wenn es keine reichen Länder mehr gibt. Es gibt nur noch eine ganze Menge reicher Menschen. Menschen, die reich wurden durch das Plündern gesellschaftlichen Reichtums und das Ausbeuten natürlicher Ressourcen auf der ganzen Welt.
Der Punkt ist, dass heute jeder sehen kann, dass das System zutiefst ungerecht ist und unkontrolliert hin und her schwankt. Befreite Gier hat die Weltwirtschaft verwüstet. Und es verwüstet auch die natürliche Welt. Wir überfischen unserer Meere, verschmutzen unser Wasser mit Fracking- und Tiefseebohrungen, wenden uns zu den schmutzigsten Formen von Energie auf dem Planeten, wie die Alberta Ölsande. Und die Atmosphäre kann die Menge an Kohlendioxid nicht aufnehmen, die wir aussetzen, wodurch gefährliche Erwärmung entsteht. Die neue Normalität ist eine Serie von Katastrophen: ökonomischen und ökologischen.

Das sind die grundsätzlichen Fakten. Sie sind so unverhohlen, so offensichtlich, dass es viel einfacher ist, sie der Öffentlichkeit nahe zu bringen, als es im Jahre 1999 war, und viel einfacher, schnell eine Bewegung aufzubauen.

Wir wissen alle, oder spüren zumindest, dass die Welt Kopf steht: Wir handeln so, als ob das, was begrenzt ist – fossile Brennstoffe und die Atmosphäre, um ihre Emissionen zu absorbieren - , grenzenlos sei. Und umgekehrt handeln wir so, als ob es strikte und unbewegliche Grenzen gäbe für das, was tatsächlich in Überfluß vorhanden ist – die finanziellen Mittel, die nötig sind, um die Art von Gesellschaft aufzubauen, die wir brauchen.
Die Aufgabe unserer Zeit besteht darin dies umzudrehen und diese falsche Knappheit herauszufordern. Darauf zu bestehen, dass wir es uns leisten können, eine anständige, inklusive Gesellschaft zu bilden – und gleichzeitig die realen Grenzen dessen zu respektieren, was unsere Erde ertragen kann.
Klimawandel bedeutet, dass wir dies innerhalb einer Frist zu erledigen haben. Dieses Mal darf unsere Bewegung nicht abgelenkt, geteilt, ausgebrannt oder hinweggefegt werden von den Ereignissen. Dieses Mal müssen wir Erfolg haben. Und ich spreche nicht über die Regulierung der Banken und die Erhöhung der Steuern für die Reichen, auch wenn das wichtig ist.

Ich rede über einen Wandel der zugrundeliegenden Werte, die unsere Gesellschaft bestimmen. Das ist schwierig in eine einzige medienfreundliche Forderung zu bringen, und es ist auch schwierig herauszufinden, wie es zu tun ist. Aber es ist nicht deshalb weniger dringend, weil es schwierig ist.
Das ist es, was ich auf diesem Platz vor sich gehen sehe. In der Art und Weise wie ihr euch gegenseitig ernährt, einander warm haltet, frei Informationen austauscht und medizinische Versorgung, Meditationskurse und Empowerment-Trainings erprobt. Mein Lieblingsplakat ist hier: "*Ich kümmere mich um dich*." In einer Kultur, die Menschen beibringt, den Blick aufeinander zu vermeiden, zu sagen: "*Lasst sie sterben*", das ist eine zutiefst radikale Aussage.

Ein paar abschließende Überlegungen. In diesem großen Kampf gibt eine einige Dinge, die nicht von Bedeutung sind:
– was wir tragen
– ob wir unsere Fäuste schütteln oder Friedenszeichen machen
– ob wir unsere Träume für eine bessere Welt für die Medien entsprechend verpacken.

Und hier sind ein paar Dinge, die von Bedeutung sind:
- unser Mut
- unser moralischer Kompass
- wie wir miteinander umgehen.

Wir haben einen Kampf mit den mächtigsten wirtschaftlichen und politischen Kräften auf dem Planeten aufgenommen. Das ist beängstigend. Und je mehr diese Bewegung an Stärke zunimmt, um so beängstigender wird es werden. Seid euch immer der Versuchung, auf kleinere Ziele auszuweichen, bewusst – sagen wir, etwa auf die Person, die gerade bei diesem Treffen neben dir ist. Immerhin ist das ein Kampf, der leichter zu gewinnen ist. Gebt dieser Versuchung nicht nach. Ich meine nicht, das ihr nun nicht mehr ansprecht, wenn jemand Mist baut. Aber behandelt euch dieses Mal so, als wenn Ihr vorhabt in einem Kampf nebeneinander zu arbeiten für viele, viele Jahre. Denn die bevorstehende Aufgabe erfordert nicht weniger als das.

Lasst uns diese schöne Bewegung so behandeln, als ob es das Wichtigste in der Welt ist. Denn das ist es. Wirklich.

Ausschnitt der Rede auf Youtube (29min) http://www.youtube.com/watch?v=2liaU6lwglw

Website von Naomi Klein: http://www.naomiklein.org

Quelle: The Nation, 06.10.2011: "Occupy Wall Street: The Most Important Thing in the World Now"
Publiziert am 9. Oktober 2011 von Tom Stelling
http://www.echte-demokratie-jetzt.de/2011/10/das-wichtigste-was-es-gibt/

S. auch:
http://occupywallst.org/
http://www.occupytogether.org/
http://wearethe99percent.tumblr.com/

Richard Wolff

Das Neue an der Occupy-Bewegung



***Kontext TV**: Richard Wolff, wie beurteilen Sie die sich verschärfende Wirtschafts- und Finanzkrise in den USA? Wo liegen die Ursachen für diese Krise und in welchem Zusammenhang stehen die Probleme in den USA mit denen in der Eurozone?*

Richard Wolff: Nun, es handelt es sich um die schwerste Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten zwei Generationen. Das Einzige, was noch an diese Krise heranreicht, ist die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Das ist 75 Jahre her. Nur noch sehr wenige Menschen wissen, was diese Krise bedeutete. Es war für die USA ein Schock, da nach vorherrschender Ideologie in Amerika die freie Marktwirtschaft keinen wirtschaftlichen Zusammenbruch kennt, und Rezessionen solchen Ausmaßes nicht lange andauern. Jetzt sind wir im fünften Jahr einer neuen Krise.

Wir haben einen sehr starken Wirtschaftsabschwung, der länger dauert als alle erwartet hatten und mit wesentlich stärkeren ökonomischen Auswirkungen als erwartet. Es ist also eine große Wirtschaftskrise. Sie dauert schon so lange, dass sie nun auch zu einer politischen Krise, wie beispielsweise in Europa, geworden ist.

Zweitens handelt es sich nicht um eine Finanzkrise, d.h. weder die Banken noch die Finanzwirtschaft sind die Verursacher.

Die Ursachen liegen bei der gesamten Wirtschaft, nicht nur im Finanzsektor sondern auch in der übrigen Wirtschaft. Eine "Finanzkrise" wird sie nur deshalb genannt, um den Menschen in den USA die Illusion zu geben, die Krise beschränke sich auf einen Teil der Wirtschaft. Lassen Sie mich das näher ausführen: Geschichtlich betrachtet waren die USA eine Gesellschaft, in der die Löhne von etwa 1820 bis 1970, also 150 Jahre lang, stetig stiegen. Die USA waren das Land mit den weltweit höchsten Löhnen, wodurch der Glaube erwuchs, den die Amerikaner bis heute in sich tragen: Dass die USA ein besonderes Land sind, wo Wohlstand durch harte Arbeit möglich ist, wo die eigenen Kinder einen höheren Lebensstandard erreichen als man selbst und es den Enkeln noch besser gehen wird und so weiter.

All das hatte in den **70er Jahren** ein Ende, als **die Knappheit an Arbeitskräften in den USA endete**. Sie müssen verstehen, dass der Grund für die steigenden Löhne ein Mangel an Arbeitskräften war. Solange es in den USA an Arbeitern mangelte, war der Kapitalismus erfolgreich. Zum Teil hatte das damit zu tun, dass die Siedler, die als Europäer nach Amerika kamen, die amerikanischen Ureinwohner getötet hatten. Damals ging es mit dem Kapitalismus nach oben, man benötigte also immer mehr Arbeitskräfte. Deshalb sind die USA eine Nation von Einwanderern. Sie brauchten Arbeitskräfte. Aber in den 1970er Jahren hatte das ein Ende. Die Entwicklung des **Computers** verringerte den Bedarf an Arbeitern. Amerikanische Konzerne **verlagerten ihre Produktion** aus den USA in Billiglohnländer wie China oder Indien. Und schließlich standen im Zuge der Frauenbewegung plötzlich zudem Millionen von **Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung**. Es gab also einerseits eine geringere Nachfrage nach Arbeit im Zuge der Einführung des Computers und des Exports von Arbeitsplätzen ins Ausland und gleichzeitig eine Zunahme von Arbeitssuchenden durch Frauen und Einwanderer.

Das Ergebnis war, dass die **Reallöhne** zum ersten Mal in der Geschichte der USA **nicht mehr stiegen.** Seit den 70er Jahren haben sich die Reallöhne, also die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, nicht mehr geändert. Ein Trauma für eine Kultur, die von permanenten Lohnsteigerungen ausgeht. Doch das Problem wurde in den 70er Jahren nicht diskutiert. Es existierte schlicht und ergreifend nicht. Das führte schließlich dazu, dass die amerikanischen Familien ihre Probleme auf zwei Arten selbst zu lösen versuchten: **Erstens** durch **mehr Arbeit**. In den USA werden mehr Arbeitsstunden pro Jahr geleistet als in jeder anderen entwickelten Industrienation. Das sind etwa 20 Prozent mehr Arbeitsstunden pro Jahr als in Deutschland oder Frankreich. Ein gravierender Unterschied. Das hatte auch zur Folge, dass die amerikanischen Arbeiter sich in den letzten 30 Jahren körperlich verausgabt haben. Da die Frauen aufgrund von stagnierenden Löhnen jetzt auch morgens zur Arbeit müssen, gerieten die Familien unter Druck, die oft von den Frauen zusammengehalten wurden.

Zweitens und am Wichtigsten ist, dass die amerikanische Arbeiterklasse in den 1970er Jahren beschloss, trotz des Traumas stagnierender Löhne, nicht auf Konsum, ein schönes Haus, das Auto, das ihnen versprochen worden war, zu verzichten, sondern diese Ausgaben über **Darlehen** zu finanzieren. Seit 30 Jahren hat sich die amerikanische Arbeiterklasse mehr Geld geliehen als jede andere. Sie kauften Häuser und Autos, sie konsumierten auf Pump und verschuldeten sich für die universitäre Ausbildung. Jeder Student in den USA hat zum Studienabschluss Schulden. Vor 30 Jahren gab es so etwas praktisch nicht.

Vor Beginn des Ausbruchs der Krise im Jahr 2007 zeigte sich eine **erschöpfte Arbeiterklasse.** Es war nicht mehr möglich länger zu arbeiten. Weiteres Geld konnte nicht mehr geliehen werden. Das Haushaltseinkommen konnte nicht mehr gesteigert werden. Die Arbeiterfamilien waren erledigt. Mit dem Wirtschaftswachstum war es vorbei, und was folgte war der Zusammenbruch. Eine Wirtschaft, aufgebaut auf über 150 Jahre wachsenden Konsum, erreichte ihre ökonomischen Grenzen. Zur gleichen Zeit verschob sich der Wohlstand in Amerika. 30 Jahre lang stagnierten die Löhne, obwohl die Produktivität der Arbeitnehmer kontinuierlich stieg. Die Arbeiter sind also jedes Jahr produktiver geworden, durch mehr und bessere Maschinen, neue Computer, schnellere Arbeit und bessere Qualifikation. Die Qualität der geleisteten Arbeit hat jedes Jahr zugenommen. Aber der Lohn blieb durch den Druck auf den Arbeitsmarkt gleich. Die Arbeiterklasse hatte nun nicht mehr genug Geld und musste, um weiter zu konsumieren, Schulden machen.

Gleichzeitig wurde die **Arbeitgeber-Klasse reicher als je zuvor**, weil sie die Gewinne aus 30 Jahren Produktivitätssteigerung einbehalten hat, anstatt die Löhne mitsteigen zu lassen.

Das hat die USA grundlegend verändert.

Erstens: Die Arbeitgeber haben sich selbst sehr großzügig entlohnt. Die Vorstände an der Spitze amerikanischer Unternehmen verdienen wesentlich mehr als Führungskräfte in deutschen, französischen oder italienischen Unternehmen. Sie zahlen sich selbst enorme Gehälter.

Zweitens: Die Unternehmensmanager haben angefangen die Politik zu beeinflussen. Das war sehr klug. Sie verstanden, dass, wenn die Wohlhabenden auf Kosten der Bevölkerung immer reicher werden, das politische System unter Kontrolle gebracht werden muss. Sonst versucht die Arbeiterklasse, diese Umverteilung rückgängig zu machen. So zogen sich die amerikanischen Arbeiter, die von all der Arbeit erschöpft waren, aus der Politik zurück. Die Arbeitgeber nutzten die zusätzlichen Gewinne, um die Politik zu beeinflussen. Die Republikaner als auch die Demokraten sind von der gleichen Arbeitgeber-Klasse abhängig. Das gilt für Bush und Obama, die Unterschiede zwischen ihnen sind sehr gering. In den USA haben wir eine

Partei mit zwei Fraktionen. Eine Opposition, die das Problem einer höchst ungerechten Gesellschaft angehen könnte, gibt es nicht.

Die Krise ist dann ausgebrochen, als die Mehrheit der Menschen das Wirtschaftswachstum nicht mehr gewährleisten konnte. Die Reichen haben sogar mit den Schulden der Arbeiter spekuliert. In den letzten 30 Jahren hat die amerikanische Arbeiterklasse viele Schulden gemacht. Die Frage ist aber: Wer hat ihnen das Geld eigentlich geliehen? Das Geld kam von den Arbeitgebern. Die Arbeiter machten die Arbeitgeber reicher und reicher, doch anstatt wie vorher, die Löhne und Gehälter zu erhöhen, verliehen die Arbeitgeber das Geld über Bankenkredite an die Arbeiter. Aus Sicht der Arbeitgeber war das natürlich eine phantastische Situation. **Es gab also keine Gehaltserhöhungen, stattdessen gab es Kredite**. Und die mussten natürlich inklusive Zinsen zurückgezahlt werden. Doch es war klar, dass die Arbeiter nach 30 Jahren steigernder Schulden ohne Lohnzuwächse einen Punkt erreichen, an dem sie ihre Schulden nicht mehr bedienen können. Die Krise in 2007 brach daher aus, als plötzlich sehr viele Arbeiter zahlungsunfähig waren.

USA: Der große Elefant im System

Man kann die Situation der amerikanischen Arbeiterklasse damals mit der der Griechen heute vergleichen. Sie können ihre Schulden nicht mehr begleichen. Das System hat keine Lösung für das Problem. Die einzige Möglichkeit, die Arbeiterklasse wieder am Konsum teilhaben zu lassen, besteht darin, allen höhere Löhne zu zahlen. Das Kapital kann und will das aber nicht tun und widersetzt sich mit allen Mitteln. Die Ironie ist, dass diese Verweigerung nicht einmal im Sinne des Kapitals ist. Und genau aus diesem Grund ist die Krise so schwerwiegend. Es gibt aber keinen Ausweg aus der Krise ohne diese massiven Veränderungen, gegen die sich das Kapital, die Arbeitgeber so sträuben.
Das ist die Situation und sie ist in den USA ebenso ernst wie in Europa. In vielerlei Hinsicht sogar noch ernster. Die Aufmerksamkeit richtet sich im Moment ausschließlich auf das kleine Griechenland oder auch Italien. Aber das bei weitem größere Problem sind die USA. Die **Schulden der USA,** eines einzelnen Landes, übersteigen die Schulden von Griechenland, Spanien, Portugal, Irland, Italien und Frankreich zusammen genommen. Es ist schon seltsam, dass sich die Welt ausschließlich auf Europa bzw. Südeuropa konzentriert, obwohl das wirklich große Problem, das auf uns zukommt, eigentlich die USA sind. Unsere Schulden übersteigen bereits jetzt das Bruttosozialprodukt. Als die Probleme mit Griechenland begannen, betrugen die griechischen Schulden 130 Prozent des Bruttosozialprodukts. Das der USA beträgt im Moment bereits bei rund 110 Prozent und 135 Prozent werden in absehbarer Zeit erreicht sein. Im diesem Jahr wird die Staatsverschuldung zum Beispiel um 10 Prozent zunehmen. Auf unsere **14.500 Milliarden Dollar Schulden** kommen also zusätzlich 1500 hinzu, also 10 Prozent. Das geschätzte Wirtschaftswachstum für 2011 liegt hingegen bei etwa 2 Prozent. **Unsere Schulden steigen fünfmal schneller als unser Bruttosozialprodukt**. Es ist nur eine Frage von zwei oder drei Jahren, bis wir an der Stelle sind, an der sich Griechenland befand, als die Krise begann. Aber die Leute in den USA sehen dieses Problem nicht. Sie sind nicht bereit zu akzeptieren, wie ernst die Lage ist. Und hier in Europa ist man zu sehr damit beschäftigt, die Probleme in Europa zu lösen. Man nimmt den großen Elefanten nicht wahr, der auf sie zuläuft. Aber früher oder später muss man sich in Europa mit dem Elefanten auseinandersetzen.

***Kontext TV**: Mittlerweile gibt es weltweit Proteste. Es gibt die **Occupy Bewegung** in den USA. In **Oakland** fand jetzt sogar ein **Generalstreik** statt. In Griechenland und Spanien wird protestiert. Wie schätzen Sie die Proteste ein und in welche Richtung bewegen Sie sich Ihrer Einschätzung nach?*

Richard Wolff: Ich glaube diese Bewegungen sind deshalb so erfolgreich, weil sie Menschen mit sehr unterschiedlichen Anliegen, Prioritäten und Programmen zusammen bringen. Sie sind klug genug, sich nicht auf ein paar inhaltliche Punkte festzulegen. Sie vereinen Menschen, die sich seit über 30 Jahren für verschiedene Dinge wie ethnische Probleme, wirtschaftliche Fragen, Fragen des Geschlechts usw. engagiert haben. Man hat sich zersplittern lassen in viele kleine Bewegungen, die nur für sich selbst arbeiten. Und das hat nicht funktioniert. All diese Gruppierungen sind nun in der neuen Bewegung vereint. Um wirklichen Fortschritt zu erzielen bezüglich Rasse, Geschlecht, ökonomischer Ungleichheit bedarf es der Einheit aller Gruppen. **Wir können das System nur verändern, wenn wir gemeinsam auftreten.** Nur so geht es. Deshalb ist es gut, dass die Leute jetzt zusammen kommen und nicht untereinander streiten: "Sind wir gegen den Krieg im Irak, soll der Schwerpunkt mehr auf Anti-Rassismus liegen?" Die Menschen haben verstanden, wie wichtig die Einigkeit ist. In welcher Reihenfolge die Probleme angegangen werden, wird später entschieden. Zuerst einmal müssen sie stark genug sein, um tatsächlich etwas verändern zu können. Sie werden nicht den Fehler machen, sich untereinander zu streiten - die eine Gruppe macht dies, die andere das. Das ist sehr wichtig. Und aus diesem Grund ist die Bewegung so erfolgreich.

Die Polizei hat alle Anstrengungen unternommen die Bewegung zu unterdrücken, aber ohne Erfolg! Es ist der Polizei nicht gelungen, auch nicht in **Oakland.** In Oakland hat die Polizei massiv überreagiert. Am folgenden Tag musste sich Bürgermeisterin Quan, die den Polizeieinsatz angeordnet hatte, öffentlich im Fernsehen dafür entschuldigen, dass sie einen fatalen Fehler gemacht habe. Was folgte war ein öffentlicher Streit zwischen dem Polizeipräsidenten und der Bürgermeisterin. So etwas hat es vorher noch nicht gegeben.
Gestern fand im Hafen von Oakland ein Generalstreik statt, der sehr erfolgreich war. Einer der wichtigsten Häfen an der Westküste der USA musste geschlossen werden, es gab Arbeitsniederlegungen, sowohl im öffentlichen Dienst als auch bei privaten Unternehmen. Einen Generalstreik dieser Art hat es in den USA seit mindestens 25 Jahren nicht mehr gegeben. Es war der erste, der bereits sehr erfolgreich war. Meiner Meinung nach handelt es sich also um eine Bewegung, die fest entschlossen ist, weiter zu wachsen.

Ich möchte noch Folgendes hinzufügen: Diese Bewegung hat von Anfang an gesagt, dass sie gegen das gesamte System ist. Hier geht es nicht um ein wenig Veränderung hier, ein anderes Gesetz dort. Das ist nicht das Problem. Es geht nicht um kleine vereinzelte Reformen. Es ist das System als solches. **Die Bewegung nennt das System auch beim Namen. Sie stellt den Kapitalismus in Frage**.
Ich habe mich in jeder größeren politischen Bewegung in den USA seit Mitte der 50er Jahre engagiert, solange bin ich schon dabei. In der Vergangenheit war es sehr schwierig, Kapitalismus als Teil des Problems zu bezeichnen. Das wurde als radikal oder unamerikanisch angesehen. Das ist heute aber nicht mehr der Fall. Ich bin viel unterwegs, ich spreche auf vielen Veranstaltungen der Occupy-Bewegung über das Problem des Kapitalismus. Solche Kritik wird heute akzeptiert. Nicht jeder teilt natürlich meine Meinung, aber es ist ein Teil dieser Bewegung. Die Proteste haben eine völlig neue Qualität. Das System als Ganzes wird herausgefordert, und die Bewegung lässt sich nicht auf die ein oder andere Untergruppe reduzieren. Und es ist der Bewegung auch gelungen, der amerikanischen Bevölkerung ihr Anliegen erfolgreich zu vermitteln. Eine Bewegung, die offen den Kapitalismus kritisiert und in landesweiten Umfragen der New York Times und des Fernsehsenders CBS etwa 55 bis 60 Prozent Zustimmung findet, das gab es noch nicht. Es ist eine Bewegung, die radikaler ist als frühere Proteste und die es schafft, in nur eineinhalb Monaten die Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter sich zu bringen. Die Linke hätte nie geglaubt, dass so etwas möglich ist. Und jetzt ist es geschehen und wir stehen erst am Anfang.

Richard Wolff ist emeritierter Professor für Wirtschaft an der University of Massachusetts. Seine Homepage: http://rdwolff.com/
Danke an Kontext TV
http://www.kontext-tv.de/node/187

David Harvey

Rebellen auf der Straße



Die Wall Street Partei begegnet ihrem Erzfeind

28. Oktober 2011

Die Wall Street Partei hat in den Vereinigten Staaten schon zu lange ohne Widerspruch geherrscht. Seit mehr als vier Jahrzehnten (wenn nicht noch länger) hat sie die Politik von Präsidenten total (in Gegensatz zu teilweise) dominiert und zwar unabhängig davon, ob die Präsidenten bereitwillige Mitmacher waren oder nicht.
Sie hat den Kongress ganz legal korrumpiert, durch die unterwürfige Abhängigkeit der Politiker beider Parteien von der rohen Geldmacht und durch den Zugang zu den populären Medien, die durch diese Geldmacht kontrolliert werden.
Dank der Ernennungen, die durch den Präsidenten und den Congress genehmigt worden sind, dominiert die Wall Street Partei einen Großteil des Staatsapparats sowie der Justiz, insbesondere das oberste Gericht, dessen parteiischen Entscheidungen zunehmend korrupte Geld-Interessen in so unterschiedlichen Bereichen wie Wahlrecht, Arbeitsrecht, Umweltrecht oder Vertragsrecht bevorzugen.

Die Wall Street Partei hat ein universelles Herrschaftsprinzip: es darf keinen ernsthaften Widerspruch zum Recht des Geldes geben, absolut zu herrschen. Die Macht soll mit einem einzigen Ziel ausgeübt werden: diejenigen, die Geldmacht besitzen, sollen nicht nur das Privileg haben, endlos und nach eigenem Belieben Reichtum zu akkumulieren, sondern sie sollen auch das Recht haben, die Erde zu besitzen. Dabei sollen sie entweder direkt oder indirekt herrschen und sich nicht nur alles Land, alle Ressourcen und produktiven Kapazitäten aneignen, sondern auch die absolute Herrschaft über die Arbeitskraft ausüben und über das kreatives Potential von allen Anderen verfügen. Auf den Rest der Menschheit kann verzichtet werden.

Diese Prinzipien und diese Praktiken entstehen nicht aus der Raffgier, Kurzsichtigkeit oder einfach der Bosheit des Einzelnen (das gibt es auch). Diese Prinzipien sind in den Staatskörper unserer Welt durch den kollektiven Willen der kapitalistischen Klasse und durch die zwingenden Gesetze des Konkurrenzkampfs eingraviert worden. Wenn meine Lobby-Gruppe weniger ausgibt als Deine, dann werde ich weniger bevorzugt. Wenn ein Gesetz Ausgaben für die Bedürfnisse der Menschen vorsieht, wird sie als gegen den Wettbewerb gerichtet angesehen.

Viele anständige Menschen sind eingesperrt in die Umarmung durch ein System, das bis auf die Knochen verrottet ist. Wollen sie auch nur einen einigermaßen angemessenen Lebensunterhalt verdienen, so haben sie in ihrem Job keine Wahl als dem Teufel seinen Anteil zu geben: sie „befolgen nur die Befehle" wie es einst bekanntermaßen Adolf Eichman gesagt hatte. „Tun was das System verlangt" wie andere es nun behaupten, im Einklang mit den barbarischen und unmoralischen Prinzipien und Praktiken der Wall Street Partei. Die **Zwangsgesetze des Konkurrenzkampfes** zwingen uns alle, mehr oder weniger, die Regeln dieses rücksichtslosen und gefühllosen Systems zu befolgen.

Das Problem ist systemisch und nicht individuell.

Die favorisierten Werbesprüche der Partei, Freiheit und Unabhängigkeit, die durch privaten Besitz, freie Märkte und freien Handel garantiert werden sollen, bedeuten in Wirklichkeit die Freiheit, die Arbeitskraft von anderen auszubeuten, die Allgemeinheit nach Belieben zu enteignen und die Freiheit, für das individuelle oder Klassenwohl die Umwelt zu plündern.

Wenn sie einmal die Kontrolle über den Staatsapparat gewinnt, privatisiert die Wall Street Partei typischerweise alle saftige Happen unter ihren Marktwert, um neue Quellen für ihre Kapitalakkumulation zu eröffnen.

Sie organisieren Unterauftragsnehmer (der militärisch-industrielle-Komplex ist ein hervorragendes Beispiel) und Steuerpraktiken (Subventionen für die Agrarwirtschaft und niedrige Kapitalertragssteuern), die es ihnen erlauben, nach Belieben die öffentliche Kassen zu plündern. Sie fördern bewusst solche komplizierte Regelwerke und solch erstaunliche Inkompetenz innerhalb des Staatsapparates (man denke nur an EPA (Environmental Protection Agency) unter Reagan und FEMA (Federal Emergency Management Agency) und „Heck-of-a-job „ Brown unter Bush), um eine von Natur aus skeptische Öffentlichkeit zu überzeugen, dass der Staat nie eine konstruktive oder unterstützende Rolle bei der Verbesserung des täglichen Lebens oder von zukünftigen Perspektiven spielen kann.
Und schlussendlich benutzen sie das Gewaltmonopol, das jeder Staat für sich beansprucht, um das Volk aus vielen Bereichen des öffentlichen Raums herauszuhalten, und all jene, die nicht völlig mit Ihren Diktaten übereinstimmen, zu schikanieren, zu überwachen und - falls nötig - zu kriminalisieren und einzusperren. Die Wall Street Partei ist hervorragend in der Ausübung von **repressive Toleranz**, das den Schein von Meinungsfreiheit bestehen lässt, solange diese Meinungsfreiheit nicht die wahre Natur ihres Projekts und den repressiven Apparat, auf dem es aufgebaut ist, rücksichtslos entlarvt.

Die Wall Street Partei führt unentwegt Klassenkampf.

„*Selbstverständlich gibt es den Klassenkampf*“ sagt Warren Buffet, „*und es ist meine Klasse, die Reichen, die ihn führt und die ihn gewinnt*“. Dieser Kampf wird vielfach im Geheimen geführt. Hinter eine Reihe von Masken und Verschleierungen werden die Ziele und Zielvorstellungen der Wall Street Partei getarnt.
.
Die Wall Street Partei schöpft regelmäßig aus einem großen Arsenal von selbstbezahlten Gutachten, meistens von Mitarbeitern in den Denkfabriken und Universitäten, die sie unterstützt, und verteilt sie durch die Medien, die sie kontrolliert, um in alle möglichen Bereichen Scheinkontroversen zu kreieren, die einfach belanglos sind, um dann Lösungen zu präsentieren zu Fragen, die einfach nicht existieren. In einem Augenblick reden sie vom notwendigen Verzicht aller anderen, um das Defizit zu beseitigen, und im nächsten Augenblick schlagen sie vor, ihre eigene Steuerschuld zu verringern, unabhängig davon, welche Auswirkungen das auf die defizitäre Haushaltslage hat. Das einzige, das nie offen debattiert und diskutiert werden darf, ist die wahre Natur des Klassenkampfs, den sie so ununterbrochen und rücksichtslos führen. Etwas als „Klassenkampf“ zu bezeichnen ist in der gegenwärtigen politischen Lage und nach dem Urteil ihre „Experten“ so abwegig, dass man es gar nicht seriös diskutieren kann. Man könnte es als närrisch oder sogar als aufrührerisch bezeichnen.

Öffentliche Diskussion

Aber jetzt gibt es zum ersten Mal eine Bewegung, die explizit die Wall Street Partei und ihre uneingeschränkte Geldmacht konfrontiert. Die „Straße“ in Wall Street wird besetzt - Oh Schreck oh Schreck – durch andere! Es ist die Taktik der „Occupy Wall Street“-Bewegung, so wie sie sich von Stadt zu Stadt verbreitet, einen zentralen öffentlichen Ort, einen Park oder einen Platz in der Nähe des Orts zu besetzen, wo sich die Hebel der Macht befinden, und diese mittels der Anwesenheit menschlicher Körper zu einem Ort der öffentlichen politischen Bereichs zu machen. Ein Ort, an dem eine öffentliche Diskussion und Debatte darüber geführt werden kann, was die Macht tut und wie man sich am besten ihrem Griff entzieht. Diese Taktik wurde am offensichtlichsten wiederbelebt in den andauernden heldenhaften Kämpfen auf dem Tahrir Platz in Kairo. Sie hat sich verbreitet in aller Welt (Plaza del Sol in Madrid, Syntagma Platz in Athen, nun auf den Stufen von St. Paul’s Kathedrale in London sowie auch in Wall Street selbst). Das zeigt uns, dass die kollektive Macht von Körpern an öffentlichen Orten noch immer das beste Instrument der Opposition ist, wenn alle anderen Zugangswege blockiert werden. Was der Tahrir Platz der ganzen Welt zeigte war eine offensichtliche Wahrheit: es sind die Körper auf der Straße und nicht das sentimentale Geplapper auf Twitter oder Facebook. Das ist es, was wirklich den Unterschied ausmacht.

Unser Land von den Geldmächten zurückholen

Das Ziel der Bewegung in den USA ist einfach. Es sagt „Wir, das Volk, sind entschlossen, unser Land von den Geldmächten zurückzuholen, die das Land gegenwärtig regieren. Unser Ziel ist es, Warren Buffet zu widerlegen. Seine Klasse, die Reichen, sollen nicht mehr länger unangefochten regieren, und auch nicht automatisch die Welt erben. Es ist auch nicht das Schicksal seiner Klasse, der Reichen, immer zu gewinnen.“
Es sagt “wir sind die 99 Prozent”, wir haben die Mehrheit und diese Mehrheit kann, muss und soll sich durchsetzen. Da alle anderen Kanäle der Kommunikation für uns durch die Geldmacht verschlossen wurden, haben wir keine andere Wahl als durch die Besetzung von Parks, Straßen und Plätzen in unseren Städten dafür zu sorgen, dass unsere Anliegen gehört werden und dass man sich um unsere Bedürfnisse kümmert.

Um Erfolg zu haben, muss die Bewegung die 99 Prozent erreichen.

Sie kann das, und sie tut es, Schritt für Schritt.
Adressaten sind zunächst alle jene, die durch Arbeitslosigkeit ins Unglück gestürzt wurden. Dann all jene, die schon, oder jetzt gerade, durch die Wegnahme ihrer Häuser und Vermögenswerte durch die Wall Street Phalanx enteignet wurden.

Die Bewegung muss breite Koalitionen bilden mit Studenten und Migranten, mit den Unterbeschäftigten und allen jenen, die durch die völlig unnötigen und drakonischen Sparmaßnahmen bedroht werden, die auf Geheiß der Wall Street Partei bei uns und in der Welt durchgeführt werden.

Sie muss fokussiert bleiben auf die unterschiedlichen Formen der Ausbeutung an den Arbeitsplätzen – von den ausländischen Haushaltshilfen, die die Reichen so rücksichtslos in ihren Häusern ausbeuten, zu den Arbeitern in den Restaurants, die für fast nichts eine Sklavenarbeit in den Küchen jene Häuser verrichten, in den die Reichen so grandios speisen.

Sie muss die kreativ Arbeitenden und Künstler zusammenbringen, deren Talente so oft unter der Kontrolle der Geldmacht in kommerzielle Produkte verwandelt werden..

Die Bewegung muss vor allem die Hand ausstrecken, um all die Entfremdeten, die Unzufriedenen zu erreichen, alle jene, die erkennen und im tiefsten Herzen fühlen, dass irgendetwas gründlich falsch ist, dass das System der Wall Street Partei nicht nur barbarisch, unethisch und moralisch falsch ist, sondern auch kaputt.

All dieses muss gebündelt werden zu einer kohärenten Opposition. Sie muss ohne Vorbedingungen darüber nachdenken, wie eine alternative Stadt, ein alternatives politisches System und schlussendlich eine alternative Art von Produktion, Verteilung und Verbrauch für den Nutzen der Menschen aussehen könnte

und wie es organisiert werden kann. Sonst wird es für die Jugend nur eine Zukunft geben, in der zum Nutzen des EINEN Prozents die private Verschuldung hochgeschraubt wird bei gleichzeitig immer tieferen Einschnitten durch öffentliche Sparzwänge, also überhaupt keine Zukunft.

Als Reaktion auf die Occupy Wall Street Bewegung hat der Staat, gestützt durch die kapitalistische Geldklasse, eine erstaunliche Behauptung aufgestellt: Er und nur er habe das exklusive Recht, den öffentlichen Raum zu regulieren und über diesen zu disponieren.
Nein: die Öffentlichkeit hat das gemeinsame Recht, über öffentlichen Raum zu bestimmen! Auf welches Recht gestützt können Bürgermeister, Polizeipräsidenten, Offiziere und Staatsbedienstete uns, „dem Volk", sagen, dass sie das Recht haben, festzulegen, was „öffentlich" ist in „unserem" öffentlichen Raum und wer wann diesen Raum besetzen darf? Seit wann maßen sie sich an, uns von einem Ort zu vertreiben, den wir gemeinsam und friedlich besetzen. Sie behaupten, sie agierten im Interesse der Öffentlichkeit (und zitieren Gesetze um das zu beweisen), aber WIR sind die Öffentlichkeit! Wo ist „unser Interesse" in all diesen Aktionen? Und übrigens: ist es nicht „unser" Geld, das die Banken und Finanzleute so unverschämt nutzen, um "ihre" Boni zu akkumulieren?

Angesichts der organisierten Macht der Wall Street Partei, zu teilen und herrschen, muss die Bewegung, die jetzt entsteht, es als eines ihre Gründungsprinzipien aufnehmen, dass sie weder geteilt noch abgelenkt wird, bis die Wall Street Partei sich entweder besinnt, dass das Gemeinwohl Vorrang haben muss vor korrupten Interessen, oder in die Knie gezwungen wird. Die Privilegien von Unternehmen, dem Personenrecht zu unterliegen, ohne die Pflichten von wirklichen Staatsbürgern tragen zu müssen, müssen rückgängig gemacht werden. Öffentliche Güter wie Bildung und Gesundheitsfürsorge müssen öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Die Monopolmacht der Medien muss gebrochen werden. Das Kaufen von Wahlen muss als verfassungswidrig gelten. Die Privatisierung von Wissen und Kultur muss untersagt werden. Die Freiheit, andere zu enteignen, muss stark gebremst und letztlich verboten werden.

Amerikaner glauben an Gleichheit. Umfragedaten zeigen, dass sie glauben (unabhängig von ihrer politischen Zuordnung), dass die obersten zwanzig Prozent der Bevölkerung eventuell Recht haben könnten, wenn sie dreißig Prozent des gesamten Vermögens für sich reklamieren.
Die Tatsache, dass die obersten zwanzig Prozent der Bevölkerung jetzt 85 Prozent des gesamten Vermögens kontrollieren, ist inakzeptabel. Dass das meiste davon durch das oberste ein Prozent kontrolliert wird, ist gänzlich inakzeptabel.

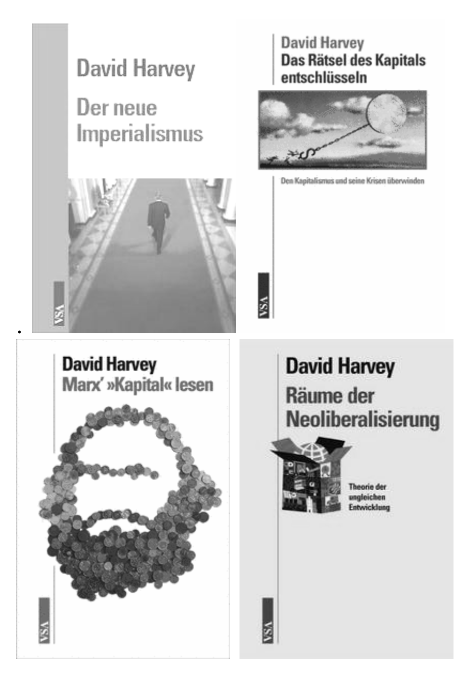
Was die Occupy Wall Street Bewegung vorschlägt ist, dass wir, das Volk der USA, uns auf eine Umkehrung dieses Niveau der Ungleichheit verständigen, nicht nur des Vermögens und Einkommens, sondern viel wichtiger: der politischen Macht, die solche Ungleichheit gewährleistet.
Die Bevölkerung der USA ist zu recht stolz auf ihre Demokratie, aber diese ist immer schon gefährdet gewesen durch die korrumpierende Kraft des Kapitals. Nun, da sie durch diese Macht dominiert wird, ist es sicherlich an der Zeit , wie Jefferson schon viel früher vorgeschlagen hatte, eine weitere Amerikanische Revolution durchzuführen. Eine die auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit basiert sowie auf einem einfühlsamen und nachdenklichen Umgang mit der Natur.

Der Kampf, der ausgebrochen ist – das Volk gegen die Wall Street Partei – ist entscheidend für unsere kollektive Zukunft. Der Kampf ist von Natur aus sowohl global wie auch lokal.
Er umfasst die Studenten in **Chile**, die sich in einem Kampf auf Leben und Tod mit den politischen Mächten ihres Landes befinden, um eine freies und qualitativ hochwertiges Bildungssystem für alle zu etablieren und somit den Anfang gemacht haben zum Abbau des neoliberalen Modells, das Pinochet so brutal eingeführt hat.
Es umfasst die Aktivisten auf dem **Tahrir** Platz, die erkennen, dass das Ende von Mubarak (wie das Ende von Pinochets Diktatur) nur der erster Schritt ist in einem emanzipatorischen Kampf, um sich loszureißen von der Macht des Geldes.
Es beinhaltet die „Indignados" in **Spanien**, die streikenden Arbeitern in **Griechenland**, die militante Opposition, die überall auf der Welt entsteht, von **London** bis **Durban**, **Buenos Aires**, **Shenzehen** bis **Mumbai**.
Die brutale Vorherrschaft der rohen Geldmacht ist überall in der Defensive

Auf welche Seite wird ein jeder von uns stehen? Welche Straße werden wir besetzen? Nur die Zeit wird es uns zeigen. Aber die Zeit ist jetzt. Das System ist nicht nur angeschlagen und entlarvt, es ist auch nicht mehr in der Lage, eine andere Antwort zu liefern als Repression. Also wir, das Volk, haben keine andere Option als für das kollektive Recht zu kämpfen, zu entscheiden, wie das System rekonstruiert werden soll und nach welchen Ebenbild.
Die Wall Street Partei hatte ihre Chance und ist kläglich gescheitert. Die Frage steht: Wie baut man eine Alternative auf ihren Ruinen auf. Das ist sowohl eine grandiose Gelegenheit als auch eine Pflicht, der keiner von uns aus dem Wege gehen wollte oder sollte.

Übersetzung: Danke an Homi Kutar und Christina Haufmann, coorditrad / SiG-Redaktion
http://davidharvey.org/2011/10/rebels-on-the-street-the-party-of-wall-street-meets-its-nemesis/

David Harvey ist einer der weltweit bekanntesten marxistischen Ökonomen. Er unterrichtet an der Graduate Center of the City University of New York. Auf seiner WebSite sind u.a.seine Auftritte bei „Occupy London" zu sehen sowie seine Einführung in die KAPITAL-Lektüre. (http://davidharvey.org/).
In SiG haben wir einige seiner Beiträge veröffentlicht, z.B. in SiG92: „Der verwilderte Kapitalismus explodiert auf der Straße" (http://sandimgetriebe.attac.at/9700.html) Seine Bücher sind auf deutsch im Hamburger VSA erschienen.



Im Frühjahr 2012 erscheint "Rebel cities: From the Right to the City to the Urban Revolution".

Peter Grottian
Occupy-Bewegung und Attac – eine Beziehung ganz besonderer Art



1. 11. 2011

Zuweilen gibt es erhellende Blitzlichter: Wenn Berliner Vertreter der Occupy-Bewegung bei Maybrit Illner auftreten und ausführen: Jeder vertritt sich selbst in der Bewegung, Ziele haben wir vorerst nicht. Und wenn die Vertreterin ergänzend von weltweiter Kommunikation schwärmt und Maybrit Illner belobigt, dass sie eben diese Kommunikation herstelle – dann ist das sympathischer Dilettantismus.
Es gibt aber echte Sturmzeichen: Wenn eine neue soziale Bewegung öffentlich verstummt, kaum Ziele und Arbeitsstrukturen entwickelt, sich wenig um eine strategische Orientierung müht und sich schwächelnd für so stark hält, dass es keiner Bündnispartner bedarf – dann ist das sogar mehr als ein Sturmzeichen. Dann brennt die Bewegungshütte!

Ein sichtbarer Ausdruck dessen ist das verstockte Unverhältnis des globalisierungskritischen Netzwerks Attac und der Occupy-Bewegung. Sie wollen irgendwie zusammengehören, aber sie sind sich in der Denke so fremd, dass wenig Gemeinsames zustande kommt. Distanz und Misstrauen dominieren. Nur wenige Attacies haben sich in Berlin und Frankfurt anfangs über mehrere Tage in die Arbeitsprozesse eingebracht. **Attac steht irgendwie daneben**. Es dämmert zögerlich und ist möglicherweise schmerzlich: Die Attac-Hütte brennt selbst. Attac-Aktivisten spüren einen neuen Protestzyklus, der Attac möglicherweise alt aussehen lässt. Sie haben Sorge, auf ihrem ureigensten Feld das außerparlamentarische Sagen zu verlieren. Deshalb die Hektik von flotten Protestankündigungen, die mit der Occupy-Bewegung nur oberflächlich koordiniert erscheinen. Zum letzten EU-Gipfel protestierte Attac sichtbar allein. Kurz: Attac wird auch durch existentielle Interesse an sich selbst mobilisiert.
Wer vor dem Reichstag erlebt hat, wie eine klassische Ankündigung von Attac, am 12. November das Regierungsviertel umzingeln zu wollen, von den Occupy-Bewegten kühl und undiskutiert aufgenommen worden ist, der hat schnell begreifen können, welche unterschiedlichen Bewegungskulturen versammelt sind. Einerseits die junge, offene Suchbewegung mit aller Ängstlichkeit der Festlegung, die sich „von unten“ alleine entwickeln will und andererseits Attac, das Bewegungsversuche in Expertisen, Tribunalen und Bankbesetzungen einbringt.

Die Occupy-Bewegung steht auf der Kippe. Die kalten Nächte vor der EZB und dem Reichstag, das rasch erlahmende Interesse der Menschen, ja die fehlende Attraktivität der Bewegung für gemischte Protestpotentiale, führen zu der plausiblen Prognose, dass diese sich selbstüberschätzende Bewegung an den nächsten Demo-Samstagen erlahmt. Ein Lächerlichkeitsverfall ist sogar möglich. Die Akteurinnen und Akteure werden bald unsicher werden, interner Streit bei 999 Politikverständnissen inclusive. Ein Rückschlag für die Bewegung ist eher wahrscheinlich.
Das aber kann auch eine produktive Chance werden – **die Vorbilder New York und Madrid sind einladend.** Plätze als Bewegungsorte verstehen, Menschen zum Mit-Tun motivieren, sich öffnen für gesellschaftliche Gruppen, Intellektuelle und Kulturschaffende. Deshalb wird jetzt der Lernprozess entscheidend sein:
Eine so verfasste Bewegung in Deutschland wird es alleine nicht stemmen, sie kann es alleine nicht. Sie bedarf zwar nicht der Unterstützung von gesellschaftlichen Großorganisationen und Parteien, aber doch von ganz vielen Einzelpersonen unterschiedlicher Protestmilieus, die mit Erfahrung, Kompetenz und bitteschön ein bisschen mehr Kreativität ein Bewegungsklima der Toleranz von unterschiedlichen Radikalitäten schaffen können. Eine Flutung der Bewegung durch neue Protest- und Kreativitätspotentiale ist das Gebot der Stunde: Mit guten Argumenten menschenfischerisch die Bewegung und den berechtigten Zorn der 80 Prozent der Bevölkerung zusammenbringen.
Es geht nicht um das „Entern“ oder die „Übernahme“, sondern um einen gesamtgesellschaftlichen und bewegungsbeflügelnden Lernprozess.
Dass die Betroffenen aufstehen, sich befreit fühlen und **Politik und Bankenmacht Zug um Zug mehr unter Druck bringen**. Dazu gehört auch eine Debatte über realistische Ziele: die Zerlegung, Funktionstrennung, Vergesellschaftung von Banken, die Festlegung eines „Giftschranks“ für bestimmte Finanzprodukte, die Umstrukturierung der Sparkassen und Genossenschaftsbanken zu wirklichen „Volksbanken“, in denen Demokratie realisiert werden kann.
Es steht auch eine **Revitalisierung der sozialen Frage** an, die man nicht Frau von der Leyen überlassen kann, und mehr entstehen muss, als von Erwerbsloseninitiativen und Sozialbündnissen bisher leistbar war.
Und: Die **Debatte über Protestformen und Aktionen des zivilen Ungehorsams** sollten vorangetrieben werden. Demonstrationen sind wichtig, papierne Forderungen notwendig – aber bitte in Kombination mit zivilem Ungehorsam in Form von gewaltfreien „Banküberfällen“ und Bankbesetzungen. Es muss den Herrschenden weh tun – sonst ändert sich wenig oder gar nichts. Die Debatte über couragierte Formen des zivilen Ungehorsams hat weder bei Attac noch bei der Occupy-Bewegung ernsthaft begonnen. „Robin Hood-Aktionen“ in den Reichtumszonen von Berlin-Grunewald, Starnberg, Kronberg und Blankenese folgten vielversprechenden Vorbildern aus den USA. Und die „feindliche Übernahme“ der Deutschen Bank durch symbolische „Tausend-Menschen“ anlässlich ihrer Hauptversammlung könnte eine weitere Reputationsschädigung für die Bank bedeuten.

Bisher hat die Occupy-Bewegung eine nur sehr einäugige Perspektive und bisher noch geschlossene Augen für ihre eigenen strategischen Entwicklungsmöglichkeiten. Die Öffnung der Bewegung und das sensible wechselseitige Einlassen auf unterschiedliche Protestkulturen ist der Schlüssel für eine soziale Bewegung, die ihren Namen verdient.
Die Occupy-Bewegung und Attac - so möchte man nach einem alten Lied schließen – sind die „Königskinder der Bewegung“. Sie sind noch nicht wirklich zusammengekommen.

Das Lob der Herrschenden für die Bewegung ist primär Ausdruck von Unsicherheit gegenüber einer unberechenbaren Bewegung. Schüren wir diese Unsicherheit!



12.11.2011

Peter Grottian ist Hochschullehrer für Politikwissenschaft, Freie Universität Berlin, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac

Der Kabarettist Georg Schramm auf der Occupy-Veranstaltung in Frankfurt/M. am 12.11.2011
Teil 1 des Videos auf YouTube: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=vjxUfyCSEEE
Teil 2 des Videos auf YouTube: http://www.youtube.com/watch?v=Wd555rheqrI&feature=related
Filme zur Schuldenkrise: http://www.kontext-tv.de/node/180

Steffen Stierle: Attac als Supporter und Ergänzer einer neuen Bewegung

Dass vier Jahre nach dem Ausbruch der historischen Krisendynamik, deren Ende nicht in Sicht ist, endlich auch eine neue Bewegungsdynamik entstanden ist, ist nicht der Verdienst von Attac. Das heißt nicht, dass Attac sich um die Bewegung nicht verdient gemacht hätte. Aber die Dynamik – das zentrale Element jeder Bewegung – geht von anderen aus.

Was wir in den letzten Monaten erleben ist **eine neue globale Bewegungswelle**. Diese Welle hat ihren Ursprung in Tunesien. Von dort aus hat sie sich im **arabischen Raum** rasch ausgebreitet. Von diesen Ereignissen inspiriert und über die eigene politische Klasse empört ist der zweite Strang der neuen Bewegung **am 15. Mai in Spanien** entstanden. Man kann die Kämpfe im arabischen Raum und die in Spanien nicht gleich setzen. Bei allem Respekt vor den Kämpfen in Spanien, gegen das Erbe der Franco-Diktatur, die soziale Schieflage, die Perspektivenlosigkeit der Jugend und das Demokratiedefizit würde ein Gleichsetzen den Kämpfen in Tunesien, Ägypten und Syrien nicht gerecht werden. Im arabischen Raum riskieren Tausende ihr Leben um gegen eine unerträgliche soziale Ausbeutung und Freiheitsberaubung anzukämpfen.
Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten: öffentliche Plätze werden besetzt um politische Räume zu schaffen, soziale Netzwerke werden zu zentralen Mobilisierungs- und Koordinationsorganen gemacht, soziale und demokratiebezogene Forderungen werden nicht länger getrennt behandelt, sondern verbunden…
Die spanische Dynamik hatte ihrerseits eine Ausbreitung in weiteren südeuropäischen Ländern zur Folge. Insbesondere in **Griechenland** ist sie schnell angekommen. Der Syntagma-Platz in Athen spielt heute eine ähnliche Rolle wie die Puerta del Sol in Madrid: ein politischer Raum und eine Basis des Widerstands gegen die Krisenpolitik der EU, des IWF und der eigenen Regierung.

Die nächste Etappe auf dem Weg zu einer globalen Bewegung war **Occupy Wallstreet.** Seit dem 17. September gibt es auch in den USA eine Bewegungsdynamik, die auch in das Muster der neuen globalen Bewegungswelle passt. Der spezielle Fokus in den USA ist der Widerstand gegen die Macht der Finanzmärkte. Auch das ist eine Verknüpfung sozialer und demokratiebezogener Forderungen.
Eine globale Bewegung wurde dann aus diesen Strängen am **15. Oktober**. Die spanische Bewegung hatte schon längst zu einem europaweiten Aktionstag aufgerufen. Die us-amerikanische Bewegung hat den Termin kurzfristig aufgegriffen. So kam es erstmals seit dem Protest gegen den Irak-Krieg zu einem weltweit koordinierten Aktionstag. In über 1000 Städten haben sich Menschen daran beteiligt.
Mit **Attac** hat diese Dynamik also erst einmal wenig zu tun. Attac hatte seine Dynamik in der letzten Bewegungswelle um die Jahrtausendwende. Dennoch ist Attac Teil der neuen Bewegung geworden. Ob in Tunesien, Spanien oder Griechenland – Vielerorts leisten Attacies ganz selbstverständlich ihren Beitrag zu den Besetzungen, Demonstrationen und Aktionen, freilich mit unterschiedlich starken Rollen.
Auch in Deutschland hat Attac eine beachtliche Rolle gespielt. Auch hier gibt es seit dem 15. Oktober eine gewisse Dynamik, wenn auch diese nicht mir jener in Madrid oder New York vergleichbar ist. In rund 50 Städten gab es Aktionen und in einigen stehen bis heute die Zelte. Bei den großen, zentralen Aktionen in Frankfurt und Berlin hat Attac ganz entscheidend mit organisiert. In den meisten anderen Städten waren die Attac-Gruppen aktiv in Bündnissen, häufig sogar der verbindende Akteur, der Indignados, Occupy-Leute, Gewerkschaften und andere unter einem Dach versammelt hat. Das war möglich, weil Attac einerseits in den vergangenen zehn Jahren eine gewisse Professionalität und eine organisatorische Infrastruktur entwickelt hat, die der neuen Bewegung logischer Weise (noch) fehlt, dass Attac aber andererseits selbst Bewegungsakteur ist und daher einer Logik folgt, die es erlaubt, als „etablierte Organisation" Teil einer neuen Bewegung zu werden ohne die Tendenz, sie zu dominieren. Attac kommt (anders als Gewerkschaften und Parteien) nicht in ein Dilemma, wenn auf den Camps ein Fahnenverbot verhängt wird oder wenn auf den Assembleas nicht für Organisationen sondern nur für Personen gesprochen werden soll. Hinzu kommt, dass Attac immer wieder in der Lage ist, kurzfristig und flexibel auf neue Situationen zu reagieren. Also: die Dynamik ist nicht die von Attac, aber ohne Attac wäre der 15. Oktober nicht das geworden was er war.

Attac ist auf dem richtigen Weg. Das Motto ist: **Die neue Bewegung unterstützen und ergänzen ohne sie zu dominieren**. Über das Bereitstellen von Infrastruktur hinaus kann Attac vor allem bei den inhaltlichen Botschaften eine wichtige Rolle spielen. **Eine Bewegung kann nur Erfolge haben, wenn deutlich wird, was sie will.** Politische Botschaften zu entwickeln braucht aber Zeit. Attac hat auf diesem Feld viel Erfahrung und kann daher wichtige Akzente setzen – mit Workshops auf den Camps, aktiver Beteiligung an Diskussionen und einer aktiven und offensiven politischen Arbeit mit den eigenen Positionen.
Was Attac jetzt nicht machen darf ist, sich einzubilden, dass man eine eigene Dynamik hat. **Attac kann und sollte nicht losgelöst von der Bewegung agieren**. Aktionstage, die aus der Bewegung kommen, sollten auch künftig mit höchster Priorität gefördert werden. Das heißt freilich im Umkehrschluss nicht, dass Attac jetzt nichts Eigenes mehr machen darf. Das ist eine gewisse Gradwanderung. Aber Grade entlangzuwandern gehört glücklicher Weise ebenfalls zu den Stärken von Attac.

Alexis J. Passadakis: 99 Prozent - Occupy« im Paradies des Vorpolitischen

Junge Welt 12.11. 2011 »Occupy« sorgt für Wirbel. Eine Podiumsdiskussion mit Vertretern der »Occupy«-Gruppe im Frankfurter DGB-Haus in dieser Woche stand kurz vor dem Abbruch, als Gewerkschafter aus dem Publikum lautstark das Fahnenverbot bei den Samstagsdemos anprangerten: Seit 1945 hätte es das nicht mehr gegeben. Die institutionalisierte Arbeiterbewegung prallte heftig auf – ja wen eigentlich? – die 99 Prozent?
Eine zentrale Ursache des wechselseitigen Unverständnisses, was Organisationsform und Symbolverwendung angeht, liegt in der unterschiedlichen Konstruktionsweise kollektiver Identität. Während für die globalisierungskritische Bewegung ab Ende der 90er Jahre noch das »Netzwerk«-Paradigma verwendet wurde, begreift sich »Occupy« als »Schwarm«.
Die globalisierungskritische Bewegung versuchte nach dem Epochenbruch 1989/90, emanzipatorische Politik zu rekonstituieren, indem Zerfallsprodukte der sozialen Bewegungen der 70er/80er Jahre und neue Akteure als Knotenpunkte zu einem Netzwerk verknüpft wurden. Dabei standen diese für historisch tradierte Politikansätze oder gesellschaftliche Interessenlagen: Dritte-Welt-Gruppen, gewerkschaftliche Strukturen, Umweltaktivisten usw. Ganz anders der »Schwarm«, diese biologistisch-technische Metapher der Internetkultur: Die gemeinsame Identität, das »Wir« von »Occupy«, ist nicht Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, sondern lediglich die Summe vieler Individuen (User). Diese artikulieren »Meinungen« und sind nicht Repräsentanten sozialer Positionen. Deshalb kommt der Protest tendenziell so eigenartig »unpolitisch« daher. Denn tatsächlich fällt es vielen von »Occupy« schwer, die eigenen Meinungsäußerungen als gesellschaftlich bedingt und somit als ideologisch zu durchschauen. Stattdessen erscheinen sie als natürlicher Ausdruck des Alltagsverstandes: »Wir sind normale Menschen«, lautet eine wichtige Grundannahme von »Occupy«. Insofern empfinden sich die Beteiligten als mit den »99 Prozent« identisch. Diese »ideologische Vermenschlichung« (Slavoj Zizek) der eigenen Sprechposition kollidiert folgerichtig mit anderen Gruppenidentitäten und ihren Symbolen, deren soziale Rollen kaum erkannt werden – denn »eigentlich« sind alle Teil der »99 Prozent«.
Die »Occupy«-Gruppen befinden sich mit dieser Selbstillusion durchaus auf der Höhe der Zeit. Sie sind Erfolgsergebnis neoliberaler Atomisierung der Gesellschaft. Andererseits birgt diese Haltung zugleich das Potential eines radikalen Humanismus und globalen solidarischen Egalitarismus. Immerhin lauten die meistgerufenen Slogans bei den Samstagsdemos in Frankfurt am Main »Hoch die Internationale Solidarität!« und »A-Anti-Anticapitalista!«.
Selbst wenn die »vorpolitische« »99 Prozent«-Harmonie Kopfzerbrechen bereitet: Mit dem Aktionstag am 15. Oktober hat der neue Bewegungszyklus einen globalen symbolischen Raum geöffnet. Diesen gilt es durch linke Akteure zu nutzen.

Erklärung von Occupy Hamburg

(Stand vom 15. November 2011)

Wir sind eine globale wachsende Bewegung von Menschen, die nach den weltweiten Demonstrationen vom 15. Oktober auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz geblieben sind, um diesen Protest fortzusetzen.

Der Arabische Frühling, die spanischen Indignados und die Occupy Wall Street Proteste haben uns ermutigt, unserer Wut und unserer Hoffnung dauerhaft Ausdruck zu verleihen.

Uns eint die Empörung über die herrschenden Zustände und der Wille zu einer gewaltfreien Revolution. Wir sind vielfältige Menschen unterschiedlichster Orientierungen, jung und alt, aus allen sozialen Milieus, Nationalitäten, Hautfarben, Religionen und Weltanschauungen, mit verschiedensten Wünschen und Vorlieben. Wir sind keine Partei, keine Organisation, keine Institution, kein Verein und keine Religion. Wir begegnen uns als Individuen.

Wir wollen die Ursachen und nicht nur die Symptome bekämpfen. Wir wollen selbstkritisch und selbstbewusst bei uns selbst anfangen, etwas zu verändern und gemeinsam die Zukunft verantwortlich gestalten. Wir wollen eine ethische Revolution!

Die Grundlage unserer Freiheit ist die Deklaration der Menschenrechte von 1948, die von den Regierungen formal anerkannt wurden, aber nicht einklagbar sind. Wir müssten uns nicht empören, wenn die Menschenrechte eingehalten würden. Aber wir empören uns!

Wir empören uns über die ungerechte Verteilung des natürlichen Reichtums, den Raubbau an der Natur und die Verschwendung von Ressourcen auf Kosten kommender Generationen. Wir empören uns über die Verschmutzung und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen durch den fortgesetzten Irrglauben an grenzenloses Wachstum durch die Konsumgier unserer Wegwerfgesellschaft.

Wir empören uns über Hungerkatastrophen, deren Ursachen Machtgier und Profitstreben und die Lethargie der Übersättigten sind.

Es empört uns, dass an den Börsen mit Grundnahrungsmitteln spekuliert wird, Anbauflächen zur Treibstoffproduktion missbraucht werden, die Meere überfischt und die Ackerböden durch Monokulturen geschädigt werden.

Wir empören uns über die Vergabe von Patenten auf Lebewesen und über die Monopolisierung der Landwirtschaft durch Großkonzerne, die Kleinbauern und Selbstversorger in Abhängigkeit und Ruin treibt.

Wir empören uns über die Grausamkeit von Massentierhaltung und über unnötige Tierversuche, über das zugefügte Leid, das jede ethische Empfindung eines Menschen zutiefst verletzt.

Wir empören uns über den verantwortungslosen Umgang mit Technologien, deren Folgen für kommende Generationen nicht abschätzbar sind. Es empört uns, dass Atomkraft immer noch genutzt wird, als gäbe es kein Morgen.

Es empört uns, dass die Erforschung und der Einsatz nachhaltiger und alternativer Energien behindert werden, um die Profite bestehender umweltschädigender Industrien zu bewahren.

Wir empören uns über zunehmende Trinkwasserknappheit, die durch unverantwortliches Handeln zustande gekommen ist und über die Privatisierung von Wasser.

Es empört uns, dass Tiere und Pflanzen aus Profitinteressen genetisch verändert werden.

Wir empören uns über Medikamente und Nahrungsmittelzusätze, deren Ungefährlichkeit nicht von unabhängigen Forschungsstellen geprüft werden, sondern von den Herstellern selbst. Wir empören uns darüber, dass natürliche Heilmittel verboten, alternative Heilmethoden und Generika unterdrückt werden, um die Profite der Pharmaindustrie zu erhalten.

Wir empören uns über ein Bildungssystem, dessen Inhalte von wirtschaftlichen und politischen Interessen bestimmt werden.

Es empört uns, dass Menschen die über geringe kulturelle, soziale oder finanzielle Ressourcen verfügen, schlechtere Bildungschancen haben.

Wir empören uns über ein Bildungssystem, das arbeitsmarktgerechte Konsumenten statt selbstbestimmt denkender und handelnder Menschen generieren soll.

Wir empören uns über die ungerechte Einkommensverteilung und die rasant weiter aufklaffende Schere zwischen Arm und Reich.

Wir empören uns über unterbezahlte und unentgeltliche Arbeitsverhältnisse und über Massenarbeitslosigkeit.

Wir empören uns über ein hohes Renteneintrittsalter während die Jugend arbeitslos ist.

Wir empören uns über ungeschützte Arbeitsverhältnisse und den Zwang zur Verrichtung menschenunwürdiger oder gesundheitsgefährdender Arbeit.

Wir empören uns über die Heuchelei, mit der uns das politische System als demokratisch präsentiert wird. Wir empören uns über Abgeordnete, die nicht an den Auftrag der Wähler gebunden sind, sondern sich von Lobbyisten und Industriekonzernen „beraten" lassen.

Wir empören uns über ein Rechtssystem, vor dem nur formal alle gleichgestellt sind, oft aber Vermögen, Ansehen und Herkunft den Unterschied machen.

Wir empören uns über ein Bankensystem, dass durch das Zinseszinssystem Menschen zwangsläufig und systematisch in finanzielle Abhängigkeit und Verschuldung treibt.

Wir empören uns über ein Finanzsystem, dass es Banken ermöglicht Gewinne zu privatisieren, aber Verluste zu vergesellschaften.

Wir empören uns über Staats- und Konzernmedien, die sich zum Werkzeug der Profit- und Machtinteressen der herrschenden 1% und deren Lobbyisten machen, anstatt ihrem Informationsauftrag gerecht zu werden und Transparenz zu schaffen.

Es empört uns, dass wir durch diese Medien manipuliert und gefügig gemacht werden sollen, indem uns relevante Informationen vorenthalten werden und wir stattdessen mit populistischer Desinformation und kommerzieller Werbung überschwemmt werden.

Wir empören uns über das Schüren von Angst, Zwietracht, Sexismus und Hass durch die Massenmedien.

Wir empören uns über die Oligarchie der Nachrichtenagenturen und Medienkonzerne und über das Informationsmonopol abseits vom Internet.

Wir wehren uns entschieden gegen jeden Versuch die Informationsfreiheit im Internet als letztem freien Medium zu beschneiden.

Wir empören uns über Vorratsdatenspeicherung, Staatstrojaner, die elektronische Gesundheitskarte und die unfreiwillige Freigabe intimer Daten im Internet. Wir empören uns über die Missachtung unsere Privatsphäre.

Politik und Wirtschaft sind nicht transparent, aber der Bürger soll gläsern sein.

Wir empören uns über die Ausgrenzung von Alten, Behinderten und Menschen anderer Kulturen.

Wir empören uns über eine menschenverachtende Behandlung von Flüchtlingen, denen systematisch auch die grundlegenden Menschenrechte verwehrt und die wie Verbrecher eingesperrt oder gewaltsam in Krieg, Folter und Elend zurückgetrieben werden.

Wir empören uns über Missbrauch und Misshandlung von Kindern und den Mangel an Kinderrechten. Wir empören uns über Kinderarbeit, die unserem billigen Konsum dient.

Kinder brauchen uns und wir brauchen unsere Kinder.

Wir empören uns über den nicht enden wollenden Imperialismus, der den Großteil der Länder dieser Welt versklavt und in Abhängigkeit hält.

Wir empören uns über Kriege, die für unseren Wohlstand, den Zugriff auf Ressourcen und die Durchsetzung unserer kulturellen Arroganz geführt werden.

Es empört uns, dass Waffen in Krisengebiete und an menschenverachtende Regime exportiert werden, um Wirtschaftswachstum zu schaffen. Wir empören uns über die Unterstützung der Niederschlagung des Arabischen Frühlings mit deutschen Panzern und Gewehren.

Wir empören uns über Folter und deren Duldung und Beihilfe durch unsere Regierungen.

Wir empören uns, dass das Grundgesetz und Völkerrecht missachtet werden, um Angriffskriege zu rechtfertigen.

Schließt Euch der Bewegung an und verschafft Euren Stimmen Gehör!

Der Wandel beginnt in Euch selbst!

Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.

http://occupyhamburg.titanpad.com/9

Michel Husson

Eine kooperative Lösung für Europa

Veröffentlicht am 9. September 2011

Der Verlauf der Krise lässt sich einfach zusammenfassen: Der Kapitalismus hat sich während der zwei Jahrzehnte vor der Krise reproduziert, indem er einen Berg von Schulden angehäuft hat. Um den Zusammenbruch des Systems zu verhindern, haben die Staaten die meisten privaten Schulden übernommen, die jetzt zu öffentlichen wurden. Von nun an ist ihr Ziel, den Bürgern die Rechnung zu präsentieren in Form von Haushaltskürzungen, von den ungerechtesten Steuererhöhungen und dem Einfrieren der Löhne. Insgesamt muss der Großteil der Bevölkerung (Arbeitende und Rentner) die fiktiven Profite sichern, die während vieler Jahre angehäuft wurden.

Der Wurm war in der Frucht. Einen ökonomischen Raum mit einem Einheitswährung, jedoch ohne gemeinsamen Haushalt schaffen zu wollen, war kein kohärentes Projekt. Eine unvollkommene Währungseinheit wird zu einer Maschine, die Heterogenität und Auseinanderentwicklung produziert. Die Länder mit einer überdurchschnittlichen Inflationsrate verlieren an Wettbewerbsfähigkeit und sind geneigt, ihr Wachstum auf einer Überschuldung aufbauen.

Zurückblickend hatte die Entscheidung für den Euro keine offenkundige Begründung. Denkbar wäre auch ein gemeinsames Währungssystem gewesen mit einerseits einem variablen Euro für die Beziehungen zum Rest der Welt und andererseits sich anpassenden Währungen im Inneren. In Wirklichkeit wurde der Euro als Disziplinierungsmittel der Länderhaushalte und vor allem der Löhne konzipiert. Da der Rückgriff auf die Abwertung nicht möglich war, blieben die Löhne die einzige Anpassungsvariante.

Dieses System hat jedoch dank der Überschuldung und zumindest am Anfang dank der Abwertung des Euro im Verhältnis zum Dollar mehr recht als schlecht funktioniert. Diese Auswege konnten nicht ewig greifen. Brüchig wurde die ganze Sache mit der deutschen Politik von Lohnsenkungen die ihre Handelsanteile innerhalb der Eurozone vergrößert hat. Selbst wenn die Eurozone insgesamt im Gleichgewicht war, hat sich ein Graben aufgetan zwischen den deutschen Überschüssen und den Defiziten der meisten anderen Länder. Die Wachstumsraten der Länder der Eurozone haben sich nicht angeglichen, im Gegenteil, sie entwickelten sich weiter auseinander und das seit der Einführung des Euro.

Diese Konfiguration war nicht länger tragbar. Die Krise hat den Prozess der Fragmentierung brutal beschleunigt und die Finanzspekulation hat die dem neoliberalen Europa inhärenten Spannungen ans Licht gebracht. Die Krise hat die Polarisierung der Eurozone in zwei Ländergruppen vertieft. Auf der einen Seite Deutschland, die Niederlande und Österreich mit großen Handelsbilanzüberschüssen und bescheidenen öffentlichen Schulden. Auf der anderen Seite befanden sich die berühmten "PIGS" (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) in einer umgekehrten Situation: starke Defizite in der Handelsbilanz und überdurchschnittlich hohe Haushaltsdefizite. Mit der Krise hat sich die öffentliche Verschuldung überall verstärkt, aber deutlich weniger in der ersten Gruppe der Länder, die ihre Handelsbilanzüberschüsse bewahren. In allen anderen Ländern verschlechtert sich die Situation mit der Explosion der öffentlichen Schulden und einem wachsenden Ungleichgewicht in der Handelsbilanz.
In Europa hat die Staatsschuldenkrise die Wendung zur Sparpolitik, die schon vorprogrammiert war, beschleunigt. Die Spekulation gegen Griechenland, dann Irland und Portugal war nur möglich, weil es weder Maßnahmen zur Bankenkontrolle noch zur gegenseitigen Schuldenübernahme auf europäischer Ebene gab. Es sind übrigens die Zentralbanken, die die Munition liefern, indem sie den Banken Geld zu 1% leihen, das daraufhin benutzt wird, um von der Zinserhöhung der Staaten zu profitieren und die Differenz einzustecken.
Die öffentliche Verschuldung, die auf die private Verschuldung folgt, verschärft erneut die Finanzkrise. In dieser Hinsicht sind die Pläne zur Rettung des Euro in Wirklichkeit Pläne zur Rettung der europäischen Banken, die einen Großteil der Schuldpapiere der bedrohten Länder besitzen. Die Spekulationsattacken dienen als Argument für ein schnelles Übergehen zu drastischen Sparplänen. Dieser Unsinn kann nur in einer neuen Rezession münden, auch in Deutschland, wo die Exporte in die Schwellenländer die Verluste auf den europäischen Märkten nicht ausgleichen können.

Im Grunde haben die europäischen Regierungen ein einziges Ziel, so schnell als möglich zum business as usual zurückzukehren. Aber dieses Ziel ist nicht mehr erreichbar, weil alles, was bisher dazu gedient hatte, die Widersprüche einer wackelnden Währungsintegration zu verwalten, von der Krise unbrauchbar gemacht wurde. Diese Elemente der Analyse werden heute weitgehend geteilt. Sie führen jedoch zu gegensätzlichen Prognosen und Orientierungen, nämlich entweder zum Zerfall der Eurozone oder zur Neugründung der europäischen Konstruktion.

Für eine Neugründung Europas

Das wesentliche Ziel ist die optimale Befriedigung der sozialen Bedürfnisse. Der Ausgangspunkt ist die Verteilung des Reichtums. Aus kapitalistischer Sicht ergibt sich jedoch der Ausgang aus der Krise über eine Wiederherstellung der Rentabilität, also über einen zusätzlichen Druck auf die Löhne und die Beschäftigung.

Aber es war der auf Kosten der Löhne erhöhte Teil des Nationaleinkommens, der die Finanzblasen genährt hat, und es waren die neoliberalen Gegenreformen, die schon vor dem Ausbruch der Krise die Staatsschulden erhöht haben.

Die Gleichung ist also einfach. Es gibt aus der Krise keinen günstigen Ausgang ohne eine signifikante Veränderung der Einkommensverteilung. Diese Frage steht noch vor der des Wachstums. Sicher wäre ein stärkeres Wachstum günstig für die Beschäftigung und die Löhne (wobei dieses noch unter einem ökologischen Gesichtspunkt zu diskutieren wäre) aber auf jeden Fall kann man nicht auf diese Variable setzen, wenn zur selben Zeit die Verteilung der Einkommen immer ungleicher wird.

Man muss also die Ungleichheiten in die Zange nehmen: auf der einen Seite durch die Erhöhung der gesamten Lohnsumme, auf der anderen Seite durch eine Steuerreform.
Die Anhebung des Lohnniveaus könnte nach einer Regel der Dreiteilung erfolgen. Ein Drittel für die Löhne, ein Drittel für die Sozialabgaben aus den Einkommen und ein Drittel für die Schaffung neuer

Arbeitsplätze durch die Reduzierung der Arbeitszeiten. Diese Steigerung würde zu Lasten der Dividenden erfolgen, die weder eine ökonomische Rechtfertigung noch einen gesellschaftlichen Nutzen haben.
Die Staatsschulden müssten nach und nach reduziert werden, nicht durch einen Einschnitt in die Ausgaben, sondern durch Steuereinnahmen aus allen denjenigen Einkommensquellen, die nach und nach von Steuern befreit wurden. Zunächst müssten die Kosten der Krise von ihren Verursachern übernommen werden, das heißt sie müssten zum großen Teil gestrichen und die Banken verstaatlicht werden.

Die Arbeitslosigkeit und die prekären Arbeitsverhältnisse waren schon die schwerwiegendsten sozialen Mängel dieses Systems und die Krise verschärft sie umso mehr, als die Sparpläne die Existenzbedingungen der Ärmsten noch mehr beschneiden werden. Hier kann ein hypothetisches Wachstum nicht als Königsweg betrachtet werden. Mehr zu produzieren, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen? Das heißt die Dinge auf den Kopf stellen. Hier muss ein völliger Perspektivenwechsel vorgenommen werden und die Schaffung nützlicher Arbeitsplätze als Ausgangpunkt genommen werden. Egal ob durch Reduzierung der Arbeitszeiten im Privatsektor oder durch die Schaffung neuer Stellen in Verwaltungen, öffentlichem Dienst und im Gemeinwesen, man muss von den Bedürfnissen ausgehen und verstehen, dass es die Arbeitsplätze sind, die den Reichtum (nicht unbedingt im Sinne von Handelsgütern) erzeugen. Und das erlaubt eine Brücke zu bauen zu den Umweltproblemen: Vorrang für die freie Zeit und die Schaffung nützlicher Arbeitsplätze sind zwei wesentliche Elemente eines jeden Programms des Kampfes gegen den Klimawandel.

Die Frage der Einkommensverteilung ist somit ein guter Anknüpfungspunkt für das einfache Prinzip: "Wir bezahlen nicht für ihre Krise". Das hat nichts zu tun mit einer "Wiederbelebung der Wirtschaft durch höhere Löhne", sondern mit der Verteidigung der Löhne und der Arbeitsplätze sowie der sozialen Rechte, über die es keine Diskussion geben dürfte. Man kann dann zusätzlich den Begriff der Kontrolle einführen: Kontrolle über das, was mit den Profiten geschieht (z.B. Dividende ausschütten oder Arbeitsplätze schaffen); Kontrolle über die Verwendung der Steuern (z.B. Subventionierung der Banken oder Finanzierung der öffentlichen Dienste). Die Herausforderung besteht in dem Übergang von der Verteidigung zur Kontrolle und nur dieser Übergang erlaubt es, dass der Privatbesitz an Produktionsmitteln massenhaft in Frage wird – das führt zum wirklichen Antikapitalismus.

Wie Özlem Onaran gut zusammenfasst: "Ein Konsens entsteht zwischen den europäischen antikapitalistischen Kräften über eine Strategie, die auf vier Pfeilern ruht: 1) Widerstand gegen die Sparpolitik; 2) radikale Steuerreform und Kontrolle der Kapitalströme; 3) Verstaatlichung/ Vergesellschaftung der Banken unter demokratischen Kontrolle; 4) Schuldenprüfung unter demokratischer Kontrolle gefolgt von eventuellen Schuldenstreichungen".

Raus aus dem Euro?

Welchen Vorteil hätte ein Euro-Ausstieg? Das Hauptargument ist, dass er eine Abwertung der neuen Währung ermöglichen würde, wodurch die Wettbewerbsfähigkeit des betreffenden Landes wieder hergestellt würde. Ein Euro-Ausstieg würde der nationalen Zentralbank erneut die Möglichkeit geben, Geld in Umlauf zu bringen, um das Defizit des Landes anders zu finanzieren. Die größten Optimisten sehen darin eine Möglichkeit, die Wirtschaft zu re-industrialisieren, ein höheres Wachstum zu erreichen und Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Fusion der nationalen Währungen innerhalb des Euro hat dazu geführt, dass eine wichtige Anpassungsvariable, der Wechselkurs, wegfiel. Die Länder, deren preisliche Wettbewerbsfähigkeit sinkt, haben im gegenwärtigen europäischen Rahmen keine andere Möglichkeit als die Lohnbremse und die Flucht nach vorn in die Verschuldung. Das stimmt, ändert aber nichts daran, dass das Szenario des Euro-Ausstiegs in sich nicht schlüssig ist.

Der Euro-Ausstieg würde die Schuldenfrage in keinster Weise lösen, würde sie im Gegenteil verschlimmern: die Schulden gegenüber dem Ausland würden sofort um den Abwertungskurs erhöht. Die Umschuldung müsste also auf jeden Fall vor dem Euro-Ausstieg passieren.

Die Rückkehr zu einer nationalen Währung bedeutet für die Länder mit hohem Außenhandelsdefizit, dass sie direkt einer Währungsspekulation ausgesetzt sind. Die Zugehörigkeit zum Euro hatte wenigstens den Vorteil, dass die Länder vor diesen spekulativen Attacken geschützt waren: so hatte das Handelsdefizit Spaniens bis zu 9% des BIP erreicht, ohne dass sich das offensichtlich auf „seine“ Währung ausgewirkt hätte.

Durch eine Abwertung werden die Produkte eines Landes wettbewerbsfähiger, zumindest gegenüber den Ländern, die nicht abwerten. Es wäre also nötig, dass der Euro-Ausstieg sich nur auf eine kleine Zahl von Ländern bezieht. Es ist also eine nationale, nicht kooperative Lösung, bei der ein Land versucht, Marktanteile gegenüber seinen Handelspartnern zu gewinnen. Außerdem lässt eine Abwertung die Importpreise ansteigen, die sich auf die interne Inflationsrate niederschlagen und die Wettbewerbsgewinne bei den Exportpreisen teilweise zunichte machen können. Der Wirtschaftswissenschaftler Jacques Sapir, der einen Plan zum Euro-Ausstieg für Frankreich erstellt hat, bekennt, dass die Inflation „regelmäßige Abwertungen (jedes Jahr oder alle 18 Monate) nötig machen wird“, um den realen Wechselkurs konstant zu halten. Das bedeutet, dass eine endlose Inflations-Abwertungsschleife akzeptiert wird. Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beruht auf materiellen Elementen: Produktivitätsgewinn, Innovation, industrielle Spezialisierung usw. Wenn man glaubt, dass eine Manipulation der Wechselkurse ausreicht, um die Wettbewerbsfähigkeit ausreichend zu sichern, so täuscht man sich sehr.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass es kaum eine Abwertung gibt, die sich nicht in gesteigerten Sparmaßnahmen niederschlägt und sich schließlich auf die Arbeitnehmer auswirkt. Damit die Abwertung dazu führt, dass eine andere Einkommensverteilung und eine andere Form von Wachstum stattfinden, wäre eine **tief greifende Veränderung des sozialen Kräfteverhältnisses nötig.** Wenn man den Euro-Ausstieg zur Vorbedingung macht, so bedeutet das, dass die Prioritäten zwischen gesellschaftlicher Veränderung und Wechselkurs umgekehrt werden. Das ist eine sehr gefährliche Verschiebung. In seinem Text unterstreicht Jacques Sapir, dass die „neue Währung dann in die Veränderungen der makroökonomischen und institutionellen Politik eingefügt werden müsste (….), wenn man möchte, dass sie alle erwarteten Wirkungen zeigt“. Unter diesen Veränderungen nennt er Gehaltsangleichungen, die Sicherung der sozialen Systeme, eine strenge Kontrolle des Kapitals, die Kontrolle über die Banque de France, die staatliche Kontrolle der Banken und der Versicherungen. Aber alle diese Maßnahmen müssten durchgesetzt werden, bevor man überhaupt einen Euro-Ausstieg plant.

Eine Regierung, der es um gesellschaftliche Veränderung geht, würde übrigens einen gravierenden strategischen Fehler begehen, wenn sie zuerst aus dem Euro aussteigen würde, denn sie würde sich allen Vergeltungsmaßnahmen ausliefern.

Politisch besteht eine große Gefahr, die rechtspopulistischen Programme von der Linken her zu legitimieren. In Frankreich macht die „Front National" den Euroausstieg zu einer Achse seiner Politik. Sie knüpft an eine national-sozialistische Denkweise an, der zufolge der fremdenfeindliche Diskurs mit einer Lesart kombiniert wird, wonach die europäische Integration die einzige Quelle aller wirtschaftlichen und sozialen Übel ist.

Darum geht es letztlich. Die neoliberale Globalisierung und europäische Integration verstärken das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals. Aber man darf das nicht als einzige Ursache sehen, so als könnte sich eine bessere Verteilung des Reichtums spontan innerhalb eines Landes vollziehen, unter der einzigen Bedingung, dass man protektionistische Maßnahmen ergreift. Im Grunde ist es ein fundamentaler **Analysefehler, glauben zu machen, dass der Euro-Ausstieg per se das Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiter verbessern könnte**. Es genügt doch das Beispiel Britannien zu betrachten: das Pfund Sterling gehört nicht zum Euro und dennoch ist die Bevölkerung nicht vor einem Sparplan sicher, der einer der brutalsten in Europa ist.

Die Befürworter des Euro-Ausstiegs bringen ein anderes Argument vor: der Euro-Ausstieg sei eine Sofortmaßnahme, die man relativ leicht ergreifen könne, während die Aussicht auf eine Neugründung Europas in weiter Ferne sei. Dieses Argument übersieht die Möglichkeit einer Strategie des Bruches, die nicht voraussetzt, dass sie gleichzeitig in allen europäischen Ländern zum Einsatz kommt.

Für eine Strategie des Bruchs und der Erweiterung

Anscheinend gibt es also nur die Wahl zwischen einem gefährlichen Abenteuer und einer utopischen Harmonisierung. Die politische Hauptaufgabe ist nun, einen Ausweg aus dem Dilemma zu finden. Um eine Lösung zu finden, muss man zwischen Zweck und Mitteln unterscheiden können. Das Ziel einer Politik zur gesellschaftlichen Umwälzung ist wie gesagt die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für alle Bürger in allen Bereichen (Beschäftigung, Gesundheit, Rente, Wohnung usw.). Die erste Hürde ist die Verteilung der Einkommen. Diese müssen schon an der Quelle (Profit und Löhnen) und durch Steuern verändert werden. Daher müssen eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die zur Senkung der Einnahmen aus Finanzgeschäften und zu einer radikalen Steuerreform führen. Das erfordert eine Kritik an den Interessen der privilegierten Schicht und die Konfrontation findet vor allem auf nationaler Ebene statt. Die Trümpfe der Herrschenden und die möglichen Vergeltungsmaßnahmen überschreiten jedoch den nationalen Rahmen. Hier werden sofort der Wettbewerbsverlust, die Kapitalflucht und der Bruch mit den europäischen Regeln als Vorwand angebracht.

Die einzige mögliche Strategie muss sich auf die Legitimität fortschrittlicher Lösungen stützen, wobei sich die Legitimität aus dem äußerst **kooperativen Charakter solcher Lösungen** ergibt. Alle neoliberalen Empfehlungen laufen am Ende auf die Suche nach Wettbewerbsfähigkeit hinaus: Man muss die Löhne und „Belastungen" senken, um am Ende Marktanteile zu gewinnen. Da das Wachstum wegen der Krise in Europa in der kommenden Zeit schwach sein wird, bleibt als einziges Mittel, um Arbeitsplätze zu schaffen, sie von den Nachbarländern zu nehmen, dies umso mehr als der Großteil des Außenhandels europäischer Länder sich innerhalb Europas abspielt. Das gilt selbst für Deutschland (das mit China auf Platz eins oder zwei der weltweiten Exporte steht), das bei der Ankurbelung von Wachstum und Beschäftigung nicht nur auf die Schwellenländer zählen kann. **Die neoliberalen Wege aus der Krise sind also von Natur aus nicht kooperativ. Denn man kann nur gegen die anderen gewinnen und das ist eben die Ursache für die Krise in der Konstruktion Europas**

Die fortschrittlichen Lösungen sind jedoch kooperativ. Je mehr Länder einbezogen werden, desto besser funktionieren sie. Würden alle europäischen Länder die Arbeitszeit verkürzen und Kapitalerträge besteuern, könnten durch diese Koordinierung die zu erwartenden Gegenschläge verhindert werden, mit denen eine solche politische Strategie rechnen müßte, wenn sie nur in einem Land durchgesetzt würde.

Es muss also der Weg einer Erweiterungsstrategie geklärt werden, die von einer echten linken Regierung verfolgt werden kann:

1. Man führt im Alleingang die „richtigen" Maßnahmen durch (z. B. die Besteuerung von Finanztransaktionen)
2. Dazu kommen Schutzmaßnahmen (z. B. eine Kontrolle des Kapitals)
3. Man nimmt das politische Risiko auf sich, gegen die europäischen Regeln zu verstoßen
4. Man schlägt vor, diese zu verändern, indem die durchgeführten Maßnahmen auf europäische Ebene ausgeweitet werden.
5. Man schließt die Kraftprobe nicht aus und man droht mit dem Austritt aus dem Euro.

Dieses Schema berücksichtigt die Tatsache, dass man zur Durchführung einer «guten» Politik nicht auf die Schaffung eines "guten" Europas warten kann. Den Vergeltungsmaßnahmen aller Art müssen mit Maßnahmen, die tatsächlich aus dem Arsenal des Protektionismus stammen, vorgebeugt werden. Aber es geht dabei nicht um einen Protektionismus im gewöhnlichen Sinne des Begriffs, denn **dieser Protektionismus schützt eine gesellschaftliche Transformation** und nicht die Interessen der Kapitalisten eines Landes gegen die Konkurrenz der anderen. Das ist also ein Protektionismus, der verschwindet, sobald die "guten" Maßnahmen verallgemeinert sind.

Der Bruch mit den europäischen Regeln erfolgt nicht über eine Grundsatzerklärung sondern ausgehend von einer richtigen und legitimen Maßnahme, die den Interessen der größten Anzahl entspricht und die vorgeschlagen wird als Weg, dem die Nachbarländer folgen können. Diese Hoffnung auf den Wechsel erlaubt es, sich auf eine gesellschaftliche Mobilisierung in den anderen Ländern zu stützen und so ein Kräfteverhältnis zu schaffen, das auf den europäischen Institutionen Druck ausüben kann. Die jüngste Erfahrung mit dem Euro-Rettungsplan hat im übrigen gezeigt, dass es nicht nötig ist, die Verträge zu ändern, um eine gewisse Anzahl ihrer Vorschriften zu übergehen.

Der Ausstieg aus dem Euro ist in diesem Vorhaben keine Voraussetzung, es ist im Gegenteil eine Waffe, die als letzter Notnagel zu gebrauchen ist. Der Bruch sollte eher über zwei Punkte erfolgen, die es erlauben könnten, einen Handlungsspielraum zu schaffen: Verstaatlichung der Banken und Annullierung der Schulden.

Bruch und Neugründung

Der erste Stützpfeiler ist die Fähigkeit, den Kapitalinteressen zu schaden: das innovierende Land kann seine Schulden restrukturieren, ausländisches Kapital verstaatlichen oder drohen es zu tun. Selbst im Falle eines kleinen Landes ist die Fähigkeit zur Gegenwehr beachtlich, angesichts der Verflechtung der Ökonomien und der Finanzmärkte. Viele könnten dabei verlieren, zum Beispiel die europäischen Banken im Falle Griechenlands. Anstatt sich vor der Finanzwelt hinzulegen, hätte **Papandreou** eine Kraftprobe suchen und sagen können: "Griechenland kann nicht bezahlen, wir müssen verhandeln". Das hatte **Argentinien** gemacht, indem es 2001seine Schulden suspendiert hatte und eine Neuaushandlung seiner Schulden durchgesetzt hatte.

Aber der wichtigste Stützpfeiler würde im kooperativen Charakter der getroffenen Maßnahmen liegen. Es ist ein enormer Unterschied zum klassischen Protektionismus, der nur seinen Vorteil sucht, indem er seinen Konkurrenten Marktanteile wegschnappt. Alle fortschrittlichen Maßnahmen sind dagegen umso wirksamer je mehr sie in einer großen Anzahl von Ländern verallgemeinert werden. Man müsste hier von einer Strategie der Erweiterung sprechen, die sich auf folgenden Diskurs stützt: "Wir bestätigen unseren Willen, das Kapital zu besteuern und wir unternehmen entsprechende Schutzmaßnahmen. Das gilt nur solange, bis diese Maßnahme, wie wir sie vorschlagen, auf ganz Europa ausgedehnt sein wird". **Im Namen eines anderen Europa würde also der Bruch mit dem real existierenden Europa vollzogen werden.** Anstatt also den Bruch mit dem neoliberalen Europa und das Projekt einer europäischen Neugründung gegenüberzustellen muss man über die Übergänge zwischen ihnen nachdenken.

Das Projekt und die Kräfteverhältnisse.

Ein Programm, das nur zum Ziel hätte, Randerscheinungen des Systems zu regulieren, wäre nicht nur unterdimensioniert, sonder auch wenig mobilisierend. Umgekehrt könnte eine radikale Perspektive es riskieren, dass man sich von der Größe der Aufgabe entmutigen lässt. Es geht also darum, den optimalen Grad der Radikalität zu bestimmen. Die Schwierigkeit besteht nicht darin, technische Maßnahmen auszuarbeiten: das ist natürlich notwendig und das ist eine schon weit fortgeschrittene Arbeit, aber keine noch so geschickte Maßnahme kann die Konfrontation zwischen den widersprüchlichen gesellschaftlichen Interessen umgehen.

Was die **Banken** betrifft, reicht das Spektrum von vollständiger Verstaatlichung bis hin zur Regulierung – dazwischen werden Vorschläge über die Errichtung eines öffentlichen Finanzsektors oder die Einrichtung einer sehr engen Regulation gemacht.
Was **die öffentlichen Schulden** angeht, sie können annulliert, suspendiert oder neu ausgehandelt werden.
Die völlige Verstaatlichung der Banken und die Annullierung der öffentlichen Schulden sind legitime Maßnahmen und ökonomisch durchführbar, aber sie können außerhalb der Reichweite scheinen angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses. Hier ist die wirkliche Debatte angesiedelt: was sind im Sinne der Radikalität die Vorschläge, die am besten mobilisieren können? Diese Debatte lässt sich nicht von Ökonomen entscheiden und deshalb war es das Ziel dieses Artikels, nicht so sehr eine Reihe von Maßnahmen vorzuschlagen, sondern viel mehr Methodenfragen aufzuwerfen und die Notwendigkeit von drei unumgänglichen Bestandteilen eines Auswegs aus der Krise zu unterstreichen:

1. eine radikale Veränderung in der Verteilung der Einkommen.
2. Eine massive Reduzierung der Arbeitszeit.
3. Ein Bruch mit der kapitalistischen Weltordnung beginnend mit dem real existierenden Europa.

Die Debatte kann nicht eingezwängt werden in einer Gegenüberstellung von antineoliberal und antikapitalistisch. Diese Unterscheidung hat natürlich einen Sinn, je nachdem ob die Beseitigung des Finanzkapitalismus oder die des Kapitalismus angestrebt wird. Aber diese Spannung sollte nicht verhindern, **einen langen Weg gemeinsam zu gehen** und dabei diese Debatte weiterzuführen. Grundlage für das « gemeinsame Programm » könnte **der Wille sein, dem Kapitalismus andere Regeln aufzuzwingen**. Und das ist auch die Trennungslinie zwischen der radikalen Linken, die den Bruch wollen, und den Sozialliberalen, die nur begleiten wollen. Auf jeden Fall besteht die vordringliche Aufgabe für die radikale Linke heute darin, einen gemeinsamen europäischen Horizont zu konstruieren als Grundlage für einen wirklichen Internationalismus.

1. Özlem Onaran, «An internationalist transitional program towards an anti-capitalist Europe», International Viewpoint. n°435, April 2011. http://internationalviewpoint.org/spip.php?article2096 [7]
2. Jacques Sapir, S''il faut sortir de l''euro, document de travail, 6 avril 2011: http://gesd.free.fr/sapirsil.pdf [8]

http://www.france.attac.org/articles/euro-en-sortir-ou-pas
Übersetzung: coorditrad (Bruno NIESER, Barbara KRATKY, Christiane KRUEGER) , SiG-Redaktion
Michel Husson ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich.
http://hussonet.free.fr

Serge Halimi ("Wir brauchen den Mond"):

"(...)Doch die Empörung bleibt ohnmächtig, wenn wir nicht die Mechanismen kennen, die sie ausgelöst haben. Die Lösungen dagegen sind bereits bekannt: Abkehr von der monetaristischen und deflationistischen Politik, die die "Krise" nur verschärfen; vollständige oder teilweise Abschreibung der Staatsschulden; Verstaatlichung der Banken; Zähmung des Finanzsektors; allgemeine "Entglobalisierung"; Wiedereintreiben der zig Milliarden Euros, die der Staat den Reichen in Form von Steuerentlastungen überlassen hat (70 Milliarden Euro allein in Frankreich in den letzten zehn Jahren). All diese Ansätze wurden bereits sehr detailliert von Ökonomen vorgestellt (1), die sich in der Wirtschaft ebenso gut auskennen wie Trichet, allerdings nicht den gleichen Interessen dienen. Es geht heute also weniger um eine "technische" oder eine Finanzdebatte als um einen politischen und sozialen Kampf. Natürlich wird das wirtschaftsliberale Lager wieder spotten, dass die Linken das Unmögliche fordern. Aber was machen sie selbst anderes, als das Unerträgliche festzuschreiben? Wir sollten uns wieder einmal an den Satz erinnern, den Jean-Paul Sartre seinem Freund Paul Nizan in den Mund gelegt hat: "Schämt euch nicht, den Mond zu fordern - wir brauchen ihn."(Jean-Paul Sartre, Vorwort zu Paul Nizan, "Aden, Arabie", Paris (Maspero) 1971, dt. "Aden. Die Wachhunde. Zwei Pamphlete", Reinbek (Rowohlt) 1969)"
http://www.monde-diplomatique.de/pm/2011/07/08.mondeText1.artikel,a0035.idx,1713

*(1) "**Manifeste d'économistes atterrés**", www.atterres.org/?q=node/1 . Auf deutsch erschienen: Manifest der empörten Ökonomen.* Bestellung bei dem pad-Verlag, Am Schlehdorn 6, 59192 Bergkamen; pad-Verlag@gmx.net **Inhalt**: http://www.labournet.de/diskussion/eu/wipo/index.html

Sonia Mitralia, Griechenland

Koordinierung über die nationalen Grenzen hinweg!

Griechenland als Versuchskaninchen des Neoliberalismus

Beitrag zur Eröffnung der Konferenz «Europe against Austerity», die am 1.Oktober 2011 von der Londoner Coalition of Resistance organisiert wurde.

Ich komme aus Griechenland, ein Land, das von denen, die es zu retten behaupten, ausgeblutet und zerstört wird: dem Internationalen Währungsfonds, der Europäischen Zentralbank und der Europäischen Kommission. Nach der Verabschiedung, Anwendung und vor allem Scheitern der vier **Schocktherapien**, die unter dem Namen «Memorandum» bekannt sind, und nach der aktuellen Anwendung der fünften Therapie, der drastischsten und inhumansten, ist Griechenland nicht mehr das Land, das wir gekannt haben: Jetzt sind die Straßen nach Sonnenuntergang leer, Restaurants halten verzweifelt Ausschau nach Gästen, die Läden in den verlassenen Einkaufsstraßen verfallen. Den Grund für diese Veränderungen liefern folgenden **Zahlen und Fakten**: Die Lohnempfänger und Rentner haben schon 30–50%, manchmal noch mehr, ihrer Kaufkraft verloren. Das führte dazu, dass nahezu 30% der Geschäfte und 35% der Tankstellen für immer dicht gemacht haben. Die Erwerbslosigkeit wird im nächsten Jahr die 30%-Marke erreichen. Es wird 40% weniger Krankenhäuser und Krankenhausbetten geben. Der griechische Staat war vor einigen Tagen nicht in der Lage, seinen Schulkindern Schulbücher zu geben: sie wurden aufgefordert, sich Fotokopien zu machen. Kurz, der Hunger – ja, der Hunger – fängt an, sich in den großen Städten breit zu machen, das Land fällt in Not und Verzweiflung und die Selbstmorde nehmen zu.

Doch die Griechen sind nicht nur verzweifelt. Sie sind auch kämpferisch, sie leisten Widerstand, und sie kämpfen. Besonders seit Ende Mai 2011 die aganaktismeni, die griechischen Indignados, aufgetaucht sind, die die Plätze Hunderter griechischer Städte mit einer großen, radikalisierten Menschenmenge und zwei Hauptlosungen füllten: «Wir schulden nichts – wir verkaufen nichts – wir zahlen nichts» und «Sie sollen alle abhauen».

Aber Vorsicht: In Griechenland Widerstand zu leisten, in der Zeit der barbarischen Austerität der Memoranda, ist nicht einfach. Erstens wegen der Repression, die schrecklich, systematisch und inhuman ist. Und dann, weil folgender Gesichtspunkt so wichtig ist: Griechenland ist gegenwärtig weltweit der **Testfall,** ein wahrhaft globales Laboratorium, in dem die Fähigkeit der Menschen zum Widerstand gegen die Strukturanpassungspläne in der großen Krise der Staatsschulden getestet wird. Alle Augen – derer, die oben sind, wie auch derer, die unten sind – richten sich auf dieses kleine europäische Land, das das Pech hat, das globale Versuchskaninchen des zynischsten Neoliberalismus zu werden. Daraus folgt, dass man, um die mindeste Forderung zu verwirklichen, praktisch die Regierung stürzen und nicht weniger als die Revolution machen muss!

Die Lehre, die wir aus dieser beispiellosen Situation ziehen, lautet heute mehr denn je: Es gibt keine Rettung innerhalb der nationalen Grenzen. Angesichts der Heiligen Allianz der Regierungen mit den oberen Zehntausend sind Koordination und Vernetzung von unten unerlässlich für jedwede Hoffnung auf Erfolg! Einfach ausgedrückt, und damit der griechische Test nicht zum Wohl unserer Henker der berüchtigten Troika aus IWF, EZB und Europäischer Kommission ausgeht, **müssen wir unsere Kräfte so schnell wie möglich vereinen, um die Heilige Allianz derer, die unten sind, zu bilden**!

Es war kein Zufall, dass die erste internationale Konferenz gegen Verschuldung und Sparprogramme Anfang Mai 2011 in Athen von der griechischen Initiative für eine internationale Kommission **für ein öffentliches Schuldenaudit** organisiert wurde, eine Bewegung, zu deren Gründungsmitgliedern ich gehöre. Der große Erfolg dieser ersten internationalen Konferenz hat uns angenehm überrascht, aber in Wirklichkeit war er in doppelter Hinsicht ein Omen: erstens, weil nur zwei Wochen später die Bewegung der griechischen Indignados mit der Besetzung des Syntagma-Platzes auf die soziale und politische Bühne stürmte, und zweitens, weil zunehmend klar wurde, dass nicht nur die Frage der öffentlichen Verschuldung die Wurzel aller Hauptfragen unserer Zeit bildet, sondern dass auch die unabhängige Mobilisierung um die Forderung nach einem öffentlichen Schuldenaudit mehr als möglich ist, weil sie eine wirkliche Forderung breiter Massen ist!

Ich denke, dass die Lehre, die aus der Erfahrung der griechischen Initiative für eine internationale Kommission für ein öffentliches Schuldenaudit gezogen werden kann, nicht länger nur für Griechenland gültig ist. Sie ist es auch für alle anderen Länder, die von den Finanzmärkten, der Troika und dem Kapital angegriffen werden: Das öffentliche Schuldenaudit mag auf dem ersten Blick als eine undankbare Aktivität erscheinen, als nicht sehr attraktiv und nur für Spezialisten geeignet, aber in Wirklichkeit ist es fähig, breite Massen unter zwei Bedingungen zu inspirieren: Erstens, dass es vollkommen unabhängig ist von den Institutionen und dass es von den Menschen in den Wohnvierteln, an den Arbeitsplätzen und Studienorten unterstützt wird, und zweitens, dass es deutlich bestrebt ist, den illegitimen Teil der Schulden zu identifizieren, der gestrichen werden muss und nicht bezahlt werden darf!

Fünf Monate nach dieser ersten internationalen Konferenz in Athen gegen Verschuldung und Sparpolitik können wir das erreichte Terrain ermessen: Der griechischen Initiative wird fast überall in Europa, im Süden wie im Norden, im Westen wie im Osten, nachgeeifert. Die Aufgabe, die diese Situation uns auferlegt, ist klar: Diese Bewegungen und Kampagnen zum öffentlichen Schuldenaudit sollten bald zusammenkommen und sich vernetzen, damit ihre Aktionen effizienter werden und die Erwartungen der Menschen erfüllen, bevor es für alle zu spät ist.

Genau diese Aufgabe wurde vom CADTM (dem Komitee für die Aufhebung der Schulden der Dritten Welt) aufgegriffen, dessen Mitglied ich auch bin und das seine Fachkenntnis – die Frucht eines zwanzigjährigen Kampfes auf der Seite der Armen im Süden der Welt – mit seiner Präsenz in den Kämpfen in verschiedenen europäischen Ländern verbindet. Der theoretische und praktische Beitrag des CADTM in der Entwicklung der Bewegung gegen Verschuldung und Sparpolitik in Griechenland und in ande-

ren Ländern war und bleibt sehr wichtig. Aber ich fürchte, dass wir angesichts des neuen, wirklich tödlichen Krieges zwischen Reich und Arm mehr als das CADTM und alle anderen internationalen Netzwerke benötigen, die mutig gegen Verschuldung und Sparpolitik kämpfen. **Wir benötigen viel mehr aktive Kräfte, viel mehr programmatische Entwicklung und vor allem viel mehr Koordinierung über nationale Grenzen hinweg.**

Ich möchte nun enden mit etwas, das mir sehr am Herzen liegt: die autonome Organisation oder, besser gesagt, die **Selbstorganisation und der Kampf von Frauen gegen Verschuldung und Sparpolitik.** Wenn Frauen die ersten Opfer der aktuellen neoliberalen Aggression gegen die Lohnabhängigen und die Gesellschaft sind, so nicht nur, weil sie massenhaft entlassen werden, sondern weil ein Eckstein dieser Aggression, nämlich die Zerstörung und Privatisierung des öffentlichen Dienstes, direkt zur Folge hat, dass Frauen gezwungen werden, innerhalb der Familie Aufgaben wahrzunehmen, die bis gestern vom Staat erfüllt wurden. Die Frauen müssen nun zu Hause privat Dienste erbringen, die einst von Kindergärten, Krankenhäusern, Altenheimen, der Erwerbslosenunterstützung, psychiatrischen Einrichtungen und der Sozialversicherung geleistet wurden. Und das alles völlig unentgeltlich! Und darüber hinaus alles in der ideologischen Verpackung einer erzwungenen Rückkehr zu Heim und Familie durch die sog. «Natur» der Frau, die nur als unterwürfige Sklavin anderer akzeptiert wird! In einem Wort, durch eine Rückkehr zur elendsten Form des Patriarchats, in Kombination mit einem Frontalangriff gegen die wenigen Rechte, die wir Frauen noch haben.

Meine Schlussfolgerung ist kategorisch: Deshalb müssen sich Frauen unabhängig organisieren im Kampf gegen Verschuldung und Sparpolitik. Wenn sie es nicht tun, wird es niemand an ihrer Stelle tun.

Artikel-Link:
http://www.sozonline.de/2011/11/um-die-mindeste-forderung-zu-verwirklichen-muss-man-die-regierung-sturzen/

Das griechische Komitee für ein Schuldenaudit lehnt die Ergebnisse des Euro-Gipfels ab: "No to the 50% haircut, no to the new Occupation. Cessation of payments and debt audit!"
http://www.cadtm.org/No-to-the-50-haircut-no-to-the-new,7261

Am 19.-20. Oktober und am 1.Dezember wehrten sich die Griechen gegen die scharfe Verschlechterung ihrer Lage mit Generalstreiks, es gab auch immer wieder große Demonstrationen gegen das Diktat der Troika.
Diese Kämpfe brauchen unsere Solidarität!
Zur aktuellen Situation in Griechenland: **http://www.labournet.de**/internationales/gr/schuldenkrise.html
http://www.cadtm.org/Grece?lang=fr , http://www.cadtm.org/Debt-of-the-Northern-countries,613?lang=en
http://www.forumdesalternatives.org/FR/readarticle.php?article_id=24984

Sand im Getriebe: Artikel über Griechenland in den Nummern 81, 82, 83, 84, 85, 89, 91, 92

Mikis Theodorakis und Manolis Glezos

Es droht die Konfrontation zwischen den Völkern Europas

In einem gemeinsamen Aufruf versuchen Manolis Glezos, der legendäre Antifaschist, der 1942 die Nazi-Fahne von der Akropolis riss, und Mikis Theodorakis, der weltberümte Musikschöpfer, die europäische Öffentlichkeit zu sensibilisieren.



Athen, im Oktober 2011

65 Jahre nach dem Sieg über Nazismus und Faschismus stehen die europäischen Völker heute einer dramatischen Bedrohung gegenüber, dieses Mal nicht militärischer, sondern finanzieller, sozialer und politischer Art. (…)

In Griechenland hat die Allianz der Banken und der politischen Führungen – durch die EU, die EZB und den IWF – ein Programm verhängt, das einem »wirtschaftlichen und sozialen Mord« an diesem Land und seiner Demokratie gleichkommt. (…)
Infolge eines Programms, das angeblich beabsichtigt, dem Land zu helfen, ist **Griechenland jetzt an der Schwelle des wirtschaftlichen und sozialen Desasters; es wird als ein Versuchskaninchen genutzt,** die Reaktion der Bevölkerung auf Sozialdarwinismus zu testen und die gesamte Europäische Union damit in Schrecken zu versetzen, was einem ihrer Mitglieder passieren kann.

Die Märkte können auch die **deutsche Führung** bedrängen und dazu benutzen, die Zerstörung der Europäischen Union voranzutreiben. Aber es stellt einen Akt extremer politischer und historischer Blindheit für die herrschenden Kräfte in der EU und in erster Linie für Deutschland dar, zu glauben, dass es irgendein Projekt europäischer Integration oder auch nur einfacher Kooperation auf den Ruinen eines oder mehrerer Mitglieder der Eurozone geben kann.
Die geplante Zerstörung der großen, global bedeutenden politischen und sozialen Errungenschaften der europäischen Völker kann keine Art von Europäischer Union etablieren. Dies wird zu Chaos und Desintegration führen und das Aufkommen faschistischer Lösungen auf unserem Kontinent fördern.

2008 haben private Bankgiganten der Wall Street die Staaten und staatliche Banken gezwungen, sie aus der Krise, die sie selbst kreiert haben, freizukaufen, indem sie mit dem Geld der Steuerzahler die Kosten ihres

enormen Betrugs, wie etwa Hypotheken, aber auch die operationellen Kosten eines in den letzten zwanzig Jahren aufgezwungenen unregulierten Kasino-Kapitalismus, bezahlt haben. Sie haben ihre eigene Krise in eine öffentliche Verschuldungskrise verwandelt.

Jetzt nutzen sie die Krise und die Verschuldung, die sie selbst kreiert haben, um die Staaten und ihre Bürgerinnen und Bürger ihres noch wenigen übrig gebliebenen Einflusses zu berauben.

Dies ist ein Teil der Schuldenkrise.

Der andere ist, dass das Finanzkapital zusammen mit den politischen Kräften, die es global unterstützen, eine **Agenda der neoliberalen Globalisierung** verhängt, die unweigerlich zu einer Produktionsverlagerung außerhalb Europas und zu einer absteigenden Annäherung der sozialen und ökologischen Standards Europas mit denen der Dritten Welt führen wird. Für viele Jahre haben sie diesen Prozess hinter Krediten versteckt, aber jetzt nutzen sie diese Kredite, um ihn zu vollenden.

(…) **In früheren Zeiten** legte die sogenannte »Seisachtheia«-Reform, die Aufhebung der Schulden durch Solon. Denn die Schulden zwangen die Armen dazu, die Sklaven der Reichen zu werden, das Fundament für die Geburt des antiken Griechenland, der Ideen von Demokratie, Zivilgesellschaft, Politik und Europa, das Fundament europäischer und Weltkultur.
Im Kampf gegen die Klasse der Wohlhabenden ebneten die Bürger von Athen den Weg zur Verfassung des Perikles und der politischen Philosophie des Protagoras, welcher erklärte, dass »der Mensch das Maß aller Dinge« sei.
Heute versuchen die wohlhabenden Klassen diesen menschlichen Geist zu ahnden: »Die Märkte sind das Maß aller Dinge« lautet das Motto, das unsere politische Führung bereitwillig unterstützt, in einer Allianz mit dem Teufel des Geldes, gerade so wie Faust dies tat.
(…)
Es ist kein Zufall, dass ein großer Teil der von Bankern kontrollierten **Medien** sich entschlossen, die europäische Peripherie anzugreifen, in dem sie diese Länder als »Schweine« betitelten und eine verachtenswerte, sadistische und rassistische Medienkampagne starteten, nicht nur gegen die Griechen, sondern auch gegen das Erbe des antiken Griechenland und der antiken griechischen Zivilisation. Dieser Fokus zeigt die tieferen, dahinter liegenden Ziele dieser Ideologie und der Werte des Finanzkapitals, das einen zerstörerischen Kapitalismus vorantreibt.
Der **Versuch eines Teils der deutschen Medien,** Symbole wie die Akropolis oder die Venus von Milo zu verunglimpfen, Monumente also, die selbst von Hitlers Offizieren respektiert wurden, ist nichts weiter als der Ausdruck der tiefen Verachtung der Banker, die diese Medien kontrollieren; nicht so sehr gegen die Griechen, sondern hauptsächlich gegen die Ideen der Freiheit und Demokratie, die in diesem Land ihre Geburtsstunde hatten.

(…) Jetzt wurde aufgedeckt, dass dieses Finanzmonster, ein wahrer »Staat hinter den Staaten«, versucht, den finanziellen und politischen »**dauerhaften coup d'état**« zu vollenden, der seit vier Jahrzehnten vorbereitet wird.

Diesem Angriff unmittelbar ausgesetzt, scheinen die politischen Kräfte des europäischen rechten Flügels und der Sozialdemokratie kompromittiert, angesichts von Jahrzehnten des Hereindrängens des Finanzkapitals, dessen wichtigste Zentren sich nicht in Europa befinden.

(…) Es besteht der dringende Bedarf an unmittelbarer, grenzüberschreitender Koordinierung aller Aktionen von Intellektuellen, Künstlern und Künstlerinnen, spontanen Bewegungen, sozialen Kräften und Persönlichkeiten, die die Bedeutung der Lage erkennen; **wir müssen eine mächtige Widerstandsfront gegen das nahende »totalitäre Empire der Globalisierung« aufstellen, bevor es zu spät ist.**

Europa kann nur überleben, wenn wir den Märkten vereinten Widerstand entgegenstellen, eine größere Herausforderung als ihre, einen neuen europäischen »New Deal«.

– Wir müssen die **Angriffe auf Griechenland und andere EU-Staaten der Peripherie sofort unterbinden;** wir müssen die unverantwortliche Spar- und Privatisierungspolitik stoppen, die direkt in eine schlimmere Krise als die von 1929 führt.

– **Öffentliche Schulden müssen europaweit radikal umstrukturiert werden**, insbesondere zu Lasten der privaten Bankgiganten. Die **Kontrolle über die Banken** muss wieder in staatliche Hände fallen, ebenso wie die Finanzierung der europäischen Wirtschaft, die unter nationaler und sozialer Kontrolle stehen muss. Man darf die Schlüssel zum Geld nicht Banken wie Goldman Sachs, JP Morgan, UBS, Deutsche Bank usw. überlassen. Wir müssen die unkontrollierten Derivate, die die Speerspitze des destruktiven Finanzkapitalismus sind, verbannen und echte wirtschaftliche Entwicklung erzeugen statt spekulativer Profite.

– Die momentane Architektur des Finanzwesens, welche auf den Verträgen von Maastricht und der WTO basiert, hat in Europa eine Schuldenerzeugungsmaschine geschaffen. **Wir brauchen eine radikale Änderung aller Verträge, die Unterordnung der EZB unter die politische Kontrolle durch die Völker Europas, eine »goldene Regel« für soziale, fiskalische und ökologische Mindeststandards in Europa**. Wir brauchen dringend einen Paradigmenwechsel, die Rückkehr zur Wachstumsstimulation durch die Stimulation der Nachfrage, durch neue europäische Investitionsprogramme, eine neue Regulierung, Besteuerung und Kontrolle des internationalen Kapital- und Warenflusses; eine neue Form des vernünftigen und bedachten Protektionismus in einem unabhängigen Europa, das der Protagonist im Kampf um einen multipolaren, demokratischen, ökologischen und sozialen Planeten sein wird.

– Wir rufen die Kräfte und Individuen, die diese Ideen teilen, auf, so bald wie möglich zu einer **breiten europäischen Aktionsfront** zu verschmelzen; ein europäisches Übergangsprogramm zu erstellen, unsere internationalen Aktionen zu koordinieren, um so die Kräfte einer öffentlichen Bewegung zu mobilisieren, das gegenwärtige Mächteverhältnis rückgängig zu machen und die momentanen historisch verantwortungslosen Führungen unserer Länder zu stürzen, um unsere Völker und Gesellschaften zu retten, bevor es für Europa zu spät ist."

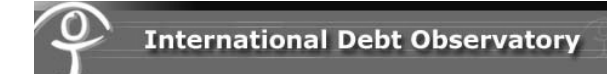
http://de.mikis-theodorakis.net/index.php/article/articleview/570/1/80/
Textoriginal: http://www.mikis-crete.gr/diary/news-2011/412-eklisi

Handlungsmöglichkeiten angesichts der Schuldenkrise in Europa

Konferenz am 12. und 13. Dezember in Lüttich (Belgien)

Dokumente zur Vorbereitung der Konferenz unter: http://www.cadtm.org/Learning-in-order-to-face-up-to





Attac Deutschland: Erpressung Griechenlands muss ein Ende haben

(…)Die Bundesregierung fordert eine groteske Kürzungspolitik, die die Rezession Griechenlands weiter verschärft. Damit macht sie nicht nur die Rückzahlung immer größerer Teile der griechischen Schulden unmöglich, sondern spitzt auch die sozialen und ökonomischen Ungleichgewichte immer weiter zu. Merkels Sündenbockpolitik gegenüber Griechenland wird die Machtverhältnisse in Europa zu Ungunsten der ärmeren Länder und Gesellschaftsschichten zementieren, statt einen Ausweg aus der Krisendynamik zu schaffen.

Die Bundesregierung muss sich jetzt zu ihrer Verantwortung für die gescheiterte Krisenpolitik bekennen. Die auf Druck der deutschen Bundesregierung von der so genannten Troika aus EU, EZB und IWF in Griechenland durchgesetzten Maßnahmen haben zu einer schärferen Rezession und höheren Arbeitslosigkeit geführt, als dies prognostiziert wurde. Es ist höchste Zeit, dass sich die Bundesregierung zu ihrer Verantwortung für diese gescheiterte Politik bekennt und daraus die nötigen Konsequenzen zieht.

Ein griechisches Nein zu den Bedingungen des Rettungspaketes darf nicht automatisch zu einem Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone führen.
Stattdessen unterstützt Attac die in Griechenland sehr populäre Forderung nach einem Schuldenaudit. Bei einem Schuldenaudit müssen alle Gläubigeransprüche in einem öffentlichen und transparenten Verfahren daraufhin untersucht werden, ob sie legal, legitim und tragbar sind.
Damit werden, anders als bei dem jetzt immer wieder diskutierten Schuldenschnitt, die Schulden differenziert bewertet und zugleich mafiose und korrupte Strukturen offengelegt. Schulden, die illegal, illegitim oder nicht tragbar sind, müssen gestrichen werden.
Außerdem muss auch auf Gläubigerseite darauf geachtet werden, dass die Verteilung der Lasten sozial gerecht ist. Stärkere Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Presseerklärung vom 4.11. 2011
http://www.attac.de/aktuell/neuigkeiten

Conrad Schuhler, Euro-Rettungs-Gipfel hat die Banken erneut gerettet...

Der jüngste Gipfel zur Euro-Rettung hat die Kurse an den Börsen auf breiter Front und besonders die der Bankaktien hochschießen lassen. Mit gutem Grund – denn die Staats- und Regierungschefs der Euroländer haben wieder einmal alles getan, um die Interessen von Banken und Versicherungen zu wahren.
Wie das, wo doch die privaten Gläubiger – sprich Banken, Investmentfirmen und Versicherungen – einen Schuldenschnitt von 100 Milliarden Euro hinnehmen mussten? Die Süddeutsche Zeitung brachte es als Aufmacher: „Europa feiert Schuldenschnitt für Griechenland“.
Tatsächlich erweist sich die Brüsseler Regelung als gutes Geschäft für die privaten Groß-Investierer. Denn der Schuldenschnitt von 50 % auf nominell etwa 200 Milliarden Euro teuren Papiere bezieht sich auf den Nennwert der griechischen Staatsanleihen, den diese längst nicht mehr aufbringen.
Die Investoren verzichten auf Geld, das der Markt ihnen längst entzogen hat und das sie schon lange abgeschrieben haben. Sie bringen mit ihrem Verzicht keinen einzigen neuen Euro auf, erhalten allerdings für die verbleibenden 100 Milliarden Euro an Staatsanleihen eine Garantie von 30 Milliarden Euro vom Rettungsfonds EFSF.
Die Investoren haben ihr Restrisiko also enorm verringert und bereits verlorene und abgeschriebene Wertpapiere großzügig als „privaten Beitrag“ zur Sanierung Griechenlands verbuchen lassen.

Trotz des Schuldenschnitts, der Griechenlands Zinszahlungen verringert, und eines neu beschlossenen weiteren Hilfspakets von 130 Milliarden Euro an Griechenland geht kein Mensch davon aus, dass Griechenland sich ab 2015 wieder auf den normalen Finanzmärkten die nötigen Gelder besorgen kann. Die Wirtschaftsleistung Griechenlands sinkt, sein Haushaltsdefizit steigt, ein weiterer Anstieg der Staatsschulden ist fest programmiert.
28.10.2011, http://www.isw-muenchen.de/

Attac Schweiz: Herbstuniversität (5.- 6. November)



http://www.suisse.attac.org/-Universite-d-automne-et-assemblee,288-

Beiträge auf der Herbstuniversität von attac Schweiz: http://www.suisse.attac.org/La-crise-de-la-dette-en-Europe (Powerpoint-Präsentation und Texte, auf Englisch oder Französisch)

In Großbritannien streikten am 30.11. bis zu 2 Mio. Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Es ist der größte Streik seit Jahrzehnten. Hintergrund ist u.a. eine Anhebung des Rentenalters auf 67Jahren. Einen kurzen Hintergrundartikel findet Ihr u.a. im Standard unter <http://derstandard.at/1322531555240/Grossbritannien-Streik-gegen-Rente-mit-67>

Am Abend wurde dann auch noch Occupy London zur Unterstützung der Streikenden aktiv. Sie besetzten das Panton Haus, in dem die Konzernzentrale des Minenunternehmens Xstrata untergebracht ist. Der Vorstandsvorsitzende von Xstrata soll die höchsten Managerbezüge aller Manager der im Londoner Aktienindex FTSE notierten Unternehmen beziehen.

Hier gibt es dazu auf englisch einen kurzen Artikel auf der Seite von Occupy London:<http://occupylsx.org/?p=1725>
und im Guardian:
http://www.guardian.co.uk/uk/2011/nov/30/occupy-activists-xstrata-hq-london

Stephan Lindner, 30.11.2011

Stellungnahme von 50 WissenschaftlerInnen

Finanzmärkte regulieren und Einkommen gerecht verteilen

9.November 2011

Die öffentliche Diskussion um die „Schuldenkrise“ vor allem in Griechenland, aber auch Irland, Portugal, Spanien und Italien geht von einer falschen Diagnose aus und kommt so zu einer Therapie, die das Problem verschärft und nicht beseitigt. Es war keineswegs die Prasserei der öffentlichen Hand, die zu den aktuellen Zahlungsschwierigkeiten der Länder des Euro-Raums geführt hat.

Ursache des hohen Schuldenstandes war die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die vergleichsweise harmlos als Hypotheken-Kreditkrise 2007 in den USA begann, sich dann aber zu einer globalen Krise von historischem Ausmaß weiterentwickelt hat.
Es handelt sich dabei um eine Krise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, der auf spekulativen Blasen beruht, die zwangsläufig irgendwann platzen müssen.
Als es soweit war, waren die Banken von Insolvenz bedroht und die Staaten eilten ihnen mit Milliardenkrediten und Bürgschaften zur Hilfe. Gleichzeitig führte die Kreditklemme der Banken zu einer Rezession, wie man sie seit 1949 nicht mehr erlebt hatte. Damit stiegen die Ausgaben der Staaten extrem und die Einnahmen brachen weg.

Die „Schuldenkrise“ ist also keine neue Krise, sondern die Fortsetzung der globalen Finanzkrise. Dazu kommt das Problem, dass der Eurozone eine einheitliche Sozial-, Steuer- und Lohnpolitik fehlt, weil die marktradikale Ideologie trotz einheitlicher Währung an der Konkurrenz der Euro-Staaten auf den Weltfinanzmärkten festhielt.

Die von der EU verordneten Kürzungsprogramme haben in den betroffenen Ländern das Gegenteil von dem bewirkt, was sie erreichen sollten. Nicht nur die Wirtschaftskrise wurde verschärft, sondern auch noch die Schuldenkrise selbst. Die betroffenen Länder werden systematisch in die Rezession getrieben. Schuldenbremsen und Stabilitätsversprechen sind in einer solchen Situation reine Augenwischerei.

Dagegen wurde das **Prinzip des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus** nicht angetastet. Die angebliche Regulierung der Finanzmärkte durch neue EU-Gesetze folgte dem Irrglauben, Transparenz der Märkte führe zu erhöhter Sicherheit. Die Banken-Stresstests erweisen sich als Fata Morgana – tatsächlich würden die Banken eine Griechenlandpleite nicht überleben und deshalb sollen jetzt wieder die Staaten nach dem Willen der EU frisches Geld zur Verfügung stellen. Das Prinzip der Kapitalverkehrsfreiheit wurde nicht angetastet, die Finanzmärkte bleiben unreguliert, und die Banken und Anteilseigner streichen weiter, ohne selbst Leistung erbringen zu müssen, hohe Gewinne ein.

Europa steht vor der Wahl, in der Krise auseinander zu fallen oder Wege zu einem anderen Wirtschaftsmodell einzuschlagen.
Erste Schritte auf diesem Weg müssen in der Entmachtung der „Finanzindustrie“ durch eine **scharfe Regulierung und die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen** bestehen.
Der Anteil leistungsloser Einkommen am Volkseinkommen ist drastisch zu senken, indem **z.B. Spekulationsgewinne hoch besteuert werden** und eine **Finanztransaktionssteuer** eingeführt wird, die die Finanzmärkte deutlich entschleunigt.
Gleichzeitig sind z.B. über **Mindestlöhne** die Einkommen der arbeitenden Menschen zu erhöhen.
Ein Schuldenschnitt ist unvermeidbar, es kommt aber dabei darauf an, wie er gestaltet wird. Es braucht ein Verfahren, das es ausschließt, dass weiter die Gewinne privatisiert und die Kosten sozialisiert werden. Das Hoffen auf eine freiwillige Beteiligung der Finanzindustrie ist müßig.
Die Banken müssen einer gesellschaftlichen Kontrolle unterworfen werden, große Vermögen müssen durch die Einführung einer **Vermögenssteuer** an den Kosten der Krise beteiligt werden.

Das ist **das Gegenteil der vorherrschenden Krisenpolitik**, einer Krisenpolitik, die hoffnungslos delegitimiert ist.
Die Menschen **empören sich** darüber, dass die Politik die Interessen der 99% ignoriert und die Demokratie dem sog. freien Markt unterordnet. Mit der Occupy-Bewegung entsteht weltweit Widerstand gegen diese Politik.
Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, sich der Bewegung anzuschließen.

http://www.stellungnahme-zur-krisenpolitik.de

UnterzeichnerInnen:

Prof. Dr. Elmar Altvater (FU Berlin, em.)
Prof. Dr. Thea Bauriedl (LMU München)
Prof. Dr. Armin Bernhard (Universität Duisburg-Essen)
Prof. Dr. Adelheid Biesecker (Universität Bremen, em.)
Prof. Dr. Ulrich Brand (Universität Wien)
PD Dr. Achim Brunnengräber (FU Berlin)
Dr. Axel Bust-Bartels (Volkswirt, Göttingen)
Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Universität zu Köln)
Dr. Christian Christen (Referent für Wirtschaftspolitik im Bundestag)
Prof. Dr. Wolfgang Däubler (Universität Bremen)
Prof. Dr. Ulrich Duchrow (Universität Heidelberg)
Tanja von Egan-Krieger (Universität Greifswald)
Prof. Dr. Trevor Evans (HWR Berlin)
Prof. Dr. Andreas Fisahn (Universität Bielefeld)
Prof. Dr. Heide Gerstenberger (Universität Bremen, em.)
Prof. Dr. Frigga Haug (Universität Hamburg, em.)
Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug (Berliner Institut für kritische Theorie)
Prof. Dr. Eckhard Hein (HWR Berlin)
Prof. Dr. Peter Herrmann (Universität Cork)
Prof. Dr. Rudolf Hickel (Universität Bremen)
Dr. Anne Karrass (Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag)
Dr. Harald Klimenta (Physiker)
Dr. Heike Knops (Pfarrerin)
Prof. Dr. Reinhart Kößler (Arnold Bergstraesser Institut)
Prof. Dr. Michael Krätke (University Lancaster)
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krysmanski (Universität Münster)
Prof. Dr. Stephan Lessenich (Universität Jena)
Dr. Nicola Liebert (Journalistin)
Prof. Dr. Camille Logeay (HTW Berlin)
Prof. Dr. Ingrid Lohmann (Universität Hamburg)
Prof. Dr. Birgit Mahnkopf (HWR Berlin)
Prof. Dr. Mohssen Massarrat (Universität Osnabrück, em.)
Prof. Dr. Klaus Meschkat (Universität Hannover, em.)
Prof. Dr. Urs Müller-Plantenberg (Zentrum für Lateinamerika-Studien)
Dr. Wolfgang Neef (TU Berlin)
Prof. Dr. John-Peter Neelsen (Universität Tübingen)
Dr. Silke Ötsch (Universität Innsbruck)
Prof. Dr. Norman Paech (HWP Hamburg, em.)
PD Dr. Ralf Ptak (Universität zu Köln)
Prof. Dr. Jörg Reitzig (FH Ludwigshafen)
Prof. Dr. Rainer Rilling (Rosa Luxemburg Stiftung)
Prof. Dr. Roland Roth (HS Magdeburg-Stendal)
Dr. Thomas Sablowski (Justus-Liebig-Universität Gießen)
Prof. Dr. Michael Schneider (Filmakademie Baden-Württemberg)
Gerd Siebecke (Verleger)
Dr. Malte Schophaus (FHöV Köln)
Prof. Dr. Christian Spatscheck (HS Bremen)
Prof. Dr. Gerd Steffens (Universität Kassel, em.)
Stefan Thimmel (Rosa Luxemburg Stiftung)
PD Dr. Heike Walk (FU Berlin)
Prof. Dr. Isidor Wallimann (FH Basel)
Dr. Winfried Wolf (Redakteur)

Attac Frankreich: Tobinsteuer in Europa: zu spät und zu wenig

29. September 2011 - /
Der Präsident der Europäischen Kommission, M. Barroso, schlägt eine Besteuerung von Finanztransaktionen vor. Vor zehn Jahren hätten wir gejubelt. Heute nicht – es ist zu wenig und zu spät.

Dass alle europäischen politischen Akteure einen Vorschlag aufgreifen, den wir seit 12 Jahren propagieren, ist **schon ein Sieg der Ideen von Attac.** Unsere Vorschläge werden von der Kommission an mehreren Punkten aufgegriffen: 0.1% auf alle Transaktionen europäischer Finanzhändler hätte sicherlich einen wichtigen regulativen Effekt, indem es Händler von waghalsigen Spekulationen, wie den Hochfrequenzhandel, abbringt. Die Einbeziehung des Handels mit Derivaten zum bereinigten Normalwert wäre ebenfalls ein wichtiger Fortschritt, selbst wenn ein Steuersatz von nur 0,01% bedauernswert ist.

Das Ausmaß des Vorschlags der Kommission ist aber leider auch begrenzt: Ausgeschlossen sind Steuern auf Devisentransaktionen (zwischen dem Euro und anderen Devisen). Mit 4000 Milliarden Dollar (täglich) macht dieser Markt annähernd die Hälfte der Finanztransaktionen der Welt aus.

Es bleibt auch vollkommen **unklar, wie die Einnahmen verwendet werden sollen**. Wenn sie nur dafür verwendet werden, um Defizite zu decken und um Banken ohne Gegenleistung unter die Arme zu greifen, hätte die Steuer keine Wirkung. Die Einnahmen in zweistelliger Milliardenhöhe müssen europäische und globale Fonds finanzieren: für den Kampf gegen Armut in Europa und anderswo; für den Schutz vor Epidemien und globaler Erwärmung; und für einen ökologischen Übergang.

Wir lassen uns nichts vormachen: Die europäischen Regierungen haben sich nur entschlossen, uns Recht zu geben, um die öffentlichen Meinungen zu besänftigen und schon mal den Weg für kommende Sparprogrammwalzen mit ihrer ungerechten Politik zu ebnen. **Mit Wucht wird gerade in Europa ein Vorstoß gegen den Sozialstaat vorgenommen.** Dabei sind die öffentlichen Schulden und die Eurokrise nicht aus übermäßigen Ausgaben sondern aus der Finanzkrise und den Steuergeschenken, die seit 20 Jahren den Privilegierten zugebilligt wurden, entstanden. Um Reichtum in dem Ausmaß umzuverteilen, wie es heuer nötig wäre, reicht die Finanztransaktionssteuer bei weitem nicht aus. Es ist auch kein Zufall, dass sie in dem Moment angekündigt wird, indem europäische Banken sich gerade mit öffentlichen Geldern neufinanzieren: **Es geht darum, einen Aufstand gegen dieses neue (Banken-)Rettungspaket zu verhindern, indem der Anschein erweckt wird, dass auch die Finanzwelt zur Kasse gebeten wird.**

Diese Steuer – und nur im Jahre 2014 – ist zu wenig und kommt zu spät.
„Zu wenig“ weil die Finanzmärkte (wir haben es schon immer gesagt) nicht allein durch einer Steuer entwaffnet werden. Dazu bedarf es **strenge Regelungen** (Zerschlagung der Banken, die zu groß sind um zu scheitern, Kapitalverkehrskontrolle, Verbot von außerbörslichem Handel, strenge Limitierung des Handels mit Derivaten – vor allem auf dem Nahrungsmittelmarkt).
„Zu spät“ weil die Finanzkrise, die durch 30 Jahre Nachgiebigkeit regelrecht herbeigeführt wurde, heute dramatische Ausmaße annimmt. **Radikale Lösungen können nicht mehr umgangen werden**: Dazu gehören die Vergesellschaftung des Bankensektors und seine Kontrolle durch die Gesellschaft, die Revision öffentlicher Schulden und die Streichung der Anteile, die ungerechtfertigt sind, eine Reform der europäischen Zentralbank, damit sie Staaten direkt finanzieren kann, u.v.m.
Bezüglich der Tobin Steuer hatten wir Recht. Hoffen wir, dass wir nicht wieder 10 Jahre und eine katastrophale Krise abwarten müssen bis unsere (jetzt aktuellen) Vorschläge ernst genommen werden.
Wir werden sie erneut auf der Straße bekräftigen: Am 15. Oktober mit den Empörten aus Europa und der Welt und gegen den G20 in Nizza vom 1. bis 4. November.
http://www.france.attac.org/articles/taxe-tobin-en-europe-une-avancee-qui-vient-trop-tard
Übersetzung: Harald LANGEN /SiG-Redaktion

Einzelheiten über Barrosos Vorschlag :
http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/wirtschaftspolitik/es-ist-soweit-eu-praesentiert-plan-fuer-transaktionssteuer-490110/index.do

Attac Österreich

Besser als Eurobonds: EZB-Garantie für Staatsanleihen mit Auflagen Abbau der Schulden nur mit Besteuerung von Vermögen möglich

24.11.2011
Das globalisierungskritische Netzwerk Attac fordert eine EZB-Garantie für Staatsanleihen - allerdings nicht „gratis“. Um hemmungsloser Schuldenaufnahme zu begegnen muss eine Koordinierung von Kapitals- und Vermögens- und Unternehmenssteuern zur Bedingung der EZB-Garantie gemacht werden.

„*Eine EZB-Garantie würde das Zinsniveau von Staatsanleihen sofort senken und die Finanzmärkte „entwaffnen“. Jede Refinanzierung alter Kredite wäre sichergestellt*“, erklärt Christian Felber von Attac Österreich. Bereits durch die Ankündigung hätten überschuldete Euro-Länder kein Problem mehr bei privaten Gläubigern (sicher angelegtes) Geld einzusammeln. Große Anleihekäufe durch die Notenbank waren gar nicht mehr notwendig. Die EZB garantiert seit 2008 für Banken und leiht ihnen billig Geld, das sie mit hohen Gewinnen an Staaten weitergeben.

Um einer drohenden Schuldenexplosion in den Staaten zu begegnen fordert Attac eine europäische Koordinierung von Kapitals- und Vermögens- und Unternehmenssteuern als Bedingung. Damit ließen sich die Schulden in wenigen Jahren auf ein tragfähiges Niveau abbauen. „*Ein Abbau der Schulden ist systemlogisch nur mit einer Verringerung von Vermögen möglich. Die größten und extrem konzentrierten Privatvermögen Europas sind größer als vor der Krise und betragen ein Fünffaches der Staatsschulden*“, erklärt Felber

Finanztransaktionssteuer, eine Steuer auf Vermögen über eine Million Euro, koordinierte Kapitalertragsteuern (inklusive dem Ende des Bankgeheimnisses) sowie Mindest-Körperschaftssteuer brächten jährlich zwischen 800 Milliarden Euro (Eurozone-17) und 1.200 Milliarden Euro (EU-27).
Ergänzend ist eine teilweise Beschränkung des Kapitalverkehrs zwischen der EU und Drittländern nötig. Der Steuer-Erpressung von Vermögenden, Spitzenverdienern und Kapitalgesellschaften ihren Wohn- oder Firmensitz zu verlagern wäre damit ein Ende bereitet.

Eurobonds bergen Gefahren – Schuldenbremsen wirkungslos
Die Ausgabe von Eurobonds ohne gleichzeitige Steuerkooperation birgt nach Ansicht von Attac die Gefahr eines Generalangriffs der Märkte auf den Euro, der als ganzer als „Junk“ eingestuft werden könnte.
Die Panikattacken der Finanzmärkte durch verfassungsrechtliche Schuldenbremsen ruhig zu stellen erweist sich als völlig wirkungslos, wie etwa das Beispiel Spanien zeigt.
http://www.attac.at/9818.html

Breites Bündnis in Frankreich für ein Schuldenaudit

Die Bürger sollen die öffentliche Verschuldung überprüfen!

Collectif pour un audit citoyen de la dette publique



Schulen, Krankenhäuser, Notunterkünfte…Renten, Arbeitslosigkeit, Kultur, Umwelt…. wir erleben in unserem Alltag die Folgen der Kürzungen von staatlichen Ausgaben und das Schlimmste kommt noch. „*Wir leben über unseren Verhältnissen*“, das hören wir unablässig von den führenden Medien. Jetzt „*sind die Schulden zurückzuzahlen*“, wiederholt man uns ständig. „*Wir haben keine Wahl, wir müssen die Finanzmärkte beruhigen, den guten Ruf retten, das AAA von Frankreich.*“
Wir lehnen diese Reden ab, die uns eine Schuld zuweisen wollen. Wir wollen nicht einfach Zuschauer sein, wenn alles in Frage gestellt wird, was unsere Gesellschaften, in Frankreich ebenso wie in Europa, noch lebenswert machte.

Haben wir etwa zu viel für Bildung und Gesundheit ausgegeben – oder haben seit 20 Jahren die Steuergeschenke die Staatshaushalte austrocknen lassen?
Wurden alle diese Schulden im Interesse des Gemeinwohls gemacht, oder ist ein Teil davon illegitim?
Wer besitzt die Schuldtitel und wer profitiert von den Kürzungen bei den staatlichen Ausgaben?
Warum müssen die Staaten bei den Finanzmärkten und den Banken Kredite aufzunehmen, während die Banken direkt und günstiger bei der EZB Kredite aufnehmen dürfen?
Wir lehnen es ab, dass diese Fragen beiseite geschoben werden oder hinter unserem Rücken von den offiziellen Experten unter dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftslobbyisten behandelt werden.

Sind wir schließlich nur Spielball in den Händen der Aktionäre, der Spekulanten und der Gläubiger? Oder sind wir noch Bürger, die gemeinsam über unsere Zukunft entscheiden wollen?

In unseren Städten, Stadtteilen, Dörfern, an unserem Arbeitsplatz werden wir aktiv, damit die Bürger eine Überprüfung der öffentlichen Verschuldung in Gang setzen.
Wir bilden auf nationaler wie auf lokaler Ebene Komitees für eine Überprüfung durch die Bürger, in denen unsere Gewerkschaften und Vereine, unabhängige Experten, unsere Kollegen, unsere Nachbarn und unsere Mitbürger tätig sind.

Wir wollen unsere Anliegen selber in die Hand nehmen, damit die Demokratie wieder auflebt.

Erstunterzeichner:

Marie-Laurence Bertrand (CGT); Jean-Claude Chailley (Résistance sociale); Annick Coupé (Union syndicale Solidaires); Thomas Coutrot (Attac); Pascal Franchet (CADTM); Laurent Gathier (Union SNUI-Sud Trésor Solidaires); Bernadette Groison (FSU); Pierre Khalfa (Fondation Copernic); Jean-François Largillière (Sud BPCE); Philippe Légé (Économistes atterrés); Alain Marcu (Agir contre le Chômage!); Gus Massiah (Aitec); Franck Pupunat (Utopia); Michel Rousseau (Marches européenne); Maya Surduts (Collectif national pour les droits des femmes); Pierre Tartakowsky (Ligue des droits de l'homme); Patricia Tejas (Fédération des Finances CGT); Bernard Teper (Réseau Education Populaire); Patrick Viveret (Collectif Richesse)
WissenschaftlerInnen und AutorInnen: Philippe Askénazy, Geneviève Azam, Étienne Balibar, Frédéric Boccara, Alain Caillé, François Chesnais, Benjamin Coriat, Cédric Durand, David Flacher, Susan George, Jean-Marie Harribey, Michel Husson, Stéphane Hessel, Esther Jeffers, Jean-Louis Laville, Frédéric Lordon, Marc Mangenot, Dominique Méda, Ariane Mnouchkine, André Orléan, Dominique Plihon, Christophe Ramaux, Denis Sieffert, Henri Sterdyniak.

Gewerkschaften und weitere Vereinigungen, die diese Kampagne mittragen:

Act Up-Paris
Agir ensemble contre le chômage (AC!)
AITEC
Amis de la Terre
ATTAC Frankreich
CADTM
CEDETIM
Collectif National pour les Droits des Femmes
Collectif Richesse
Confédération CGT
Convergence SP
Coopérative DHR
Démocratie et Socialisme
Economistes Atterrés
Emmaüs International
Fédération Syndicale Unitaire
Finances CGT
Fondation Copernic
Indecosa-CGT
L'Appel des Appels
Ligue des Droits de l'Homme
Marches Européennes
Mouvement Utopia
Réseau Education Populaire
Résistance Sociale
SNESUP
Sud BPCE
Union SNUI-SUD Trésor Solidaires
Union syndicale Solidaires

Unterstützung durch folgende politische Parteien:

Alliance Ecologiste Indépendante
Alternatifs
Europe Ecologie Les Verts (die Grünen)
Fédération pour une alternative sociale et écologique (FASE)
Gauche Unitaire
Mouvement politique d'éducation populaire (MPEP)
Nouveau parti anticapitaliste (NPA)
Parti Communiste Français (PCF)
Parti de Gauche (PG)
Parti pour la décroissance
Parti Communiste des Ouvriers de France (PCOF)

http://www.audit-citoyen.org
Ausführlicher Grundlagentext: http://www.audit-citoyen.org/?page_id=18

Allianz „Wege aus der Krise“ in Österreich

Budget: 140 Gemeinden fordern gerechte und ausreichende Finanzierung von Kindergärten, Schulen, Pflege

Unterstützung von Absdorf bis Zwentendorf - quer durch alle politischen Lager

Immer mehr Gemeinden fehlt das Geld für Kindergärten, Schulen, Pflege- und Betreuungseinrichtungen, Infrastruktur oder Katastrophenschutz. **Mehr als 140 Bürgermeister und Gemeinden fordern daher in einer Resolution der Allianz „Wege aus der Krise“ von der Regierung eine ausreichende und gerechte Finanzierung ihrer wichtigen Aufgaben**. Die Unterstützung reicht von Absdorf bis Zwentendorf quer durch alle politischen Lager: ÖVP-, SPÖ-, und FPÖ-Gemeinden haben sich der Resolution angeschlossen.*

Gemeinden sind seit Jahren mit sinkenden Zuweisungen aus dem Finanzausgleich konfrontiert, auch die Einnahmen aus eigenen Abgaben stagnieren. Im Zuge neoliberaler Wirtschaftspolitik in der Vergangenheit wurden vor allem Steuern auf Gewinne und Vermögen gesenkt. Einkünfte entgehen den Gemeinden auch durch die steuerliche Bewertung des Grundbesitzes, beider noch immer die Einheitswerte als Basis herangezogen werden.
Gleichzeitig steigen die Ausgaben - etwa im Bereich der Pflege sowie durch neu übertragene Aufgaben. Finanzielle Engpässe werden durch die Gefahr einer rein auf Ausgabenkürzungen basierenden „Schuldenbremse“ zusätzlich verschärft.

Die **Forderungen der Gemeinden** beinhalten unter anderem:

zusätzliches Geld aus dem Bundesbudget für öffentliche Dienstleistungen und kommunale Infrastruktur

Vermögen, Vermögenseinkommen bzw. Vermögenszuwächse wie Zinsen, Dividenden, Kursgewinne oder Fondserträge grundsätzlich nicht geringer zu besteuern als Arbeitseinkommen

eine Modernisierung der gemeindeeigenen Abgaben - etwa die Aktualisierung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer

eine EU-weite Besteuerung von Finanztransaktionen

eine faire Mittelaufteilung durch einen aufgabenorientierten Finanzausgleich und eine klare Kompetenzaufteilung zwischen den Gebietskörperschaften.

„*Den Bediensteten der Österreichischen Gemeinden ist genug aufgebürdet worden. Zusätzliche Aufgaben können in Zukunft nur an die Gemeinden übertragen werden, wenn die personelle und finanzielle Ausstattung gesichert ist*", betont Christian Meidlinger, Vorsitzender der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB). Die hohe Qualität dürfe nicht zugrunde gerichtet werden, indem die Politik dem Öffentlichen Dienst immer neue Aufgaben aufbürde, ohne entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.

„*Eine Privatisierung von Gemeindedienstleistungen darf kein Ausweg aus der finanziellen Misere sein. Internationale Erfahrungen zeigen, dass durch das Gewinnziel der Privaten die Gebühren steigen, sowie Löhne und die Servicequalität gedrückt werden. Die Menschen verlieren zusätzlich die demokratische Kontrolle über ihr persönliches Lebensumfeld*“, sagt Alexandra Strickner von Attac Österreich.

Die Armutskonferenz kritisiert schon lange die gravierenden Lücken sozialer Dienstleistungsangebote im sozialen Raum. "*Es braucht breitflächige soziale Investitionen in Kinderbetreuung, niederschwellige Beratung, Pflege, psychische Versorgung, und weitere armutsvermeidende Sozialleistungen. Diese stärken den sozialen Zusammenhalt in den Gemeinden*", erklärt Michaela Moser von der Armutskonferenz. Speziell für Menschen mit Niedrigeinkommen ist Mobilität ein wichtiger sozialer Faktor. Deshalb ist auch ein gutes und leistbares öffentliches Verkehrsnetz nötig, um eine weitere Ausdünnung des ländlichen Raums zu vermeiden.

Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch erklärt: „*Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden spielt eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung von Chancengleichheit und der Schaffung von barrierefreien und für alle Menschen gleichermaßen zugänglichen öffentlichen Dienstleistungen. Daher braucht es eine finanzielle Absicherung der Gemeinden sowie Anreize für die Gemeinden, noch mehr in offene, zugängliche und barrierefreie Leistungen zu investieren.*“

*Liste aller Gemeinden bzw. Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, die die Resolution bisher unterschrieben haben: www.wege-aus-der-krise.at/karte.html

Alle Informationen zur Resolution finden sie auch unter www.kommunale-grundversorgung-sichern.at

---

Demonstration in Nizza gegen das G20-Treffen (Nov 2011)





http://alter-echos.org/les-peuples-avant-la-finance/indignes-revoltes-et-mobilises-contre-un-g20-totalement-illegitime/



Forum der Völker (31. Oktober – 3. November (in Mali

*Als Gegenpart zum G20-Gipfel in Cannes haben sich ca. 1000 Delegierten aus Afrika in Miono (Mali) getroffen und sich vor allem mit der Frage des „**Landgrabbing**“ (Landaneignung) beschäftigt. Auch auf der Tagesordnung: die **Schuldenthematik** und der Ausstieg aus der zivilen und militärischen Nutzung der **Kernenergie** – für die Uran unter höchst umwelt- und gesundheitsschädlichen Bedingungen abgebaut wird. Zu allen drei Fragen gab es Aktionsvereinbarungen - sie sind unter http://www.forumdespeuples.org/ auf Französisch nachzulesen. Wir haben hier Auszüge der Abschlusserklärung übersetzt*

(…) Wir stellen fest, dass die Aneignung von Agrarland in Afrika zur Verarmung und zum Hunger beiträgt. 60 Mio. ha Agrarland wurden schon von ausländischen oder nationalen Investoren angeeignet – mit Hilfe von geheimen Verträgen und ohne Information und Befragung der betroffenen Menschen. Diese Flächen werden benutzt, um die Ressourcen auszubeuten (Erz, Wasser, Erdöl,…) oder für den Anbau von Pflanzen für die Agrarindustrie und die Produktion von Agrartreibstoffen.
Eine solche Politik missachtet die grundlegenden Menschenrechte und insbesondere das Recht auf Ernährung – dies in einer Welt, wo über eine Milliarde Menschen an Hunger leidet – davon über 260 Millionen in Afrika.

(…) Wir stellen fest, dass das Recht auf Selbstbestimmung weltweit verletzt wird. Unter dem Vorwand einer humanitären Hilfe und im Rahmen der NATO setzen die westlichen Regierungen die Eroberungskriege fort, um die Kontrolle über die afrikanischen Reichtümer zu behalten und machen sich damit des Todes von Tausenden von Zivilisten schuldig. Die heroischen Kämpfe der Völker des Maghreb zeigen deren Entschlossenheit, den Diktaturen und dem Neokolonialismus ein Ende zu setzen und Demokratien aufzubauen, die wirklich im Dienste der Bürger sind. Auch im Westen stehen die Völker zur Durchsetzung ihrer sozialen Rechte auf. Die neue Bewegung der „Indignados“ (Empörten) zeigt, dass der Widerstand gegen die Unterdrückung durch das kapitalistische System keine Grenzen kennt. Die unterdrückten Völker sind eins.

Wir stellen fest, dass alle Völker der Welt mit dem Problem der Verschuldung konfrontiert werden. Diese ist ein Mechanismus für die Plünderung und die Aneignung der Reichtümer durch eine kapitalistische Elite. (…) Die Völker des Südens, die sich seit Jahrzehnten mit der Verschuldung auseinandersetzen, sind heute mit den Völkern des Westens solidarisch.

Wir stellen fest, dass die Privat-Öffentlichen-Partnerschaften (PPP), die die WTO, die Weltbank und der IWF mit der Komplizenschaft der Regierungen erzwingen, nichts anderes sind als die Bereitstellung von öffentlichen Geldern zur Privatisierung der Gemeingüter (Land, Wasser, Wald,..) und der sozialen Dienstleistungen. (…)

Wir stellen fest und klagen an:
- Die besondere Unterdrückung der Frauen durch das kapitalistische System, das in seinem Wesen nach patriarchal ist.
- Die Negierung des Rechts auf Freizügigkeit.
- Die Verbreitung von Waffen. Jetzt, wo das kapitalistische System weltweit immer mehr gedrängt wird, kann es sich nur durch Kriege, Gewalt und Unterdrückung aufrechterhalten.
- Die Entwicklung der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie, alle Lebewesen bedroht.
- Mängel in den Verfassungen, so dass politische oder wirtschaftliche Diktaturen sich breit machen können
- Den Unwillen und die Unfähigkeit der G20-Länder, für die Krisen des Kapitalismus eine Lösung zu finden. Die G20, in der sich die 20 reichsten Länder versammeln, ist eine illegitime Gruppe im Dienste der kapitalistischen Elite. Sie kann keine Lösung für den Leiden der Völker entwickeln, da sie selber Teil des Problems ist.

Wir fordern und schlagen vor:
1. Die Enteignung ohne Entschädigung der großen nationalen wie ausländischen Landbesitzer mit dem Ziel, eine Agrarreform durchzuführen.
2. Nahrungssouveränität; ökologischer Landbau; Schutz der lokalen Produktion; Preisgarantien für die Bauern.
3. Schluss mit der Plünderung der natürlichen Ressourcen und der Zerstörung der Umwelt; Anerkennung der ökologischen Schuld.
4. Verpflichtungen der Staaten des Nordens zu Klimaschutzmaßnahmen.
5. Abschaffung der WTO und aller Freihandelsverträge und Stärkung der Initiativen zur regionalen Integration.
6. Abschaffung der Steueroasen, Aufhebung des Bankgeheimnisses; gerechte Steuern; Schluss mit der Privatisierung des Bankensektors, die die Finanzinstitutionen den afrikanischen Regierungen aufzwingen wollen.
7. Abschaffung der internationalen Finanzinstitutionen (IWF und Weltbank) und stattdessen Aufbau von demokratischen Institutionen im Dienste der Völker.
8. Aufbau einer weltweiten Front gegen die Schulden, Schuldenaudit über die internen und externen öffentlichen Schulden und Ablehnung der illegitimen und verabscheuungswürdigen Schulden.
9. Schluss mit dem Imperialismus und dem Neokolonialismus – egal ob sie diplomatisch, wirtschaftlich oder militärisch durchgesetzt werden – und Respekt der Selbstbestimmung der Völker.
10. Verfassungsreformen, damit Regeln zur politischen und wirtschaftlichen Demokratie eingeführt werden.
11. Schluss mit der Waffenproduktion, Ausstieg aus der zivilen und militärischen Nutzung der Kernenergie und Umbau dieser Industrien, damit daraus sozial nützliche Produktionsbereiche entstehen.
12. Solidarität mit den Kämpfen der Frauen
13. Schluss mit der Kriminalisierung und der Verfolgung der MigrantInnen und Freizügigkeit der Menschen.

Wir rufen alle auf, sich zu mobilisieren und Zusammenschlüsse aufzubauen zur Durchsetzung einer anderen Welt, auf der Grundlage einer gerechten Verteilung der Reichtümer, der Solidarität und des Respekts der Rechte der Menschen und der Natur.

3. November 2011



Im November haben sich Vertreter von Bauernorganisationen in Nyeleni (Mali) getroffen, um ihre Widerstände gegen Landaneignung zu koordinieren. Diese Konferenz war auf dem Weltsozialforum in Dakar Anfang des Jahres vereinbart worden.
Der Text der Abschlusserklärung ist veröffentlicht:
auf Französisch:
http://viacampesina.org/fr/index.php?option=com_content&view=article&id=647:declaration-de-la-conference-de-nyeleni
Auf englisch:
http://www.grain.org/bulletin_board/entries/4408-farmers-mobilise-to-find-solutions-against-land-grabbing

Weitere Internetseiten: http://farmlandgrab.org/
http://www.dakarappeal.org/index.php/en/
http://www.pambazuka.org/fr/category/features/78308
Rettet den Regenwald, http://www.regenwald.org/

UN Klimakonferenz 2011, Durban, Südafrika

Yash Tandon: Die Lähmung der Klimaverhandlungen

Warum hat der Klimawandelaktivismus der Linken bisher darin versagt, Regierungen zu einer Kursänderung zu zwingen? Eine sich selbst tröstende Antwort ist, dass die Vision der Linken im Hinblick auf den Klimawandel kurzfristig nicht realisiert werden kann. Der Klimawandel ist ein langfristiges Projekt. Diese Erklärung ist leider kein Selbsttrost – sie ist eine Selbsttäuschung. Die Wahrheit ist, dass **die Linke nicht weiß, was sie mit dem Klimawandel erreichen will.**

Dies lässt sich veranschaulichen in Bezug auf eine bestimmte Dimension dieses Problems: **Der Gegensatz zwischen dem Süden und dem Norden**.
Unter der Linken, vor allem im Westen, herrscht viel Verwirrung darüber, was die Menschen im Süden mit dem Klimawandel erreichen wollen. Für die Menschen des Südens ist der Klimawandel eine wichtige Frage, aber es ist nur eine unter mehreren, noch **dringenderen Fragen**, die sich um das tägliche Überleben drehen. Für einen ländlichen Haushalt in Uganda, zum Beispiel, der in den meisten Fällen von einer alternden Frau geführt wird, deren ältere Kinder auf der Suche nach Arbeit in die Stadt gegangen sind, ist die Wahl zwischen dem Schutz des Waldes und dem Abholzen der Bäume, um Brennholz für unmittelbare Bedürfnisse zu erhalten, ganz sicher kein Thema, zu dem sie Rat von einem Klimawandelaktivisten will.

Die **Grundbedürfnisse des Überlebens** – Zugang zu Nahrung, Wasser, Wohnung und billiger Energie – sind die tägliche, stündliche Sorge des Großteils der Menschen im Süden, einschließlich großer Länder wie Indien und China. Man könnte vielleicht anführen, dass es den Menschen überall in der Welt genauso geht – in den USA und Deutschland genauso wie in Ägypten oder Südafrika. Ja, aber es gibt enorme Unterschiede. Es ist eine Binsenwahrheit, dass die USA und Deutschland industrialisierte Wirtschaften sind, während Ägypten und Südafrika bestenfalls semi-industrialisiert sind.

Aber es gibt noch einen grundlegenderen Aspekt als die Wirtschaft. **Der wesentliche Unterschied ist politisch**. Die USA und Deutschland sind unabhängige Länder – die Menschen dort kämpfen gegen ihre eigenen Regierungen. Ägypten und Südafrika sind dagegen **Neo-Kolonien** – die Menschen hier kämpfen immer noch für die Befreiung aus den Klauen des Imperialismus. Sie kämpfen gegen ihre Regierungen (wie auf dem Tahrir-Platz), doch hinter ihren Regierungen steckt US-amerikanische, europäische und japanische – mit anderen Worten, imperialistische – Macht. Diese Tatsache wird von der Linken im Westen oder von ihren unterschiedlichen Ausprägungen in Afrika nie ganz verstanden.

Ein klareres Denken in dieser Sache ist ironischerweise infolge der kürzlichen Ereignisse in Europa im Zuge der Finanz- bzw. Wirtschaftskrise entstanden. Die Menschen in Griechenland sind auf die Straße gegangen, um gegen die Sparpolitik ihrer Regierung zu kämpfen, und dadurch, durch Praxis, stellen sie fest, dass sie gegen viel größere Kräfte kämpfen, verkörpert in der Europäischen Zentralbank, der EU-Bürokratie und dem Internationalen Währungsfonds (IWF).
Die Menschen in Afrika erleben seit Jahrzehnten das Gleiche durch die ‚strukturellen Anpassungsprogramme' und Sparmaßnahmen, die vom IWF und den sogenannten ‚Geldgeber'-Krediten – die beschönigend ‚Entwicklungshilfe' genannt werden – verhängt wurden. Tatsächlich wird Afrika vom imperialistischen Kapital seit seiner Aufteilung von europäischen Kolonisatoren nach der fatalen Berliner Konferenz von 1884 abgezockt.
Die Befreiung vom Imperium überragt in Afrika alle anderen Themen. Den Klimawandel als ein separates Thema zu sehen, was Klimawandelaktivisten oft tun, ist gefährlich kurzsichtig.

Die linken afrikanischen Aktivisten, die mit der Linken in den imperialistischen Zentren beim Klimawandel gemeinsame Sache machen, sollten das größere Ganze im Auge behalten. Ein einfacher Grundsatz lautet ‚Erkenne dich selbst', doch unter ihm verborgen liegt eine tiefe Identitätskrise ‚der Linken'. Die Linke in Afrika muss wissen, woher sie kommt und wohin sie gehen muss.

Übersetzt von Susanne Schuster
http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=6297

Weitere Analysen und Informationen:
http://www.climate-justice-now.org/
http://www.foei.org/
http://alter-echos.org/justice-climatique/
http://www.c17.org.za/

Walden Bello

Sieben Milliarden und mehr

Seit dem 31. Oktober leben mehr als sieben Milliarden Menschen auf der Erde. Aber - außer vielleicht der Lobby für Familienplanung - waren nur wenige in der Stimmung, dieses Ereignis zu feiern.

1999 gab es Bedenken wegen der Überbevölkerung, als mehr als 6 Milliarden Menschen auf der Erde lebten, aber sie wurden in der Ära des Wachstums und – zumindest im Norden – des Optimismus beiseite geschoben. Es herrschte damals die Vorstellung, dass, die Zukunft der Welt nur besser werden konnte, auch wenn es noch größere Hürden auf dem Weg dahin gab,

Die Globalisierung, so behaupteten ihre Apostel – vor allem der damalige US-Präsident Bill Clinton – war unausweichlich und konnte die Menschheit nur zu einem besseren Leben führen. Das Kyoto-Protokoll war gerade angenommen worden, und - obwohl es Fehler hatte - es schien der erste Schritt zu sein hin zu einem in zunehmendem Maße koordinierten globalen Bemühen, die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren.

Das Earth Policy Institute gab tapfer seine Warnungen über den „Zustand der Welt“ heraus, Warnungen wegen der Überfischung der Meere, der Versteppung und einer sich entwickelnden Wasserkrise. Aber viele waren durch die Propaganda von Agrarunternehmen überzeugt, dass man die technologische Fähigkeit entwickelt hat, mehr als die ganze Welt zu ernähren und dass das einzig verbliebene Problem die Verteilung der Nahrungsmittel sei, was eine logistische genauso wie eine politische Angelegenheit darstelle.

Der Geist von Malthus?

Die Stimmung hat sich sehr geändert, nicht nur wegen des Unbehagens über das Tempo, in dem eine weitere Milliarde von Menschen seit 1999 hinzukam.

Der globale Kapitalismus ist von tiefer, großer Angst geprägt, die wichtigsten Wirtschaftsnationen leiden auf unbestimmte Zeit unter Stagnation und hoher Arbeitslosigkeit. Extreme Wetterereignisse sind ein Bestandteil des Lebens geworden, dennoch vermeiden die Regierungen der Welt jeden Schritt hin zu einem Nachfolgeabkommen von Kyoto. Die Landwirtschaft scheint an den Grenzen ihrer Produktionskapazitäten angekommen zu sein und so fragen viele: Sind wir in die Falle geraten, die Malthus beschrieben hat?

Malthus, diese einflußreiche Persönlichkeit des viktorianischen Zeitalters, prognostizierte, dass der Bevölkerungszuwachs das Potenzial des Bodens zur Herstellung von genügend Nahrung überschreitet, und so zu einer demographischen Katastrophe führt, die in niedrigeren Bevölkerungszahlen endet, im Gleichgewicht mit der landwirtschaftlichen Produktionskapazität des Bodens. Während Malthus Ansichten von vielen Ökologen und Umweltaktivisten mit Unbehagen aufgegriffen wurden, war er der Angstgegner von progressiven und neoklassischen Ökonomen. Progressive sahen seine Theorie als die elitäre, konservative Bemühung an, die Armen für ihr Unglück selbst verantwortlich zu machen, während einige neoklassische Ökonomen, vor allem Julian Simon, bemerkte, dass er und seine Anhänger die menschliche Fähigkeit der Innovation unterschätzten, um die Grenzen der Produktion und des wirtschaftlichen Wachstums zu überwinden.

Der **rasante Anstieg der Lebensmittelpreise** 2008 war für viele eine Mahnung, dass die Landwirtschaft ihre produktiven Grenzen erreichen kann, dass **das Problem der Landwirtschaft nicht länger die Verteilung sondern die Produktion ist**. Während dieser Krise stiegen die Importkosten für Nahrungsmittel in den am wenigsten entwickelten Ländern um 37 Prozent, die Zahl der Hungernden stieg um 75 Millionen und 125 Millionen Menschen verarmten sehr stark.

Analysten, die die Ursachen für den rapiden Anstieg der Nahrungsmittelpreise ermittelten, wiesen darauf hin, dass eine Reihe von Entwicklungen zusammenkamen, um den perfekten Sturm zu schaffen: Dazu gehörten Reformen in Entwicklungsländern, die die **Weltbank und der IWF** gefordert hatten. So kürzten die Regierungen die Unterstützung für die Landwirtschaft stark und die landwirtschaftliche Produktion sank. Besonders in den USA wurden riesige Anbauflächen für Getreide umgewidmet, um **Rohstoff für Biokraftstoffe** zu liefern statt Nahrung zu produzieren. Dazu kamen die **Spekulation** mit Nahrungsmittelrohstoffen auf den Finanzmärkten und die zunehmende **Resistenz von Insekten gegen Pestizide**; außerdem reagierten Böden nicht mehr auf den Einsatz von noch mehr Düngemitteln.

Die Rückkehr der Nahrungsmittelkrise

Nach zwei Jahren mit einem geringeren Wachstum, stiegen die Preise im vergangenen Jahr wieder deutlich an, was bedeutet, dass die Krise von 2006 bis 2008 kein Zufall war. Im Juli lag der durchschnittliche Preis für Weizen 45 Prozent höher als zuvor, während Getreide 89 Prozent teurer wurde.

Dieses Mal waren **allerdings extreme Wetterereignisse,** die durch den Klimawandel verursacht worden sind, der zentrale Faktor. Sie erinnerten die Menschen daran, wie extrem zerbrechlich das Zusammenspiel von Boden und Atmosphäre ist. Im letzten Jahr verwüsteten verheerende Brände in Russland hunderttausende Hektar Ackerland und zwangen die Regierung, den Export von Getreide zu verbieten In China zerstörte eine anhaltende Dürre 24 Millionen Hektar und 14 Millionen Menschen litten unter Wassermangel. Endloser Regen zerstörte in zwei aufeinanderfolgenden Jahren das Ackerland in Pakistan. Fast der gesamte Staat Queensland in Australien samt seiner Hauptstadt Brisbane wurde überschwemmt, dabei wurde Getreide, Gemüse und Vieh im Wert von Milliarden Dollar vernichtet. In den vergangenen Monaten herrschte am Horn von Afrika eine Dürre, 12,4 Millionen Menschen droht eine Hungersnot.

In den letzten Wochen rächte sich die Natur für die unkontrollierte Verbrennung von Kohle in Südostasien und vernichtete Reisernten. Rund 1,5 Million Hektar Reisland sind in Kambodscha, Laos, Vietnam und Thailand überschwemmt worden, Thailand ist mit einer Fläche von einer Million Hektar der führende Reisexporteur der Welt. Das Land hat etwa 1,3 Million Tonnen Reis verloren, während auf den Philippinen, mehr als 103.000 Tonnen Reispflanzen durch Taifune auf den Feldern vernichtet worden sind. Der Preis des thailändischen Reises ist auf dem Weltmarkt bereits um 26 Prozent höher als im Mai und wird noch stärker steigen.

In den kommenden Jahren kann es nur schlimmer werden, sagen Klimaexperten.

Die Progressiven und die Bevölkerung

Die Krise der landwirtschaftlichen Produktion hat Viele dazu geführt, über das Thema der Überbevölkerung noch einmal nachzudenken. Dazu gehören auch Vertreter der Linken. Früher wurden die Progressiven gemeinsam mit der Hierarchie in der katholischen Kirche und christlichen Fundamentalisten als Bevölkerungsskeptiker angesehen, aber aus unterschiedlichen Gründen. Einige sahen Familienplanung als ein Anliegen der USA an, um Entwicklungsländer zu unterdrücken, während andere argumentierten, das Problem liege in der Konzentration des Wohlstands und der Produktionsmittel in den Händen weniger. Wenn man diese Unterdrückung beende, würde das zu einer egalitären Umverteilung führen, die die Probleme angeht, die durch das Bevöl-

kerungswachstum entstanden sind. Auf globaler Ebene bildet nach Ansicht der Progressiven der übermäßige Konsum von 20 Prozent der Weltbevölkerung, die im Norden leben, die größte soziale und ökologische Herausforderung, nicht der Druck des Bevölkerungswachstums von 80 Prozent der Menschen, die im Süden leben.

Einmal an der Macht räumen Progressive jedoch ein, dass ein uneingeschränktes Bevölkerungswachstum - auch ohne klassenbedingte Ungleichheiten - die Chancen auf Wirtschaftswachstum und Entwicklung behindern würden. So trieb die Sorge darüber, dass die Nahrungsmittelproduktion mit der Bevölkerungsentwicklung nicht Schritt hält, **China** dazu, in den 1980er Jahren die Ein-Kind-Politik einzuführen, die, auch wenn massive Missbräuche damit verbunden waren, in der Bilanz positiv erscheint – sie führte zu 300 Millionen Geburten weniger im Land und verschaffte den Spielraum, wichtige Ressourcen vom Verbrauch zur Investition umzulenken.
Vietnam folgte dem Beispiel und vertrat eine Zwei-Kind-Politik, die anders als in China ohne Zwang eingeführt wurde. Die Ergebnisse waren ebenfalls positiv. Die Rate des Bevölkerungswachstums sank auf 1,2 Prozent pro Jahr. Die Geburtenziffer oder die durchschnittliche Zahl von Kindern pro Frau im gebärfähigen Alter fiel von 6 im Jahr 1961, als das Programm begann, auf 2,1, eine Zahl, die Demografen als Ersatzniveau der Fertilität bezeichnen. Vietnam hat 88,2 Millionen Einwohner; ohne Familienplanungsprogramme würden dort 104 Millionen Menschen leben.
18,6 Million weniger Geburten bedeutet, dass Vietnam mehr Ressourcen einsetzen kann, um die Qualität der Bildung zu verbessern, die Armut zu bekämpfen und mehr zu investieren. Von 2000 bis 2010 verzeichnete das Land ein Wirtschaftswachstum von 7,2 Prozent pro Jahr. Bis 2010 hat sich das Pro-Kopf-Einkommen verdreifacht, was bedeutet, dass das Wirtschaftswachstum deutlich höher ist als die Wachstumsrate der Bevölkerung.

Bevölkerungs-Management und das ostasiatische Wunder

Die postrevolutionären Gesellschaften von China und Vietnam ließen sich sehr wahrscheinlich von ihren ostasiatischen kapitalistischen Nachbarn inspirieren, als sie die Familienplanung einführten. Thailand, Indonesien, Südkorea, Japan und Taiwan erachteten es als notwendig, stark präventive Programme der Familienplanung zu verfolgen, um Potential für den wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen. Auch wenn effektive Familienplanung nicht der einzige Faktor ist, mit dem man ihr rapides Wachstum erklären kann, so war es doch ein bedeutender.
Indem staatlich geförderte Familienplanungsprogramme Frauen den Zugang zu Empfängnisverhütungsmitteln ermöglichten, verschafften sie ihnen größere Kontrolle über die Fortpflanzung. Der Anteil der Frauen, die Verhütungsmittel verwenden, ist in Ostasien viermal höher als in Afrika, und Untersuchungen zeigen, dass sich der Unterschied durch die staatliche Verteilung von Verhütungsmitteln erklären lässt. Wenn der Zugang zu Verhütungsmitteln mit einem besseren Zugang zu Bildung kombiniert wird, zeigte sich der Trend, dass Frauen weniger Kinder gebären, um mehr Ressourcen zur Verfügung zu haben, den Lebensstandard ihrer Familien zu steigern. Das ist die Dynamik der demografischen Revolution in Ostasien.

Das Ende des Wachstums?

Dennoch kann der Erfolg dieser Gesellschaften, ein hohes Wachstum zu erreichen, indem sie die Bevölkerungszahlen steuern, zerstört werden, wenn die Ära des Wachstums vorbei ist, so argumentieren einige Analytiker.
Die meisten Ökonomien Ostasiens und einiger anderer Entwicklungsländer in Lateinamerika und Afrika verfolgten exportorientierte Entwicklungsstrategien, die vom kontinuierlichen Wachstum im Norden abhängig waren. Jedoch ist die Zukunft der Ökonomien im Norden, die von der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus getroffen sind, von Stagnation und geringem Wachstum geprägt. Für Schwellenländer scheint es logisch, eine **alternative** Strategie zu verfolgen, um Wachstum zu erzielen, indem sie auf den **Binnenkonsum** setzen, aber das ist leichter gesagt als getan. Die sozialen Klassen und Unternehmen, die sich aus einer 30 Jahre alten Strategie geformt haben, können einen effektiven Wandel verhindern, wie es in China der Fall ist. Das überrascht nicht, da es - wenn man eine Entwicklungsstrategie ändert - nicht einfach ein Wandel in der Politik bedeutet, sondern auch eine Neuverteilung von Einkommen und wirtschaftlicher Macht, wenn die Landbevölkerung und die untere Klassen in den Städten mehr Kaufkraft haben sollen, um die Nachfrage zu stimulieren.

Aber die größere Frage, die sich in allen entwickelnden Ökonomien stellt, egal ob sie export- oder auf den Binnenmarkt orientiert sind, ist die, **ob es weiterhin möglich sein wird, traditionelle Wachstumsstrategien zu verfolgen.** Für Analysten wie Richard Heinsberg ist entscheidender der massive Einschnitt durch den Zusammenbruch des Finanzmarkts, die wirtschaftliche Stagnation, der Klimawandel, knapper werdende fossile Rohstoffe und die Grenzen der landwirtschaftlichen Produktion. Es handelt sich dabei um eine viel tiefere Krise als nur um einen zeitweiligen Dämpfer des Wachstums. Es deutet nicht nur auf das **Ende eines Paradigmas des globalen Wachstums** hin, das durch die Nachfrage aus den Industrieländern angetrieben wird. Es bedeutet das „Ende des Wachstums" wie wir es kennen. Es ist, kurz gesagt, die Falle, die Malthus beschreibt, auch wenn Heinberg aus verständlichen Gründen den Begriff vermeidet.
Paradoxerweise ist es vielleicht für die so genannten „am wenigsten entwickelten Länder" (LDC) in Afrika und Südasien leichter, den Übergang zu einer globalen Post-Wachstums-Ökonomie zu leisten. Sie sind in die globale Wirtschaft weniger integriert, und viele verfügen über einen landwirtschaftlichen Sektor, der noch nicht durch strukturelle Anpassungen und die Liberalisierung völlig zerstört ist. Sie sind außerdem weit von der Institutionalisierung eines stark von Wachstum abhängigen westlichen Konsummodells entfernt, das zur weit verbreiteten Armut beigetragen hat. Wenn sie effektive Familienplanung mit erfolgreichen Umverteilungsinitiativen und ökonomischen Strategien verbinden, die den Schwerpunkt auf eine Verbesserung der Lebensqualität setzen, können sie zu Pionieren einer Entwicklungsstrategie der Ära des Post-Wachstums und der Post-Globalisierung werden.
Aber das wird nicht einfach sein.

Dilemmata
Die gegenwärtigen Dilemmata unseres Planeten mit sieben Milliarden Einwohnern fasst **Richard Heinberg** gut in seinem neuem Buch **„Das Ende des Wachstums"** zusammen:
„Möglicherweise resultierte der kometenhafte Aufstieg der Finanzökonomie in den vergangenen Jahrzehnten von einer halbbewussten Strategie der Management-Eliten in der Gesellschaft, die letztmöglichen Zuwachsraten des Wachstums von einer materiell und ressourcenbasierten Ökonomie zu erreichen, die an ihre Kapazitätsgrenzen stößt. Auf jeden Fall können die Implikationen der gegenwärtigen ökonomischen Krise nicht durch Arbeitslosenstatistiken und Immobilienpreise erfasst werden. Jeder Versuch, das Wachstum wieder anzukurbeln, wird unvermeidlich mit den Grenzen der Natur kollidieren, die nicht auf Konjunkturprogramme oder Rettungsaktionen reagiert. Umweltprobleme, die entstehen, erfordern einen rapide steigenden Aufwand, um sie wieder in den Griff zu bekommen. Zusätzlich zu den Grenzen der Schulden, die wachsen, um solche Probleme zu lösen, stehen wir vor den Grenzen der Mengen an Energie und Material, die wir für diese Zwecke einsetzen können. Bisher hat uns die Dynamik des Wachstums davor bewahrt, die Umweltkosten aufzurechnen. Wenn das Wachstum endet, können die Rechnungen der Umweltkosten für die letzten beiden Jahrhunderte manischer Expansion fällig werden, wenn unser Bankkonto leer ist."

Focus on the Global South, 03.11.2011
Übersetzung: coorditrad, Peter Schaefermeier

Informationsstelle Militarisierung (IMI (

Afghanistan:

Die Schande des Westens

Lackmustest für die Zukunft der NATO

Auszug aus der IMI-Broschüre: "Experimentierfeld Afghanistan-10 Jahre Krieg und kein Ende in Sicht" (60 Seiten), in der die Geschichte dieses Krieges ausführlich dargestellt wird.
Zu bestellen unter imi@imi-online.de/ oder als PDF herunterzuladen unter http://www.imi-online.de/2011.php?id=2377



Afghanistan: Der Krieg und die Interessen des Westens

Vieles deutet darauf hin, dass eine Mixtur aus geostrategischen und ökonomischen Interessen ausschlaggebend für die Entscheidung der Vereinigten Staaten war, in der dann praktizierten Form auf die Anschläge des 11. September 2001 zu reagieren – nämlich mit einem Krieg gegen Afghanistan zur Beseitigung des Taliban-Regimes (zu einem spezifisch deutschen Interesse, s. 3.1). Tatsächlich existieren zahlreiche Belege, dass eine solche Militärintervention bereits vor den Anschlägen zumindest ernsthaft in Erwägung gezogen worden war – Afghanistan bot sich somit zynisch gesagt aus verschiedenen Gründen als Angriffsziel geradezu an. Eine Verhandlungslösung war jedenfalls nicht erwünscht, denn wie sonst ließe sich erklären, dass das Angebot der Taliban, Osama Bin Laden, der für die Attentate verantwortlich gemacht wurde, auszuliefern, von US-Seite barsch abgelehnt wurde – augenscheinlich sollte der Krieg unter allen Umständen geführt werden. Wie später bei der Invasion des Iraks war man sich wohl sicher, Afghanistan ohne allzu große Probleme unter Kontrolle bringen zu können. Kein Entscheidungsträger schien vorhergesehen oder befürchtet zu haben, dass die NATO innerhalb von zehn Jahren in einen Guerillakrieg geraten würde, der mittlerweile immer alptraumhaftere Züge annimmt. Die personellen, finanziellen und politischen Kosten des Kriegs haben dabei für den Westen schon lange jeden denkbaren unmittelbaren ökonomisch-strategischen „Nutzen" weit überschritten. Doch ein Truppenabzug steht entgegen allen vollmundigen Erklärungen **nicht** zur Debatte (siehe 8.1). Augenscheinlich muss der Krieg unter allen Umständen – koste es was es wolle - „siegreich" beendet werden, zumindest scheint aber das Minimalziel darin zu bestehen, dauerhaft eine **prowestliche „Regierung" in Afghanistan** zu etablieren, was ohne westliche Militärpräsenz illusorisch ist. Dies lässt sich mit „profanen" geostrategischen oder gar ökonomischen Interessen kaum mehr erklären.

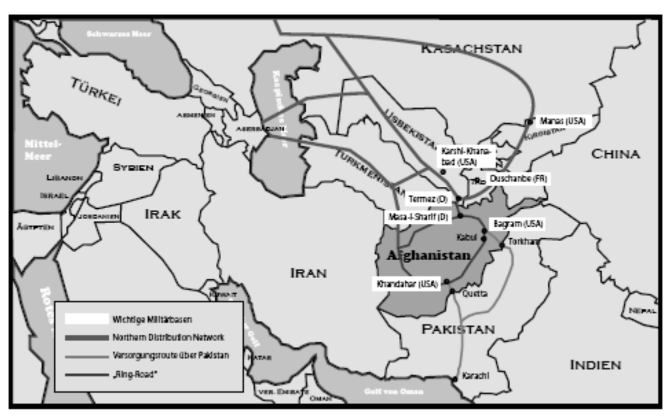
Der Grund hierfür liegt vielmehr darin, dass in Afghanistan inzwischen weit mehr auf dem Spiel steht: **Am Hindukusch wird sich entscheiden, ob die NATO künftig in der Lage sein wird, westliche Interessen auch in anderen Ländern gewaltsam durchzusetzen**. Scheitert sie dabei, steht ihre Existenz – und damit auch der **gesamte westliche Vormachtanspruch – auf dem Spiel**. Treffend fasste dies etwa der letzte republikanische Präsidentschaftskandidat, John McCain, folgendermaßen zusammen: *„Die Zukunft es Bündnisses hängt untrennbar mit den Ergebnissen in Afghanistan zusammen. [...] Wenn die NATO in Afghanistan versagt, ist es schwierig sich vorzustellen, dass die Allianz weitere ‚harte' Operationen innerhalb oder außerhalb des Bündnisses unternimmt, und ihre Glaubwürdigkeit würde schweren Schaden nehmen."*



Geopolitik…

Mit dem Untergang der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre errang der von den Vereinigten Staaten angeführte Westen zumindest vorübergehend die unangefochtene weltweite Vormachtstellung. Seither ist es das erklärte Ziel der USA (mit den mal mehr, mal weniger enthusiastisch folgenden EU-Verbündeten im Schlepptau), das Aufkommen eines neuen machtpolitischen Rivalen unter allen Umständen zu verhindern. Formuliert wurde dieses Bestreben bereits 1992 in der unter Präsident George Bush senior verfassten „Defense Planning Guidance" (DPG) des US-Verteidigungsministeriums: *„Unser erstes Ziel ist es, das Entstehen eines neuen Rivalen, ob auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion oder anderswo, zu verhindern, der eine Bedrohung ähnlicher Ordnung wie die frühere Sowjetunion darstellen könnte. Dieser Gedanke bestimmt grundlegend die neue regionale Verteidigungsstrategie, dies erfordert, dass wir jegliche Macht daran hindern, eine Region zu beherrschen, deren Ressourcen, sofern unter ihrer Kontrolle, ausreichen würden, eine neue Großmacht zu werden*.". Zwar können diese recht unverhohlenen Drohungen auch als Warnung an einige US-Verbündete (v.a. Japan und Deutschland) interpretiert werden, Hauptadressaten waren (und sind) aber in erster Linie Russland und China. Die Kernelemente der „Defence Planning Guidance" fanden sich in den Folgejahren in nahezu sämtlichen Dokumenten der Clinton-Administration und bestimmten seither maßgeblich die amerikanische Politik: *„Obwohl sich US-Offizielle damals öffentlich von der DPG distanzierten, haben ihre Logik und Argumente tatsächlich die US-Sicherheitspolitik bestimmt. [...] In der Tat folgten die US-Politiker konsequent einer Strategie, die ein klares Ziel verfolgte – die Bewahrung der überragenden amerikanischen Position in der Welt.*"
Vor allem aber die seit dem Jahr 2000 (unter zweifelhaften Umständen) ins Amt gewählte Regierung unter Präsident George W. Bush jr. verfolgte eine überaus aggressive Machtpolitik, die zum Ziel hatte, die amerikanische Vormachtstellung so weit wie möglich auszubauen und abzusichern.
Dies ist insofern nicht weiter verwunderlich, als die Personen, die bereits die „Defense Planning Guidance" verfasst hatten, sich nun erneut an Schlüsselstellen der US-Regierung befanden und deren Politik nahezu im Alleingang bestimmten. In Auftrag gegeben wurde die DPG seinerzeit von Dick Cheney, damals Verteidigungsminister und zum Zeitpunkt der US-Angriffe auf Afghanistan US-Vizepräsident. Angefertigt wurde das Dokument von Paul Wolfowitz, in der zweiten Bush-Administration stellvertretender Verteidigungsminister und von Zalmay Khalilzad, der zwischen 2003 und 2005 zum US-Botschafter – de facto Statthalter – in Afghanistan „befördert" wurde.12
Ein wesentliches Element zum **Erhalt der amerikanische Vorherrschaft** ist es dabei, so nah wie nur möglich an den Grenzen potenzieller Rivalen eine dauerhafte Militärpräsenz zu errichten, um so deren etwaige Versuche, ihre Einflusssphäre auszuweiten, im Keim ersticken zu können.

Wie etwa Zbigniew **Brzezinski**, der Spiritus rector der amerikanischen Geopolitik nach dem Kalten Krieg, ausführt, geht es dabei im Falle Russlands vor allem um die Länder der kaspischen Region, in der darüber hinaus auch noch große Öl- und Gasvorkommen lagern. Dazu gehören neben dem Südkaukasus, also Armenien, Aserbaidschan sowie Georgien, auch die fünf zentralasiatischen Staaten. Ausgehend von den in der „Defence Planning Guidance" festgeschriebenen Prioritäten liegt somit die Vermutung nahe, dass ein wesentliches US-Kriegsziel darin bestand, mit einer dauerhaften Militärpräsenz das geopolitische Gleichgewicht der Region zugunsten Washingtons zu verschieben und die rohstoffreiche Region unter Kontrolle zu bringen. Afghanistan spielt dabei bis heute eine wichtige Rolle.



Das Northern Distribution Network, Grafik: IMI.

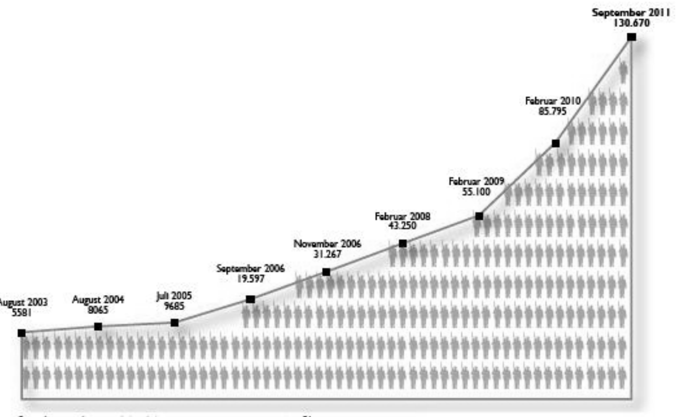
NATO-Imperialismus

Afghanistan „erfreute" sich schon mehrfach verstärkter westlicher Aufmerksamkeit. Die Bevölkerung hat somit viele (schlechte) Erfahrungen mit äußeren Einmischungen. Im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts war es das British Empire und zwischen 1979 und 1989 wurde das Land zum Schauplatz eines – von den USA provozierten - blutigen Stellvertreterkrieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen und dem Ende der Blockkonfrontation wurde die zuvor hochgerüstete Bevölkerung dann sich selbst und ihrem Bürgerkrieg überlassen, der zunächst einmal niemanden wirklich interessierte. Erst etwa Mitte der 90er Jahre erwachte das Interesse aufs Neue. Der Grund lag in den enormen Öl- und Gasvorkommen der angrenzenden kaspischen Region, um deren Kontrolle harte Auseinandersetzungen zwischen den USA und Russland entbrannt waren, die bis heute andauern. Afghanistan sollte in den Planungen Washingtons einen zentralen Transitkorridor darstellen, um das damals bestehende russische Transportmonopol zu brechen und die Region so dem Zugriff Moskaus zu entziehen (unter gleichzeitiger Umgehung des Irans).

Die 1949 gegründete NATO war – und ist bis heute – eine Militärallianz, deren Hauptzweck die Durchsetzung der Interessen ihrer (wichtigsten) Mitgliedsstaaten darstellt. Während des Kalten Krieges wurden ihre wesentlichen Aufgaben von ihrem ersten Generalsekretär Lord Ismay folgendermaßen zusammengefasst: *„Um Russland draußen, die Deutschen klein und die Amerikaner in Europa zu halten*." Mit anderen Worten, das Ziel der NATO lautete folgendermaßen: Sieg des westlich-kapitalistischen Blocks unter Führung der Vereinigten Staaten über die Sowjetunion. Nach deren Untergang Anfang der 1990er Jahre konnte diesbezüglich Vollzug gemeldet werden.
Von nun an ging es darum, die soeben erlangte Vorherrschaft dauerhaft abzusichern – und ein zentrales Mittel hierfür war die NATO. Zu diesem Zweck wurde sie auf zweierlei Weise konsequent neu ausgerichtet: *territorial* ging man rasch dazu über, sich möglichst große Teile der sowjetischen Konkursmasse per NATO-Mitgliedschaft dauerhaft einzuverleiben, während die Allianz *funktional* ihren Operationsschwerpunkt von der Landesverteidigung hin zu globalen Militäreinsätzen verlagerte.
Diese Interventionsausrichtung fand mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien Anfang 1999 ihren „krönenden" Abschluss und wurde nahezu parallel mit der Verabschiedung eines neuen Strategischen Konzepts schriftlich fixiert.

Die NATO hat also mehr oder minder offen für sich das „Recht“ reklamiert, nicht nur **beliebig nahezu jedes Land der Welt überfallen zu dürfen**, sondern mittlerweile ist sie sogar dazu übergegangen, so genannte Problemstaaten anschließend auch faktisch zu annektieren.
Der bis dato mit Abstand größte Militäreinsatz in Afghanistan ist vor diesem Hintergrund zum Gradmesser geworden, ob die NATO künftig in der Lage sein wird, weitere Länder ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Scheitert sie dort, haben sich ähnlich geartete Einsätze auf absehbare Zeit wohl erledigt, wodurch sogar die Existenz der NATO selbst auf dem Spiel steht, wie nicht zuletzt Bundeskanzlerin Angela Merkel verdeutlicht: *„Ich glaube, sagen zu können [...], dass die Stabilisierung Afghanistans derzeit eine der größten Herausforderungen für die NATO und ihre Mitgliedstaaten ist. Sie ist gleichsam so etwas wie ein Lackmustest für ein erfolgreiches Krisenmanagement und für eine handlungsfähige NATO.*“

Gleichzeitig fällt die Sorge um die Handlungsfähigkeit der NATO mit dem rasanten machtpolitischen Aufstieg der potenziellen Rivalen Russland und China sowie zunehmenden Konflikten mit diesen beiden Ländern zusammen. Die Vormachtstellung des Westens bröckelt rapide und nicht wenige Beobachter prophezeien bereits einen neuen Kalten Krieg, eine „*Rückkehr der Geopolitik*“ (Robert Kagan), eine „*globale Großkonkurrenz*“ (Nikolaus Busse) oder einen „*Weltkrieg um Wohlstand*“ (Gabor Steingart). Um für diese Herausforderungen gerüstet zu sein, muss die NATO als traditionelles Instrument westlicher Interessendurchsetzung ihre Schlagkraft unter Beweis stellen - und **Afghanistan** ist nun einmal der **zentrale Schauplatz**, auf dem dies - gewollt oder ungewollt – demonstriert werden muss.
Unmissverständlich jedenfalls ist der Bericht der US-Geheimdienste „Global Trends 2025“ vom November 2008 bezüglich der geopolitischen Auswirkungen eines westlichen Rückzugs aus Afghanistan. Dort findet sich ein auf das Jahr 2015 vordatierter fiktiver Brief des Vorsitzenden der Shanghaier Vertragsorganisation (SCO), jenem bereits teilweise als Anti-NATO bezeichneten Militärbündnis zwischen Russland, China und mehreren zentralasiatischen Staaten, an den NATO-Generalsekretär: „*Vor 15 bis 20 Jahren hätte ich mir nie träumen lassen, dass sich die SCO und die NATO auf gleicher Augenhöhe befinden - wenn nicht gar, dass die SCO die sogar wichtigere internationale Organisation ist. [...] Ich denke man kann sagen, dass dies seinen Anfang mit dem westlichen Rückzug aus Afghanistan nahm, ohne dass das Missionsziel einer Pazifizierung erreicht worden wäre*.“ Abseits aller - sicherlich vorhandenen - ökonomischen und strategischen Interessen dürfte hier der eigentliche Grund liegen, weshalb der Krieg am Hindukusch auf Biegen und Brechen „siegreich“ beendet werden muss - koste es die afghanische Bevölkerung, was es wolle.



Aufstockung der NATO-Truppen: 2003-2011, Grafik IMI.

Nebelkerze Truppenabzug

In Zeiten extrem knapper Kassen verschlingen die über 130.000 am Hindukusch stationierten NATO-Soldaten enorme Summen, weshalb Teile von ihnen schrittweise bis 2014 abgezogen werden sollen. Das Abzugsgerede dient deshalb vor allem dazu, einer zunehmend kriegskritischen westlichen Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen.
Inzwischen ist die Katze mehr oder minder aus dem Sack, dass keinerlei Absicht besteht, sich komplett aus dem Land zu verabschieden. Schon im November 2010 unterzeichneten die afghanische Regierung und die NATO eine Erklärung, in der beide versicherten, *„eine robuste und andauernde Partnerschaft zu entwickeln, die die ISAF-Sicherheitsmission komplementiert und nach ihr weitergeht.“* Im Februar 2011 hatte der afghanische Präsident Hamid Karzai bei einer Pressekonferenz implizit das amerikanische Interesse n permanenten Militärbasen sowie die Aufnahme von Geheimverhandlungen darüber bestätigt.330 Im Juni 2011 meldete schließlich der britische *Guardian*, diese Geheimverhandlungen seien weit fortgeschritten, weshalb damit zu rechnen sei, dass „US-Truppen noch für Jahrzehnte in dem krisengeschüttelten Land bleiben werden.“331 Ohnehin spricht die US-Regierung lediglich davon, bis 2014 ihre Kampftruppen abziehen zu wollen. Andere Militäreinheiten, Ausbilder der afghanischen Truppen und Spezialeinheiten, sind hiervon explizit ausgenommen. Dies dürfte die entscheidende Hintertür sein, mit der eine dauerhafte Präsenz gewährleistet werden soll, wie ein am 8. Oktober 2011 von *Associated Press* veröffentlichter Bericht bestätigt: „Während sich die meisten amerikanischen Truppen auf einen Rückzug 2014 vorbereiten, […] deuten jüngste Äußerungen des Weißen Hauses darauf hin, dass die CIA und Spezialeinheiten Al-Kaida jagen und mit den lokalen Kräften zusammenarbeiten werden, noch lange nachdem die meisten US-Truppen das Land verlassen haben. Wenn die afghanischen Truppen 2014 die Führung übernehmen, werden die zurückbleibenden US-Kräfte im Wesentlichen eine Dauerpräsenz mit dem Schwerpunkt auf Terrorbekämpfung darstellen‘, gab der Nationale Sicherheitsberater Tom Donilon an. […] Sie werden von Teams ergänzt, die auch danach weiter die afghanischen Truppen ausbilden, fügte der Sprecher des Weißen Hauses, Tommy Vietor, hinzu. […] Hochrangige US-Offizielle haben davon gesprochen, einen Mix von 10.000 solcher Truppen in Afghanistan behalten zu wollen, was zwischen 20.000 und 30.000 konventionelle Kräfte erfordert, um die Logistik und die Unterstützung zu gewährleisten.“ Konsequenterweise versicherte der jüngst aus dem Amt geschiedene Oberkommandierende der Afghanistan-Truppen, David Petraeus, Ende Juli 2011, für eine Beendigung des NATO-Einsatzes im Jahr 2014 gebe es „keine Garantien“. Auch der deutsche Verteidigungsminister Thomas de Maizière verkündete zeitgleich, er beabsichtige keineswegs, einseitig eine Zahl des Abzuges zu nennen.“ Substanzielle Truppenteile werden also noch lange Zeit in Afghanistan stationiert bleiben. Sie sollen von dort die Fähigkeiten zur Machtprojektion in die geostrategisch wichtige, weil ölreiche kaspische Region verbessern und den Fortgang des (Bürger-)Krieges zwischen der Regierung und dem Widerstand beaufsichtigen. Denn abziehen möchten die Besatzer nicht, kämpfen und sterben aber ebenso wenig. Geht es nach den gegenwärtigen Plänen, sollen das zunehmend die Afghanen gefälligst selbst erledigen.

Mohssen Massarrat und Bahman Nirumand

OFFENER BRIEF an die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

angesichts der Pressemitteilung vom 09.11.2011 ihrer außenpolitischen Sprecherin Kerstin Müller zu dem neuen IAEO-Bericht zu Iran

Es ist äußerst befremdlich, dass die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sich in dem aktuellen Konflikt: iranisches Atomprogramm versus israelische Drohung mit Militärschlag so eindeutig parteiisch positioniert.
Wir teilen uneingeschränkt die Auffassung, dass jede neue Atommacht eine zu viel ist und dass die Atombombe in der Hand der politischen Führung des Irans das Wettrüsten im Mittleren und Nahen Osten verschärfen und die längst existierende Destabilisierung auf die Spitze treiben würde.
Wer aber unterschlägt, dass ein Atomwaffenarsenal in der Hand eines Staates, der seit seiner Gründung seine Nachbarstaaten mit etlichen Kriegen überzogen und bisher auch nicht den Weg gefunden hat, gegen den erklärten Wunsch der Weltgemeinschaft die Besetzung Palästinas aufzugeben, der ist auf einem Auge blind.
Und wer wie die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nur iranische Atombomben verhindern will, der plädiert nicht nur dafür, dass Israel als einziges Land in der Region sein Monopol als Atommacht weiter beibehält, der macht sich gerade deshalb auch für die Weiterverbreitung von Atomwaffen in der Region und darüber hinaus letztlich mit verantwortlich.
Und wer wie Netanjahu und Lieberman glaubt, den Menschen in Israel durch militärische Stärke und Atombomben mehr Sicherheit zu gewähren, der setzt die Sicherheit von Israels Bevölkerung am meisten aufs Spiel.

Ginge es der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen wirklich um die Existenz Israels und um ein friedliches Zusammenleben aller Völker im Mittleren und Nahen Osten, so müsste sie sich für die Massenvernichtungsfreie Zone und für die Idee der Kooperation im Mittleren und Nahen Osten einsetzen und alle Staaten, einschließlich Iran und Israel, auffordern, an dieser Friedensperspektive konstruktiv mitzuarbeiten. Hier sollte sich die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen an einigen wenigen klugen Stimmen aus Israel ein Beispiel nehmen (s. z. B. Hillel Schenker, Haaretz vom 11.11.2011).

Die Stellungnahme der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen lässt zudem jene Sachlichkeit und Urteilskraft vermissen, die man von einer Fraktion des deutschen Bundestages eigentlich erwarten kann. Sie übernimmt unkritisch die Aussagen eines propagandistisch aufgeblähten IAEO-Berichtes, dessen Glaubwürdigkeit mehr als zweifelhaft ist:
- Der IAEO-Bericht ist schon allein vor seiner Veröffentlichung dadurch desavouiert worden, dass ein Nichtmitgliedsstaat, wie Israel, 10 Tage zuvor mit Verweis auf eben diesen Bericht, einem IAEO-Mitgliedsstaat, wie dem Iran, mit Krieg drohte.
- Der IAEO-Bericht ist zwar umfangreicher als je zuvor, jedoch deshalb nicht präziser. Er enthält weder konkrete Angaben darüber, ob der Iran die Atombombe auch wirklich bauen kann, noch wann dies der Fall sein wird. Die Hiobsbotschaft, Iran werde in einem halben Jahr die Atombombe besitzen, hören wir doch schon seit über zehn Jahren.
- Der Bericht stützt sich im Wesentlichen offensichtlich auf Geheimdienstinformationen aus zehn Ländern. Warum findet man darin aber nicht die Namen dieser Länder? Wollte die IAEO durch diese Unterlassung vermeiden, auch Israel und damit einen Nichtmitgliedsstaat, der dazu noch selbst eine Konfliktpartei ist, als Informationsquelle preiszugeben und sich selbst in schlechtes Licht zu stellen?

In der Stellungnahme der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen erkennt man, trotz dieser Glaubwürdigkeitslücken des IAEO-Berichtes, nicht einmal die Spur einer Nachdenklichkeit, die gerade in einem Konflikt mit möglicherweise kriegerischen Folgen zwingend geboten wäre. Haben nicht schon einmal die vielen Geheimdienstinformationen die Rechtfertigung für den Irak-Krieg eines George W. Bush geliefert? Hat die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen schon vergessen, wie der ehemalige Außenminister der USA, Colin Powell, sich vor der Weltöffentlichkeit für seine Lüge entschuldigte, zu der er sich durch Geheimdienstinformationen im UN-Sicherheitsrat hatte hinreißen lassen. Ist ein Irak-Krieg nicht genug im Mittleren und Nahen Osten? Muss ein Iran-Krieg noch dazukommen, um aus der Geschichte zu lernen? Es ist geradezu grotesk, dass man einer Partei, die ursprünglich aus der Friedensbewegung ihre Legitimation bezogen hat, die propagandistisch passend lancierten Rechtfertigungsmechanismen für einen neuen Krieg vor Augen halten muss.

Die Warnungen der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Adresse der Regierung in Israel vor den „katastrophalen Folgen eines Krieges" laufen ins Leere, wenn diese gleichzeitig für noch härtere Sanktionen gegen den Iran eintritt, die zu nichts anderem taugen, als den Menschen im Iran noch mehr Schaden zuzufügen und den Weg für einen Krieg zu ebnen. Erinnern wir uns: Am Ende der härtesten Sanktionen gegen das Regime von Saddam Hussein in den 1990er Jahren stand der Krieg. Je härter die Sanktionen gegen den Iran werden, desto länger wird die Lebensdauer des antidemokratischen Systems dort. Den Machthabern dieses Systems wird dadurch ein willkommener Vorwand geliefert, um von eigener Korruption und Misswirtschaft, die das Land zugrunde gerichtet haben, abzulenken und - genauso wie Saddam Hussein es während des 10-jährigen Sanktionsregimes getan hat - sich als Retter der Nation in Not hinzustellen. So kann sich das System der Islamischen Republik Iran eine Legitimation verschaffen, die ihm längst abhanden gekommen ist.
Man ist gut beraten, endlich mit einer Politik des double standard aufzuhören. Andernfalls bastelt man bewusst oder unbewusst an einer Politik, die unweigerlich in einen neuen Krieg im Mittleren und Nahen Osten, diesmal gegen den Iran, führt, der in der gesamten Region, einschließlich Israel, einen Flächenbrand auslösen würde.
Berlin, 12. November 2011



http://www.unitedforpeace.org/

PEPE ESCOBAR zu Iran und Syrien: "That rocky road to Damascus" http://www.atimes.com/atimes/printN.html
Seite der **Attac-AG "Globalisierung und Krieg"** http://www.attac-netzwerk.de/ag-globalisierung-und-krieg/laender/iran/
Kasseler Friedensratschlag: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Iran/Welcome.html
SiG-Artikel über den Iran: u.a. in den Nummern 17, 49, 51, 58, 67, 74, 76, ,84